

**Erfahrungen und Probleme  
der Planung und der wirtschaftlichen  
Entwicklung in der DDR  
Schlussfolgerungen für die Zukunft**

Workshop  
10. November 2006

**Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Helle Panke**

**Erfahrungen und Probleme  
der Planung und der wirtschaftlichen  
Entwicklung in der DDR  
Schlussfolgerungen für die Zukunft**

Beiträge des Workshops  
im Rahmen einer wissenschaftlichen Tagung zum Thema:  
Sozialismus im 21. Jahrhundert –  
Probleme und Perspektiven in Wirtschaft und Gesellschaft.

10. November 2006

Berlin 2007

© Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Helle Panke.  
2007

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>Hans Modrow: Zur Eröffnung des Workshops</b>	<b>7</b>
<b>Klaus Steinitz: Die Wirtschaftsplanung in der DDR – Probleme, Erfahrungen, Schlussfolgerungen</b>	<b>10</b>
<b>Udo Ludwig: Genutzte und verdrängte Entwicklungschancen durch Mathematik und Kybernetik in der Praxis der Volkswirtschaftsplanung der DDR</b>	<b>15</b>
<b>Jörg Roesler: Planungskonzepte im Realsozialismus – Erfolge, Misserfolge, Brauchbarkeit für das 21. Jahrhundert</b>	<b>20</b>
<b>Hans Mittelbach: Computer-Sozialismus und Wirtschaftssystem</b>	<b>27</b>
<b>Heinz Dieterich: Markt, Markt fetischismus und der Sozialismus des 21. Jahrhunderts</b>	<b>30</b>
<b>Joachim Bischoff: Äquivalenzökonomie als Basis eines neuen Sozialismus?</b>	<b>36</b>
<b>Ulrich Busch: Ist eine sozialistische Marktwirtschaft überhaupt möglich?</b>	<b>41</b>
<b>Erhard Crome: Überlegungen zu einem Sozialismus im 21. Jahrhundert</b>	<b>46</b>
<b>Günter Krause: Sozialismus im 21. Jahrhundert und Äquivalenzökonomie</b>	<b>52</b>
<b>Gerd Friedrich: Zur Stellung der Wirtschaftseinheiten in der Volkswirtschaft der DDR: Wie das Ausschalten von Marktimpulsen zum Ausgangspunkt für ungenügende ökonomische Effektivität wurde</b>	<b>58</b>
<b>Claus Krömke: Betriebe und Kombinate im Wirtschaftssystem der DDR</b>	<b>63</b>
<b>Klaus Blessing: Effizienz, Innovation und ökonomische Interessen in der sozialistischen Wirtschaft – Stellung der Betriebe und Kombinate</b>	<b>70</b>
<b>Hans Watzek: Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften – Erfahrungen und Entwicklungspotenziale</b>	<b>73</b>
<b>Kurt Fenske: Probleme der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der ökonomischen Integration im RGW</b>	<b>76</b>
<b>Judith Dellheim: Probleme der sozialistischen ökonomischen Integration und der Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR</b>	<b>79</b>
<b>Dietrich Lemke: Sozialismus und internationale Wirtschaftsbeziehungen – einige Erfahrungen der DDR</b>	<b>84</b>
<b>Peter Fleissner: Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Möglichkeitsfelder für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts</b>	<b>87</b>
<b>Christoph Lieber: Der Sozialismusversuch im „kurzen 20. Jahrhundert“: Staat ohne entwickelte (Zivil)Gesellschaft</b>	<b>94</b>
<b>Autorenverzeichnis</b>	<b>99</b>

# Vorwort

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Helle Panke veranstalteten am 10. und 11. November 2006 eine wissenschaftliche Tagung zum Thema:

## **Sozialismus im 21. Jahrhundert – Probleme und Perspektiven in Wirtschaft und Gesellschaft**

Am ersten Tag fand ein Workshop zu „Erfahrungen und Problemen der Planung und der wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR – Schlussfolgerungen für die Zukunft“ statt. Am zweiten Tag wurde eine Konferenz zum Thema: „Sozialismus im 21. Jahrhundert – Probleme und Perspektiven in Wirtschaft und Gesellschaft“ durchgeführt.

In der vorliegenden Publikation sind die Beiträge des Workshops enthalten. Die Konferenzbeiträge werden in einem Buch im Kai Homilius Verlag publiziert: Heinz Dietrich/Hans Modrow/Klaus Steinitz (Hrsg.): Sozialismus im 21. Jahrhundert – Probleme und Perspektiven in Wirtschaft und Gesellschaft.

Zu den rund 60 Teilnehmern am Workshop gehörten auch Gäste aus Großbritannien, Kuba, Mexiko und Österreich. Mit den Beiträgen und der Diskussion auf dem Workshop wurden Erfahrungen – Probleme, Defizite, Aufhebenswertes – des Sozialismusversuchs in der DDR differenziert erörtert. Damit wurde auch ein Beitrag zur weiteren notwendigen Auseinandersetzung über die Anforderungen an eine antikapitalistische, sozialistische Alternative im 21. Jahrhundert geleistet.

Der Workshop wurde in Form von Podiumsdiskussionen, in die alle Teilnehmer einbezogen wurden, zu fünf ausgewählten Komplexen durchgeführt:

- Probleme der Regulierung der sozialistischen Wirtschaft – Planung und Leitung sowie Nutzung der modernen Informationstechnik;
- Rolle des Markts in einer sozialistischen Wirtschaft, kann es eine sozialistische Marktwirtschaft oder einen sozialistischen Markt geben? Bedingungen für eine Äquivalenzökonomie und ihre mögliche Rolle im Sozialismus;

- Effizienz, Innovation und ökonomische Interessen in der sozialistischen Wirtschaft; Stellung der Betriebe und Kombinate – eigenwirtschaftliche Spielräume, Wirtschaftsdemokratie;
- Probleme der sozialistischen ökonomischen Integration, der Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR, Außenhandel;
- Diskussion unter den Linken in den alten Bundesländern und in westlichen Ländern zu Fehlern und Schwächen des staatssozialistischen Wirtschafts- und Planungssystems.

Entsprechend dem Ziel des Workshops, insbesondere Erfahrungen und Probleme des Realsozialismus in der Planung und wirtschaftlichen Entwicklung differenziert zu analysieren und zu bewerten und daraus Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen, wurden für die ersten vier Komplexe als Podiumsdiskutanten vor allem Teilnehmer gewonnen, die in der DDR verantwortlich Aufgaben in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft wahrgenommen haben und sich in den Jahren nach dem Scheitern des Sozialismusversuchs in Europa aktiv an den Auseinandersetzungen um die Gründe für dieses Scheitern beteiligt haben.

In den hier veröffentlichten Beiträgen der Teilnehmer am Workshop, die größtenteils in überarbeiteter Fassung vorgelegt wurden, sind die persönlichen Ansichten der Autoren enthalten. In ihnen wird deutlich, dass es zu wichtigen Problemen und Erfahrungen unter den Teilnehmern, die in der DDR in verantwortlichen Funktionen tätig waren, eine weitgehende Übereinstimmung gibt, sowohl hinsichtlich der kritischen Bewertung der Defizite und Konstruktionsfehler des praktizierten staatssozialistischen Wirtschafts- und Planungsmodells, als auch wichtiger Erfahrungen die für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert genutzt werden sollten

Der Workshop hat auch gezeigt, dass es notwendig ist, diesen Meinungs- und Erfahrungsaustausch in der nächsten Zeit fortzusetzen.

Klaus Steinitz, Januar 2007



### Zur Eröffnung des Workshops

Seit Jahren begleitet uns eine Debatte über die Geschichte der DDR. Je länger sie geführt wird, umso stärker nähert sie sich dem Zeitgeist an. Es geht dabei weniger um Fakten und Ereignisse, um die Identität von Menschen und deren Lebensleistungen, um die wechselseitigen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und die Rolle der Siegermächte in der Nachkriegszeit. Vielmehr wird angestrebt, die DDR als eine Diktatur zu verunglimpfen, die nicht weniger schlimm gewesen sein soll als die faschistische deutsche Diktatur. Der Zeitgeist bleibt dem Antikommunismus verbunden und scheut nicht davor zurück, die Geschichte zu verfälschen.

Die Skala der Verunglimpfungen ist groß und Gegensätzlichkeiten zur faschistischen Diktatur soll es angeblich nicht geben. Warum nicht? Das faschistische Deutschland hat den 2. Weltkrieg ausgelöst und barbarisch geführt. Am Ende waren 50 Millionen Menschen Opfer dieses Krieges. Die DDR hat einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens im Kalten Krieg geleistet. Konzentrationslager und die Vernichtung von sechs Millionen jüdischer Bürger Europas sind die blutige Spur des faschistischen Deutschland. Die DDR war ein antifaschistischer Staat und wie die BRD Mitglied der Vereinten Nationen.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in beiden deutschen Staaten waren unterschiedlich. Die DDR sah sich als realsozialistischer, die BRD als Sozialstaat.

Die DDR existiert nicht mehr, sie wurde der BRD angeschlossen oder – wie es heißt – sie ist der BRD beigetreten.

Die BRD besteht weiter, aber sozialstaatlich ist sie immer weniger.

Ernsthafte Analysen über die Ursachen des Unterganges der DDR wurden betrieben und vorsichtig formuliert. Negative Seiten ihrer Existenz und Entwicklung

konnten schnell formuliert werden. Erfahrungen und Erkenntnisse, die zum Nachdenken über Sozialismus im 21. Jahrhundert gehören, wurden dagegen wenig aufbereitet.

Die beiden deutschen Staaten standen – 1945 noch als Besatzungszonen der vier Siegermächte – in einer gemeinsamen Pflicht. Das Potsdamer Abkommen war beschlossen und der Nürnberger Prozess 1946 durchgeführt.

Noch 1990 spielte das Potsdamer Abkommen eine Rolle, als es um die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ging.

Beide deutsche Staaten sind mit dem Potsdamer Abkommen nicht nur unterschiedlich, sondern sogar gegensätzlich umgegangen. In der sowjetischen Besatzungszone bzw. auf dem Gebiet der DDR wurden die Nazis nicht nur entmachtet, sondern die Konzerne und Junker als den Hitlerfaschismus stützende Machtstrukturen auch enteignet. Dem lagen Beschlüsse der SMAD zu Grunde, die mit dem 2+4-Abkommen 1990/91 als völkerrechtlich gültig bestätigt wurden. Eine solche Bestätigung erhielt ihre Grundlage im Vereinigungsprozess durch Beschlüsse der Modrow-Regierung vom 1.03.1990 und der Regierung der UdSSR vom 27.03.1990.

Der Prozess der Privatisierung des Volkseigentums und einer zum Teil neuerlichen Enteignung an Grund und Boden – heute Transformation genannt – steht dem Wesen nach im Gegensatz zum Potsdamer Abkommen.

Die Vielzahl angekündigter Reformen und der sich vollziehende Sozialabbau stehen im Gegensatz zu Errungenschaften, die es auf dem Gebiet der alten DDR gab. Bei allen Schwierigkeiten im Gesundheitswesen – ein Zweiklassensystem gab es nicht. Wer über PISA jammert und nach skandinavischer Schläue sucht, sollte sich das

Bildungswesen der DDR ohne Scheuklappen ansehen.

Was eine Studie über die „Unterschicht“ aussagt, die auf dem alten DDR-Gebiet um ein Fünffaches größer ist als auf dem Gebiet der alten BRD, zeugt eher von einer Kolonialisierung als von Vereinigung.

Bei allen Fehlern und Verzerrungen in Wirtschaft und Gesellschaft der DDR – ein Streben nach Sozialismus kann an progressiven Entwicklungselementen in der DDR nicht vorbeigehen.

Eigentumsformen und das Verhältnis zum gesellschaftlichen Eigentum; soziale Gerechtigkeit (wie sie praktiziert wurde) Reformansätze in der Leitung und Planung der Wirtschaft, Arbeitsteilung und Ansätze für Integration sozialistischer Länder u.a.m. hinterlassen Erkenntnisse eines sozialistischen Versuchs, die unverzichtbar für neue Sozialismusbestrebungen sein werden.

Gemachte Fehler müssen nicht wiederholt werden und gewonnene Erkenntnisse sollten nicht einfach über Bord gehen. Wer so herangeht, stellt sich zwar in Deutschland gegen den Zeitgeist, könnte aber für den Sozialismus im 21. Jahrhundert einen konstruktiven Beitrag leisten.

Neue Elemente einer Sozialismusdebatte kommen aus Lateinamerika. Besonders Venezuela hat mit den Aussagen seines Präsidenten Hugo Chaves über sozialistische Perspektiven in seinem Land diese Debatte weiter stimuliert. Eine auch durch Politiker der Linkspartei.PDS ausgelöste Debatte über die Entwicklung in Kuba hat zu einer Belastung des Dialogs mit den kubanischen Freunden geführt.

Bleibt ein wichtiges Element, wenn es um den Sozialismus geht: Demokratie.

Von Willy Brandt stammt das Wort „Mehr Demokratie wagen!“ und von Schäuble die Aufforderung „Weniger Demokratie wagen!“

Die Linkspartei.PDS hat die Forderung nach Demokratisierung der Demokratie gestellt. In der DDR hieß dieser Komplex „sozialistische Demokratie“.

Die westlichen Demokratien messen Demokratie an freien und geheimen Wahlen

von Parlamenten und Staatsoberhäuptern. Wie sie stattfinden und wie es zu den Ergebnissen kommt, wird immer weniger wichtig und verbindlich. Bush wurde Präsident der USA nicht nach mehrheitlichem Willen der Wahlberechtigten; denn nur ca. 40 Prozent von ihnen gehen noch zur Wahl. Und da die Stimmenauszählung zweifelhaft war, entschied ein Gericht über das Resultat.

Dem Wahlsystem der DDR als Wahl der Nationalen Front und ohne parlamentarische Opposition fehlten wesentliche demokratische Elemente. Betriebliche Mitbestimmung nur über die Gewerkschaften zu organisieren, bedeutete Einschränkung von Demokratie. Und der Begriff des Volkseigenen Betriebes verlor durch eingeschränkte Mitbestimmung immer mehr seinen Sinn. Die Betriebe waren schließlich nur staatliches Eigentum, ohne wirklich als gesellschaftliches empfunden zu werden.

Es gab aber auch Versuche Planung und Leitung zu reformieren, betriebliche Mitbestimmung vielseitiger und verbindlicher zu gestalten, der regionalen Entwicklung mehr Bedeutung zu verleihen, komplexer zu planen, Eigenverantwortung zu erhöhen, d.h. nach alternativen Triebkräften in der sozialistischen Gesellschaft zu suchen.

Objektive Erfordernisse und subjektives Verhalten der politischen Führung kamen oft in Widerspruch. Aber mit all dem ist nur ein Teil der Probleme erfasst.

Der Umgang mit DDR-Erfahrungen ist ein politischer Vorgang. Als sie noch bestand, war sie auch für bundesdeutsche Politiker von Interesse. Der Landwirtschaftsminister, Ignaz Kiechle, selbst bayrischer Landwirt, sprach voller Respekt über die Leistungen der Genossenschaftsbauern der DDR, wenn er eine LPG besuchte.

Der erste Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, Klaus von Dohnanhy, lobte die kooperative Zusammenarbeit von VE Kombinat, der Technischen Universität und der Institute der Akademie der Wissenschaften und wollte dabei gewonnene Erfahrungen für Hamburg nützlich machen. Heute sollen sie nichts mehr gelten, weil sie gegen den Verriss der DDR in bundesdeutscher Betrachtung stehen.

Leider fehlt es auch manchen Zeitgenossen von damals an Mut, sich der Welle von Fehldarstellungen zu widersetzen; aber dem Herrschaftsgeist angepasst, lebt es sich scheinbar leichter und besser.

Eine ernsthafte Diskussion über Sozialismus im 21. Jahrhundert wird nicht möglich sein, ohne die Erfahrungen der DDR darin einzubeziehen. Aufgabe unseres Workshops soll es sein, durch eine konstruktive und kritische Sicht auf die Entwicklung der DDR solche Momente herauszuarbeiten, die als Erfahrungen und Erkenntnisse unverzichtbar für eine neue niveauvolle Sozialismusdebatte sind. Hierfür tragen wir Älteren gegenüber den Jüngeren eine Verantwortung. Ein solches Anliegen braucht Zeit. Heute können wir nur einige Schritte in diese Richtung gehen.

Der „Hellen Panke“ und der Rosa-Luxemburg-Stiftung gebührt ein herzlicher Dank dafür, dass sie die Möglichkeit für diesen Erfahrungsaustausch unter Teilnahme von Gästen aus mehreren Ländern geschaffen haben.

## Die Wirtschaftsplanung in der DDR – Probleme, Erfahrungen, Schlussfolgerungen

In meinem Beitrag geht es um Probleme und Erfahrungen der Wirtschaftsplanung unter den konkreten Bedingungen der DDR. Ich will versuchen, die Kluft deutlich zu machen, die zwischen den Potenzialen und Möglichkeiten einer effizienten planmäßigen Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung auf der einen und der real praktizierten zentralistischen staatlichen Planung auf der anderen Seite bestand. Daraus lassen sich Ansätze und Überlegungen für bessere Lösungen der gesellschaftlichen Regulierung oder Planung für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert ableiten.

Die Ambivalenz der staatssozialistischen Leitung und Planung zeigte sich besonders darin, dass bestimmte rationale, erhaltenswerte und weiter zu entwickelnde Methoden und Instrumente infolge der real vorhandenen Defizite und Schwächen ihr fortschrittliches Potenzial für eine rationale, ökonomisch effiziente Entwicklung nicht oder nur ungenügend entfalten konnten.

Zu den progressiven, aufhebenswerten Elementen der Planung gehören u.a.:

- Ein *System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Bilanzierung* auf den verschiedenen Gebieten – Arbeitskräfte, Ausrüstungen, Baukapazitäten, Rohstoffe, Energieträger und Material, Konsumgüter, einschließlich Verflechtungs- (Input/Output-)bilanzen, Finanzen, das unter zunehmender Nutzung der modernen Rechentechnik ausgearbeitet wurde.
- Die *Planberatungen*, die auf den verschiedenen Ebenen stattfanden, und die Ausarbeitung der Pläne in mehreren *Phasen*.
- Die *Verbindung der vertikalen Entwicklung* nach Bereichen und Zweigen *mit der regionalen Entwicklung* und Koor-

dinierung auf der Grundlage territorialer Komplexberatungen in den Bezirken.

Im Folgenden sollen einige Probleme der praktizierten staatlichen Planwirtschaft in der DDR und sich daraus ergebende Überlegungen für bessere Lösungen in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft skizziert werden. Ich werde auf die vielfältigen Aspekte nur theseförmig eingehen.

1. Die Planung auf der Grundlage des Gemeineigentums *widerspiegelt die grundsätzliche Möglichkeit, Ziele und Aufgaben für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung sowie die dazu erforderlichen Ressourcen verbindlich festzulegen*. Durch die Konzentration der Ressourcen auf volkswirtschaftlich wichtige Aufgaben können diese im Vergleich zu einer Marktregulierung rascher und zielstrebig gelöst werden. Beispiele hierfür sind in der DDR u.a. die Überwindung der tiefen wirtschaftlichen Disproportionen infolge der Spaltung des einheitlichen deutschen Wirtschaftsorganismus in den Nachkriegsjahren und die Realisierung wichtiger struktureller Veränderungen in den einzelnen Entwicklungsetappen. Diese positive Möglichkeit kam jedoch wegen der dem Staatssozialismus immanenten Defizite nur unzureichend zur Wirksamkeit, z.B. beim Übergang auf einen Pfad ökologisch nachhaltiger Entwicklung. Hemmnisse gab es infolge

- übermäßiger Zentralisierung der Planung von Einzelprozessen;
- einer nicht ausreichenden gesamtwirtschaftlichen Berechnung und Begründung von Entscheidungen, z.B. Heizölsubstitution durch forcierte Steigerung der Braunkohleförderung;

- der Einschränkung und Verhinderung einer offenen und kritischen Auseinandersetzung über wirtschafts- und sozialpolitische Grundfragen – letzten Endes: Entscheidungsmonopol des Politbüros, des Generalsekretärs.

2. Die Planung erfolgte in der DDR in *einem mehrstufigen Prozess* von der Zentrale einmal nach *Bereichen und Zweigen* über die Ministerien, Kombinate (konzernähnliche Zusammenschlüsse von Betrieben) bis zu den Betrieben und zum anderen *regional* über die Räte der Bezirke zu den Kreisen und größeren Kommunen. Die Zweiphasen-Planung, zunächst Plankonzept, staatliche Aufgaben als Orientierung von der Zentrale zu den Wirtschaftseinheiten und Regionen, und nach einem Arbeitsprozess der Präzisierung und weiteren konkreten Untersetzung der zentralen Orientierungen, wozu die Plandiskussionen und Planberatungen gehörten, Planvorschläge von unten nach oben. Auf deren Grundlage wurden wiederum die Pläne – Jahres- und Perspektiv(Fünfjahres-)pläne – erarbeitet, die von der Zentrale bis nach unten als *verbindliche Planaufgaben* gingen. Auch hier traten jedoch Hemmnisse und Verzerrungen auf, die die Wirksamkeit der Planung schmälerten: Die beabsichtigte Gestaltung des Perspektivplans zum „Hauptsteuerungsinstrument“ der Volkswirtschaft wurde allerdings nie erreicht. In der Realität wurden die Perspektivpläne von den Problemen der Jahresplanung an die Wand gedrückt.

- Der Plan wurde als *Gesetz und damit auch als wichtigster Maßstab zur Beurteilung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit* angesehen. Daraus erwuchs der nie gelöste *Widerspruch* zwischen dem *Interesse der Gesellschaft/des Staates an hohen, die Reserven nutzenden Planvorschlägen* der Betriebe und Kombinate auf der einen und *deren Interesse an sicher zu erfüllenden bzw. zu überbietenden, d.h. weichen Plänen* auf der anderen Seite.
- Die Plandiskussion war oft formal, die Planvorschläge wurden von den jeweils übergeordneten Organen bis zum Politbüro nicht selten wegen so genannter volkswirtschaftlicher Erfordernisse recht voluntaristisch geändert.

Öfter wurden die Produktionsziele erhöht, ohne dass die dazu erforderlichen Voraussetzungen entsprechend geändert wurden. Dadurch entstanden Zweifel an der Realität der Pläne und es folgten Produktionsstörungen. Defizite in den Plandiskussionen spiegelten auch soziale Probleme und unge löste soziale Widersprüche in den Betrieben wider, u.a. in der Arbeitsnormung als Instrument zur Bestimmung leistungsgerechter Löhne.

- Bei den Beratungen der Planvorschläge zwischen Vertretern der verschiedenen Ebenen handelte es sich nicht um eine Diskussion gleichberechtigter Partner. Die Entscheidungsmacht war ungleich verteilt. Sie lag bei den jeweils übergeordneten Instanzen.

3. Ein Grundproblem der staatlichen Planung besteht darin, ob und wie es gelingt, die *ökonomischen Interessen der Wirtschaftssubjekte so zu berücksichtigen*, dass sie einerseits als wirksame Triebkraft für die Ausnutzung der Produktivitäts- und Effizienzreserven wirksam werden sowie andererseits auf die Erfüllung gesellschaftlicher Erfordernisse gerichtet werden.

Diese Problematik konnte weder in der DDR noch in anderen Ländern des Realsozialismus, auch nicht in dem jugoslawischen Selbstverwaltungsmodell, befriedigend gelöst werden.

Es gelang nicht, die vorrangige Orientierung auf das quantitative Wachstum der Produktion zu überwinden. Versuche zur Zeit des neuen ökonomischen Systems in der DDR in den 60er Jahren, dem Gewinn und der Verbesserung der Effizienz des Reproduktionsprozesses einen zentralen Platz zu geben, wurden abgebrochen. Das Scheitern hing vor allem mit zwei ungelösten Fragen zusammen. Einmal war der Gewinn nur sehr unvollständig ein objektiver Gradmesser effektiver Wirtschaftstätigkeit, vor allem weil er von der staatlich administrativen Preisfestlegung abhängig war; zum anderen waren die Möglichkeiten der Wirtschaftssubjekte stark eingeschränkt, den Gewinn für die Entwicklung des Reproduktionsprozesses und für die Verbesserung der sozial-kulturellen Betreuung der Beschäftigten zu nutzen.

Hierzu wurden zwar auch in den 80er Jahren Experimente in Kombinat und Betrieben zur Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel durchgeführt. Es blieb aber bei inkonsequenten, halbherzigen Lösungen. All das hatte natürlich wesentliche Auswirkungen auf die betriebliche Effizienz.

4. Die *Funktion der staatlichen Wirtschaftsplanung* besteht vor allem darin, die *verfügbaren volkswirtschaftlichen Ressourcen möglichst umfassend zu nutzen und sie in Übereinstimmung mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen und der Bedürfnis- und Bedarfsentwicklung der Menschen sinnvoll einzusetzen*. Es gelang zwar in hohem Grad, die für die kapitalistischen Länder typische hohe Arbeitslosigkeit zu überwinden. Aber auch bei der Erfüllung dieser Funktion gab es einige wesentliche Defizite.

- Eine hohe gesamtwirtschaftliche Rationalität wurde dadurch eingeschränkt, dass die Allokation der Ressourcen auch auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene nicht optimal verlief. Das war auf mehrere Gründe zurückzuführen. Eine entscheidende Rolle spielten m.E. drei Faktoren. *Erstens* waren die Wirtschaftlichkeitsrechnungen, die den Strukturentscheidungen zugrunde lagen, vielfach wenig aussagekräftig. Die gesamtwirtschaftlichen Aufwands- und Ergebnisrechnungen spiegelten die realen Aufwendungen und Ergebnisse vor allem infolge der administrativ festgelegten Preise nur verzerrt wider. *Zweitens* führten die hohen Ressourcenanspannungen dazu, dass langfristige Aufgaben zu Gunsten von aktuellen, kurzfristig wirksamen Aufgaben vernachlässigt wurden. *Drittens* spielten bei ökonomischen Entscheidungen politische Faktoren – objektive, im Zusammenhang mit den ökonomischen Wirkungen des kalten Krieges und den Defiziten der internationalen Arbeitsteilung im RGW, aber auch häufig subjektiv motivierte Einflüsse – eine wesentliche Rolle, z.B. bei Entscheidungen zur Entwicklung der Mikroelektronik.

- Die unzureichende Flexibilität und zu geringe Reaktionsfähigkeit der Pläne, die zu Verzögerungen bei Innovationen und bei der Reaktion auf veränderte Außenhandelsbedingungen führte. Diese Defizite der realsozialistischen Ökonomien spiegelten ihre unzureichende Einbeziehung in die internationale Arbeitsteilung wider. Sie entwickelten sich als weitgehend geschlossene Wirtschaften und verfügten nicht über eine konvertible Währung als wichtige Bedingung für eine rasche Reaktion auf nicht vorausgesehene Probleme, z.B. bei der Versorgung der Volkswirtschaft mit spezifischen Zulieferungen oder Ausrüstungen.
- Die angespannte Situation bei der Bereitstellung von Ressourcen an Materialien, Zulieferungen und Ausrüstungen hatte zur Folge, dass die gesamtwirtschaftliche Effizienz beträchtlich eingeschränkt wurde, Produktionsstillstände auftraten, verbreitet knappe Materialien und Zulieferungen in den Betrieben gehortet wurden, woraus wiederum neue Mangelercheinungen erwachsen. Zugleich wurden zunehmend gesellschaftliche Arbeit und finanzielle und materielle Mittel für Eigenproduktion von Zulieferungen und Ausrüstungen eingesetzt sowie eigene Baukapazitäten im Rahmen des Kombinats aufgebaut, um von anderen Kombinat weitgehend unabhängig zu sein. Die Kehrseite dieser „Unabhängigkeit“ waren jedoch beträchtliche Effektivitätsverluste.

5. Die staatliche Planung bot die *Möglichkeit, die Grundproportionen der volkswirtschaftlichen Endverwendung sowie andere volkswirtschaftliche Verflechtungen planmäßig zu gestalten*. Infolge der angespannten Pläne, neuer Probleme und Bedingungen im Verlaufe der Plandurchführung traten regelmäßig Störungen und Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen sowie der Betriebe mit Materialien, Zulieferungen und Ausrüstungen auf. Zur Lösung dieser Probleme gab es in der Staatlichen Plankommission und auch beim Ministerrat spezielle Gruppen zur Klärung und Entscheidung operativer Versorgungsfragen, die wöchentlich tagen

mussten. Da diese Gremien natürlich nicht selbst das Aufkommen erhöhen konnten und meist die verfügbaren Reserven zu gering waren, führte das Stopfen von Löchern an einer Stelle nicht selten dazu, dass neue, manchmal noch größere, an anderen Stellen aufgerissen wurden.

6. *Wissenschaft und Technik nahmen im Planungssystem der DDR einen herausragenden Platz ein.* Besonders wichtige wissenschaftlich-technische Aufgaben wurden zentral als Staatsplanaufgaben festgelegt. Hierzu gehörten auch Verflechtungsbeziehungen, einzusetzende Potentiale und Termine für einzelne Etappenziele der Forschung, Entwicklung und Überführung.

Es wurde versucht, die Planung wissenschaftlich technischer Aufgaben mit makroökonomischen Zielen – vor allem: zu erreichende Einsparungen an Arbeitszeit sowie an Energie und Materialien – und einzusetzenden Potenzialen (wissenschaftlich-technisches Personal und Investitionen) zu verbinden. Es konnte zwar erreicht werden, dass die Probleme und Aufgaben von Wissenschaft und Technik in der gesamten Wirtschaft einen höheren Stellenwert erhielten. Zugleich gab es jedoch gerade auf diesem Gebiet stark formale Züge. Dies galt besonders für die gesamtwirtschaftlich berechneten Einsparungen an Arbeitszeit, Energie und Materialien durch Wissenschaft und Technik, deren Realitätsgehalt gering war.

In der Planung von Wissenschaft und Technik spiegelte sich auch ein Grundproblem der zentralistischen Planung wider, die Innovationen ergaben sich weniger aus den inneren Erfordernissen und Motiven der Wirtschaftseinheiten zur Erhöhung der Effizienz ihres Reproduktionsprozesses als aus äußeren Auflagen und den Forderungen der Zentrale bzw. der übergeordneten Instanzen. Innovationen wurden häufig mehr „reingedrückt“ als „aufgesaugt“.

7. Ein grundlegendes Defizit in der bisherigen Entwicklung staatssozialistischer Länder bestand in der *Funktionsweise des Informationssystems* – in der *Qualität der notwendigen Informationen* und insbeson-

dere in der *Art und Weise, der Effizienz und der erforderlichen Zeit für die notwendigen Rückkopplungen, speziell zur Korrektur von Fehlentscheidungen und -entwicklungen.* Dabei lag das eigentliche Problem weniger in technischen Unzulänglichkeiten des Informationssystems als auf politischem Gebiet. Es geht mir dabei nicht primär um statistische Informationen der Wirtschaftseinheiten über die Produktionsentwicklung, sondern um Informationen über die gesamte ökonomische, soziale und politische Situation in den Betrieben und in den Territorien, über Stimmungen in der Belegschaft und in der Bevölkerung. Es gab eine deutliche Tendenz zu schönfärberischen Informationen, da eine realistische, schonungslose Kritik an vorhandenen Missständen und Mängeln oft „oben“ nicht gern gesehen wurde und zu Nachteilen führte. Reaktionen auf Informationen, besonders wenn sie zu gesellschaftlichen Konsequenzen hätten führen müssen, waren meist unbefriedigend. Hinzu kommt, dass Informationen stark von Interessen beeinflusst werden. Um z.B. die Zustimmung übergeordneter Organe für eine größere Investition zu erreichen, wurden die Investitionskosten häufig zu niedrig und der Rückfluss der Aufwendungen zu günstig angegeben. Defizite in der Zuverlässigkeit der verfügbaren Informationen begünstigten Fehlentscheidungen und führten wiederum zu Defiziten in der Realität mancher Pläne.

Aus diesen Problemen und Schwächen der Planung im Realsozialismus sowie aus den grundlegenden Widersprüchen der Markt- und Profitregulierung des Kapitalismus können einige *Schlussfolgerungen für die Wirtschaftsplanung/Regulierung unter Bedingungen eines demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert abgeleitet werden.*

- Sie sollte vor allem als eine makroökonomische Planung und als komplexe Planung wichtiger Struktur- und Innovationsprozesse zur Erfüllung sozialer und ökologischer Ziele und nicht als verbindliche Festlegung von Einzelprozessen und detaillierten Produktionsaufgaben der Wirtschaftseinheiten realisiert werden. Das bedeutet, das Ausmaß zentraler Planung im Ver-

gleich zur bisherigen Praxis radikal zu verringern.

- *Demokratisierung und Transparenz* von Entscheidungsprozessen und ihre stärkere Untersetzung durch aussagefähige Wirtschaftlichkeitsrechnungen sind unverzichtbar für die Wirtschaftsplanung in einem demokratischen Sozialismus.
- Die Planung muss darauf gerichtet werden, die *makroökonomischen Rahmenbedingungen* für die Tätigkeit der Wirtschaftseinheiten so zu qualifizieren, dass die *Betriebe einen größeren Spielraum für die Gestaltung ihres Reproduktionsprozesses und für unternehmerisches Handeln erhalten*, und es in ihrem Interesse liegt, einen optimalen Beitrag für die Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Zielstellungen und zur Einhaltung der Kriterien sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu leisten.
- Die *Wirtschaftsplanung sollte die realen Ware- und Wertkategorien konsequent nutzen*. Damit würde auch das *Mehrprodukt/der Gewinn* die realen Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit besser widerspiegeln. Die Verwendung des Mehrprodukts muss sichern, dass durch Umverteilung die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben erfüllt werden. Dabei kommt den Proportionen zwischen produktiven Investitionen, Aufwendungen zur Entwicklung der Infrastruktur und der Finanzierung der Bereiche der Daseinsvorsorge eine entscheidende Bedeutung zu. Zugleich gilt es solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Betrieben ermöglichen, über einen größeren Teil des Mehrprodukts zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu verfügen, d.h. eigenverantwortlich zu entscheiden.
- Ein *leistungsfähiges und transparentes Informationssystem* müsste so entwickelt werden, dass die für ein richtiges und rasches Reagieren auf veränderte Bedingungen und neue Erfordernisse notwendigen Informationen rechtzeitig und in einer hohen Qualität zur Verfügung stehen sowie mit Hilfe einer leistungsfähigen Technik zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und

zum Treffen von Entscheidungen verarbeitet werden.

- Umfang und Inhalt der Kennziffern und Bilanzen sowie die Aufgaben der verschiedenen Ebenen im Planungsprozess müssten in *ständiger Auswertung praktischer Erfahrungen und Ergebnisse geprüft, korrigiert und weiterentwickelt* werden. Die *Offenheit des Planungssystems für neue Erfahrungen und Erkenntnisse entscheidet in hohem Grade über seinen Wert und Nutzen*.

## Genutzte und verdrängte Entwicklungschancen durch Mathematik und Kybernetik in der Praxis der Volkswirtschaftsplanung der DDR

In den dreißiger und den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts warteten die Mathematik und der neu entstandene Wissenschaftszweig Kybernetik mit einer Reihe von Erkenntnissen auf, die sich in beiden Wirtschaftssystemen der damaligen Welt, der Marktwirtschaft und der zentralstaatlichen Planwirtschaft, bald auch den Weg in die Theorie und Praxis des Wirtschaftens ebnen sollten. Teilweise waren sie sogar von ökonomischen Fragestellungen ausgelöst worden.

Die ersten Versuche in der noch jungen Sowjetunion, den Ressourceneinsatz auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zu bilanzieren, regten beispielsweise W. Leontief zur Entwicklung der Input-Output-Analyse an. Er erkannte in der schachbrettartigen Darstellung der Lieferungen und Bezüge an Gütern zwischen den Volkswirtschaftszweigen eine mathematische Aufgabenstellung, nämlich die Suche nach der Lösung eines linearen Gleichungssystems. Nach seiner Emigration aus Russland – über die Zwischenstation Deutschland – in die USA publizierte er in den dreißiger Jahren ein numerisch gestütztes lineares Gleichungssystem für die Liefer- und Leistungsbeziehungen in der US-amerikanischen Wirtschaft, mit dem die direkten und indirekten Zusammenhänge zwischen der Güterproduktion in den verschiedenen Volkswirtschaftszweigen sichtbar gemacht wurden.<sup>1</sup>

Die Aufstellung eines linearen Gleichungssystems und seine mathematische Lösung standen auch am Anfang der Optimierungsrechnung. Genauer gesagt, handelte es sich um Ungleichungen, und es kam ein Zielkriterium hinzu, für das unter allen möglichen mathematischen Lösungen die beste gefunden werden sollte. Die Pionierarbeit leisteten hier G. Dantzig sowie T. Koopmans in den USA und L. Kantorovič in der Sowjetunion. In beiden Staaten wurden Planungs- und Organisationsprobleme zum Auslöser der Entwicklungen.<sup>2</sup> Während sie in den USA aus militärischen Fragestellungen im Transportbereich entsprangen, resultierten sie in der Sowjetunion aus Aufgaben des rationalen Einsatzes begrenzter Ressourcen im betrieblichen Produktionsprozess. Wie Kantorovič berichtet, kam es im Auftrag eines Herstellers von Holzprodukten zu ersten Untersuchungen an der Leningrader Universität in den Jahren 1938–1939.<sup>3</sup> Zusammen mit W. Nowoschilow und W. Nemčinov gehörte er zu den Wegbereitern der wirtschaftsmathematischen Schule in der Sowjetunion.

Schließlich trat die Kybernetik in das Blickfeld der Ökonomen. Der Vater dieses neuen Wissenschaftszweiges, der Mathematiker Norbert Wiener, veröffentlichte 1948 sein grundlegendes Werk, in dem er die bis dahin vor allem in der Technik geäußerte Selbstregulierung von Systemen

---

<sup>1</sup> Vgl. Leontief, W.W.: Quantitative Input and Output Relations in the Economic System of the United States, in: Review of Economic Statistics, Vol. XVIII, 3/1936, S. 105ff. Derselbe: The Structure of American Economy, 1919–1939. An Empirical Application of Equilibrium Analysis, New York 1941.

---

<sup>2</sup> Vgl. Brentjes, S.: Zur Herausbildung der linearen Optimierung, in: Lassmann, W. und Schilar, H. (Hrsg.): Ökonomie und Optimierung, Berlin 1985, S. 298 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Kantorovič, L.V.: Die Entwicklung von Optimierungsmethoden in der UdSSR, in: Ebenda, S. 11 ff.

verallgemeinerte.<sup>4</sup> Als Wissenschaft der Steuerung und Regelung von Systemen fand sie Anwendung nicht nur beim Bau elektronischer Datenverarbeitungsanlagen, sondern lieferte zugleich Grundlagen für die Leitung, Planung und Organisation gesellschaftlicher und darunter ökonomischer Systeme.

Welcher Einfluss ging von den Erkenntnissen auf die praktische Gestaltung der Wirtschaft aus? Nach dem Scheitern des real existierenden Sozialismus muss grundsätzlich festgehalten werden, in der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern wurde das Erkenntnis- und Gestaltungspotential zwar von der Forschung aufgegriffen und unter den Wissenschaftlern diskutiert, aber äußerst selektiv bis zur praktischen Nutzung geführt. Bei der Selektion gaben nicht die Unvollkommenheiten des damaligen Erkenntnisstandes und die aus heutiger Sicht bescheidenen Möglichkeiten der Rechentechnik den Ausschlag, sondern die vermeintliche Integrationsfähigkeit in die herrschende Substanzwissenschaft, die politische Ökonomie des Sozialismus im Allgemeinen und die Planung der Volkswirtschaft im Besonderen. In deren Kern stand die Lenkung der Gesamtwirtschaft über den Zentralplan. Sie galt als Gegenentwurf zur Regulierung über die spontanen Kräfte des Marktes. So überrascht es nicht, wenn letztlich der Beitrag von Mathematik und Kybernetik darauf reduziert wurde, die Planung von Mengen- und Finanzgrößen zu qualifizieren, und alle Versuche, die Funktionsweise der Wirtschaft um Elemente der Selbstregulierung zu ergänzen, zum Scheitern verurteilt waren. Das Herrschaftsmonopol der Partei durfte nicht angetastet werden.

## **Verflechtungsbilanzen für den Zentralplan und optimale Produktionspläne für die Wirtschaftseinheiten**

Der im Rahmen der Input-Output-Analyse entwickelte mathematische Apparat fand Eingang in die Aufstellung der Plan- und Berichtsverflechtungsbilanzen in der Sowjetunion, der DDR und anderen Zentralplanwirtschaften Mittel- und Osteuropas. Indem die Wirtschaftseinheiten gleichzeitig als Produzenten und Verbraucher an Gütern erfasst werden, zeigt das Input-Output-Modell die produktionsseitigen Abhängigkeiten (Verflechtungen) der Wirtschaftszweige untereinander. Insbesondere enthält es Informationen darüber, wie groß der Produktionsoutput an Gütern unterschiedlichster Art sein muss, um eine bestimmte Größe des Endprodukts für den Konsum, die Investitionen oder den Export zu erwirtschaften. Es schien damit prädestiniert, die Allokation der Ressourcen zentral zu lenken. Vor diesem Hintergrund wurde die Verflechtungsbilanzierung in der DDR in den Rang einer „Generalstabskarte“ im Kampf um den „richtig proportionierten Aufbau des Sozialismus“ gehoben. Sie wurde zu einem wichtigen Instrument der zentralen Planung der Produktions- und der Außenhandelsstruktur der Volkswirtschaft und kam im Zuge der Planung der zentralen Leistungsgröße der Volkswirtschaft, des Nationaleinkommens, und der wechselseitigen Abhängigkeiten der Produktion in großen Teilbereichen (Teilverflechtungsbilanzen) zum Einsatz.

Mit der Entwicklung der Natural-Wert-Verflechtungsbilanz leistete die Wirtschaftsforschung in einigen sozialistischen Ländern, darunter in der DDR, auch einen eigenständigen Beitrag zur Anwendung dieses Instrumentariums bei der Mengenplanung und ihrer Abstimmung mit monetären Eckwerten der Volkswirtschaft. Diese Modifikation des Standardmodells der Input-Output-Analyse bezog für ausgewählte Gütergruppen einzelne wirtschaftsleitende Institutionen, z.B. Industrieministerien, als Verbraucher der Produkte in die Bilanzierung von Aufkommen und Verwendung ein. In der DDR betraf die konkrete Mengenplanung rund 600 Positionen

---

<sup>4</sup> Vgl. Wiener, N.: *Cybernetics or Control and Communication in the Animal and the Machine*, Paris, New York, Cambridge/Mass. 1948.

an Material, Ausrüstungs- und Konsumgütern, mit denen etwa 75 Prozent des jährlichen Outputs der Volkswirtschaft erzeugnis konkret abgedeckt wurden.<sup>5</sup> In den letzten Jahren der DDR wurden die Verflechtungsbilanzen verstärkt zur Analyse der Devisenrentabilität von Außenhandelsstrukturen herangezogen.

Die Herstellung der Bilanzgleichheit von Aufkommen und Verwendung an Ressourcen von einer Zentrale aus macht Sinn, wenn das Ziel der Produktion, hier die Zusammensetzung des Endprodukts nach Gütern für den Konsum, für Investitionen und die Ausfuhr in das Ausland, klar definiert ist. Das trifft beispielsweise zu auf Kriegswirtschaften und auf Volkswirtschaften, die das Stadium der nachholenden Modernisierung, wie den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft in den 20er und 30er Jahren in der Sowjetunion, durchlaufen. Die Zielvorgabe von einer Zentrale aus wird jedoch umso problematischer, je entwickelter eine Volkswirtschaft ist und Vorbilder fehlen, von denen ex ante quantitative Ziele abgeleitet werden können. Dies gilt vor allem in der wissensbasierten Gesellschaft mit dem hohen Anteil an Suchprozessen. Spätestens hier versagt die zentralstaatliche Planung, und die Verflechtungsbilanzierung als Instrument kann dies nicht richten. Das Gleichgewicht von Produktion und Nachfrage lässt sich ex ante nicht herstellen.

Die Entwicklung und Anwendung von Optimierungsmethoden in der Wirtschaft der DDR begann in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in den Leuna-Werken. Ende der siebziger Jahre existierten rund 1 400 Optimierungsmodelle, die in Betrieben der Landwirtschaft, des Bergbaus und der Energiewirtschaft, der Industrie, der Bauwirtschaft und des Gütertransports regelmäßig zur Entscheidungsvorbereitung genutzt wurden.<sup>6</sup> Auch wurde das Stan-

dardmodell der linearen Optimierung unter dem Druck der praktischen Erfordernisse des Anwendungsbereichs weiter entwickelt. So erwies sich ein optimaler Produktionsplan, der unter der Vorgabe genauer Begrenzungen an einsetzbaren Ressourcen ermittelt wurde, in der praktischen Umsetzung in der Regel als zu starr; zumal die Beschränktheit des Ressourcenvorrats Unschärfen aufweist. Flexible Lösungen wurden gebraucht. Der Ausweg bestand im Dialog mit dem Problemanalysiker. Diese Optimierungssituation wurde in der DDR mit der sogenannten Komplexmethode formalisiert, bei der in mehreren Optimierungsrunden der erste Planansatz unter Einbeziehung des Dialogs mit dem Rechner korrigiert und die Planaufgabe selbst rückwirkend geändert wird.<sup>7</sup>

Alle diese Fortschritte können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine andere fundamentale Erkenntnis aus dem Optimierungskalkül den Weg in die Wirtschaftspraxis des real existierenden Sozialismus nicht fand: die Entdeckung der Schattenpreise. Bei jeder Optimierungsaufgabe fällt eine duale Lösung an, mit der die Angespanntheit des Ressourceneinsatzes angezeigt wird, und zwar in Form des Ertrags bei der Aufstockung ihres Einsatzes um eine zusätzliche Einheit. Diese Kennzahlen bezeichnete Kantorovič als objektiv bedingte Bewertungen; Koopmans nannte sie Schattenpreise.

Die Aufdeckung der Gleichheit von Grenzerträgen und Grenzkosten im Optimalzustand liefert nicht nur Informationen zur Lenkung des Ressourceneinsatzes in rationelle Verwendungen. Sie führte auch zu der Aussage, dass die Warenpreise den optimalen Bewertungen proportional sein müssen. Damit war das fundamentale Problem der Preisgrundlage angesprochen. Die objektiv bedingten Bewertungen schienen im Widerspruch zu Marxens Arbeitswertlehre zu stehen, nach der die Preise von den Durchschnittskosten bestimmt werden. Das „Für und Wider“ der

---

<sup>5</sup> Vgl. Köhler, G., Fülle, H., Pinkau, K.: Materielle Bilanzierung, Berlin 1981.

<sup>6</sup> Vgl. Fischer, H.: Verallgemeinerung von Erfahrungen bei der Anwendung mathematischer Methoden in der Leitung und Planung der Wirtschaft der DDR, Dissertation, Berlin 1978.

---

<sup>7</sup> Vgl. Lassmann, W.: Die Entwicklung und Anwendung von Optimierungsmethoden in der DDR, in: Lassmann, W. und Schilar, H. (Hrsg.): Ökonomie und Optimierung, Berlin 1985, S. 131 ff.

objektiv bedingten Bewertungen als Preise wurde heftig und kontrovers diskutiert.<sup>8</sup> Letztlich wies zwar Nowoschilow nach, dass sich die Größen nicht gegenseitig ausschließen, sondern einander ergänzen.<sup>9</sup> Den Weg in die Praxis der Preissetzung fanden sie jedoch nicht. Lediglich bei der Einführung der so genannten Produktionsfondsabgabe in die Preiskalkulation im Zuge der Reform der Industriepreise Mitte der 60er Jahre standen sie Pate. Mit dieser Abgabe wurde der auf den Produktionsmitteleinsatz bezogene Anteil der Gewinnabführung der Betriebe an den Staatshaushalt am Preis fixiert.

## Regulierung überwiegend durch Steuerung

Mit der Verstaatlichung der Wirtschaft und dem Einzug der zentralstaatlichen Planung an die Stelle der Regulierung über den Markt stand die Aufgabe, den Platz der eigenverantwortlichen Tätigkeit der Wirtschaftseinheiten zu bestimmen. Bis in die fünfziger Jahre hinein dominierte eine strenge hierarchische Gliederung das Planungsgeschehen. Die Zentrale legte die Planparameter fest, und die Wirtschaftseinheiten hatten die Vorgaben zu erfüllen. Im Sommer 1963 wurde ein neues Konzept zur Regulierung der Wirtschaft, das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ verabschiedet, mit dem die Wirtschaftseinheiten mehr Eigenverantwortung erhalten sollten. Als das entscheidende zentrale Lenkungsinstrument sollte der Perspektivplan fungieren, mit dem die volkswirtschaftlichen Hauptproportionen festgelegt wurden. Zum zentralen Leistungsmaßstab der Betriebe wurde der Gewinn erklärt. Er bildete den Kern eines „Systems ökonomischer Hebel“. Aus heutiger Sicht war diese Reform der Versuch, „marktwirtschaftliche Mechanismen zu simulieren, ohne die

Grundlagen einer Marktwirtschaft einzuführen.“<sup>10</sup> Der Versuch scheiterte an seinen inneren Widersprüchen. Es kam zu gravierenden Störungen bei der Bereitstellung von Vorleistung für die Wirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Das neue wirtschaftliche Regelwerk wurde Ende 1970 außer Kraft gesetzt. Besonders folgenreich waren die Inkonsequenzen der Reform bei den neu gebildeten Preisen. Sie wurden nach wie vor auf Basis der durchschnittlichen Kosten gebildet und enthielten kaum Informationen über die Knappheitsrelationen der eingesetzten Ressourcen und damit der Lenkung in die effizientesten Verwendungen. Zudem sollten die Verbraucherpreise aus politischen Gründen nicht steigen, so dass die Subventionen nicht zurückgingen, sondern zunahmen.

Ein schlagendes Beispiel für die Relativität des Reformspielraums war vor diesem Hintergrund der Versuch G. Kohlmeys, Grundprinzipien der in den sechziger Jahren noch im Entstehen begriffenen Kybernetik in das Plangeschehen aufzunehmen. Angeregt von den unterschiedlichen Funktionen des Steuerns und Regeln von Prozessen suchte er nach Wegen, den in der Substanzwissenschaft Politische Ökonomie des Sozialismus diskutierten Ware-Geld-Mechanismus im Sozialismus stärker in das Planungssystem zu integrieren.<sup>11</sup> Er begriff die sozialistische Planwirtschaft als ein komplexes, dynamisches, zielstrebiges gesellschaftliches System der Regelung und Steuerung, das aus vielen Teilsystemen besteht, die miteinander ver- und gekoppelt sind. Daraus leitete er eine Hierarchie der Institutionen ab, bestehend aus Betrieben und ihren Vereinigungen, den Ministerien, der Staatlichen Plankommission, der Regierung, zwischen denen Widersprüche, Interessenkonflikte auftreten.

---

<sup>8</sup> Vgl. Schilar, H. und Schwarz, K.: Zur Entwicklung des Optimalitätsdenkens in der politischen Ökonomie und zum Zusammenhang von optimalen Bewertungen und Arbeitstheorie, in: Ebenda, S. 195 ff.

<sup>9</sup> Vgl. Nowoschilow, W.W.: Messung von Aufwand und Ergebnis, Berlin 1970, S. 309 ff.

---

<sup>10</sup> Vgl. Steiner, A.: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 131.

<sup>11</sup> Vgl. Kohlmeys, G.: Planen als Regeln und Steuern, in: Probleme der politischen Ökonomie, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Band 11, Berlin 1968, S. 89 ff.

Mit dem planwirtschaftlichen Steuerungs- und Regelsystem müsse erreicht werden, dass die Teilsysteme, indem sie ihre Ziele, z.B. die Maximierung der betrieblichen Rentabilität, verfolgen, dem gesamtgesellschaftlichen Ziel, der Maximierung des materiellen und kulturellen Wohlstandes, zustreben. In Anlehnung an die technische Kybernetik und ihre philosophische Interpretation<sup>12</sup> unterschied er streng zwischen Steuern und Regeln im Planungsprozess, und forderte, den Planungsmechanismus überwiegend als Regelung und nicht überwiegend als Steuerung zu konzipieren. Dies implizierte: „Die Planwirtschaft ist Geldwirtschaft. Die Lenkung erfolgt stark mittels monetärer Kategorien (als Führungsgrößen der Planungszentrale und als Sollwerte der Betriebe)“.<sup>13</sup> Die Trial and Error Methode sollte angewandt werden, um beispielsweise die richtigen Planpreise zu finden, bei denen Angebot und Nachfrage zum Gleichgewicht geführt werden. Die Hauptfunktion des Preises war für ihn „die Stimulierung von Produktion und Produktivität, die Regulierung moderner volkswirtschaftlicher Strukturen, ... die Bilanzierung von zahlungsfähiger Nachfrage und Angebot im Produktions- und im Zirkulationsbereich“<sup>14</sup>. Kohlmey entwickelte eine Planungskonzeption bestehend aus zentralen und dezentralen Elementen. Nur so werde „die Einheit von Planwirtschaft und Demokratie effektiv“.<sup>15</sup> Planwirtschaft war für ihn „Waren- und Geldwirtschaft, mit Selbstregulierungen, mit Rückkoppelungen über den Markt“<sup>16</sup>. Die Konzeption vom Planen als Regeln und Steuern der Wirtschaftsaktivitäten von Betrieben wurde von der Einheitspartei massiv zurückgewiesen. Sie sah darin einen Angriff auf das Grundprinzip der etablierten Wirtschaftsorganisation, den demokratischen Zentralismus. Mit ihm war

letztlich die Herrschaft der Zentrale über die Aktivitäten der Betriebe vor Ort vorgegeben.

## Fazit

Mathematik und Kybernetik waren, nachdem sie sich in den Anfangsjahren gegenüber den Kritikern grundsätzlich behauptet hatten, stets dann willkommen, wenn sie der Vervollkommnung des zentralen Elements der Volkswirtschaftsplanung oder der Optimierung des Ressourceneinsatzes im Betrieb dienten. Erkenntnisse zur Funktionsweise der Wirtschaft, mit denen die Grundfesten der Herrschaft der Zentrale über das Geschehen vor Ort ins Wanken geraten konnten, wurden verdrängt oder gar unterdrückt. Letztlich entschied die Substanzwissenschaft und ihre politische Umsetzung über die Ausschöpfung der Entwicklungspotentiale, und die betrafen vor allem das Verhältnis von Plan und Markt, von Steuerung aus der Zentrale und eigenverantwortliche Regelung vor Ort durch die Wirtschaftseinheiten.

---

<sup>12</sup> Vgl. Klaus, G.: Kybernetik in philosophischer Sicht, 4. Auflage, Berlin 1965; Lange, O.: Ganzheit und Entwicklung in kybernetischer Sicht, Berlin 1966.

<sup>13</sup> Vgl. Kohlmey, G., a.a.O., S. 108.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 114.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 120.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 119.

# Planungskonzepte im Realsozialismus – Erfolge, Misserfolge, Brauchbarkeit für das 21. Jahrhundert

## 1. Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft und reale Planwirtschaften

Die DDR sei eine „zeitlose Warnung vor jedwedem sozialistischen Ansinnen, politisch, wirtschaftlich und kulturell“, heißt es in der jüngsten „Deutschen Wirtschaftsgeschichte nach 1945“. Diese Auffassung ist hier nicht wegen ihrer Originalität zitiert, sondern weil sie heute weit verbreitet ist.

Folgt man den Aussagen der neoliberalen Zentralverwaltungswirtschaftslehre, dann war das Planungssystem der DDR unbrauchbar von Anfang an – und wäre somit kaum Gegenstand einer Betrachtung, um für die Zukunft Erfahrungen aus der Vergangenheit zu gewinnen.

Bei nüchterner Betrachtung ergeben sich jedoch gegen die Gleichsetzung von Zentralverwaltungswirtschaft und Wirtschaft in der DDR zwei wesentliche Einwände.

Erstens war die reale Planwirtschaft kein vorgegebenes Modell, sondern diente als Instrument zur Verwirklichung gesellschaftlicher Zielstellungen („ökonomischer Gesetze“) und zur Lösung von Aufgaben entsprechend den praktischen Erfordernissen, die sich vielfach aus dem Wettbewerb beider Systeme ergaben.

Zweitens haben Untersuchungen der Wirtschaftshistoriker ergeben, dass es „die Planwirtschaft“ nicht gab, sondern vielmehr von Entwicklungsperiode zu Entwicklungsperiode und oft auch von Land zu Land unterschiedlich ausgestaltete Planwirtschaften.

Bezogen auf die DDR kann man grob drei Perioden unterscheiden

1. Perioden der Dominanz der Zentralplanung (1949–1963, 1971–1982)
2. Die Zeit stärkerer eigenverantwortlicher Planung der Wirtschaftseinheiten (1964–1970), die NÖS-Periode
3. Die Periode einer stark weltmarktdiktierter Planung (1981–1989)

Diese Einteilung gilt für beide Sparten, auf die im Folgenden näher eingegangen wird, für die Branchen, wie auch für die Regionalplanung.

## 2. Branchenplanung in der DDR

### 2.1. Perioden der Zentralplanwirtschaft (1949–1963, 1971–1982)

Einer der ersten Ostdeutschen, die die Vorstellungen von der künftigen zentralen Planung formulierten, war der spätere Industrieminister Fritz Selbmann, der 1948 verkündete: „Wir werden bis zur letzten Maschine, bis zur letzten Produktionseinheit der volkseigenen Industrie durchplanen ...“ So kam es dann doch nicht. Dennoch befasste sich die zentrale Planung in den ersten anderthalb Jahrzehnten der Existenz der DDR stark mit Erzeugnisgruppen wie mit Einzelvorhaben. So umfasste die Schlüsselliste der Staatlichen Plankommission 1955 etwa 2.700 Positionen. Planziele waren vielfach natural vorgegeben.

Diese Art der Planung erwies sich über Jahre als so erfolgreich, dass sich die an-

dere Seite mit Blick auf die Systemkonkurrenz besorgt äußerte.

Die UNO-Wirtschaftskommission für Europa veröffentlichte 1956 einen Bericht über die Umstrukturierungsprozesse in Ost- und Westdeutschland, in dem der DDR ein erhebliches Entwicklungspotenzial bescheinigt wurde. Bereits einige Monate zuvor, im Mai 1956 war in der italienischen Zeitschrift „Economica Internazionale“ der Aufsatz eines Ökonomen aus dem britischen Foreign Office erschienen, im dem prognostiziert wurde, dass „by 1960 Eastern Germany can be expected not only to be well ahead of its Eastern European neighbours, but also to be a serious competitor of the West.“

Offensichtlich unabhängig von dieser Veröffentlichung hatte der Unternehmer O. A. Friedrich im „Überseeclub“ in Hamburg im gleichen Jahr eine viel beachtete Rede über die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik gehalten, in der er sich auf die volkswirtschaftliche Effektivität zentralplanerischer Entscheidungen berief. In seinem Vortrag führte er u. a. aus: Während es der zentralen Planwirtschaft gelinge, die Konsumquote niedrig zu halten, Investitionsgüter in strategisch wichtige Sektoren zu lenken und durch eine gezielte Forschungs- und Bildungspolitik langfristige Entwicklungsaufgaben in den Blick zu nehmen, besitze die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik einen zu engen Horizont und vernachlässige wichtige Zukunftsprobleme.

In einem Kommentar zu O. A. Friedrichs Rede äußerte der damalige wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, Fritz Hellwig, anderthalb Monate später, er sehe einen „Wirtschaftskrieg zwischen Ost und West“ heraufziehen, bei dem sich eine „bedrohliche Überlegenheit totalitärer Systeme in der Frage der Produktivitätssteigerung und der Sicherung der Investitionsquote“ abzeichne. Wohlgermerkt, das war noch vor dem Sputnikschock 1957.

Woher rührten die Erfolge der Zentralplanung?

Die überwiegend zentralisierte und administrative Planung erwies sich als sinnvoll für Phasen der Umstrukturierung der

Volkswirtschaft („sozialistische Industrialisierung“) und des quantitativen Wachstums unter fordistischen Bedingungen. Sie bewährte sich in Phasen des Aufholens bei geringen Anforderungen an das Innovationstempo. Sie erwies sich als sehr geeignet zur Mobilisierung von Reserven für ein extensives Wachstum.

Später – ab Beginn der 60er Jahre etwa – stellten sich andere Anforderungen an die Wirtschaft, die durch Stichworte wie Innovation, intensives Wachstum, Flexibilität in der Produktstruktur gekennzeichnet waren. Unter den veränderten Umständen funktionierten die alten Planungsrezepte nicht mehr.

## **2.2. Periode stärkerer eigenverantwortlicher Planung der Wirtschaftseinheiten (1964-1970)**

Mit einigen Jahren Verspätung gelang 1963 die Ausarbeitung und in den folgenden Jahren die schrittweise Einführung eines neuen Planungssystems. Das NÖS war gekennzeichnet durch die wirksamere Nutzung von Marktmechanismen zur Mobilisierung innerbetrieblicher Reserven und durch die Stärkung des Innovationspotenzials.

Eine Erhöhung der makroökonomischen Leistung sollte nunmehr vorrangig durch effizienteres Wirtschaften auf Betriebs- bzw. Industriezweigebene erreicht werden. Da teilweise die Auffassung vertreten wird, dass NÖS sei über Planungen nicht hinausgekommen, sollen an dieser Stelle einige Daten zur Dezentralisierung aufgeführt werden: Der Anteil der aus dem Staatshaushalt finanzierten Investitionen sank 1963 bis 1965 von 70 Prozent auf 45 Prozent, der Anteil der betrieblichen Eigenmittel an der Investitionsmittelfinanzierung stieg von 10 Prozent auf 20 Prozent. Die Staatsquote sank infolge verringerter Abgaben von 31 Prozent 1960 auf 27 Prozent 1967, der Anteil der von staatlichen Organen ausgearbeiteten zentralen Bilanzen von 61 Prozent auf 3 Prozent.<sup>17</sup> Mit

---

<sup>17</sup> Buck, H.: Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten, Coburg 1970, S. 487, 496; Steiner, A.: Die DDR-Wirtschaftsreform der 60er Jahre. Konflikt zwischen Ef-

der Bilanzpyramide sowie den anderen genannten Maßnahmen sollte sichergestellt werden, dass Planungsentscheidungen auf der Ebene fallen, wo das am sachkundigsten möglich ist. Das Ziel war mehr Motivation, mehr Mitentscheiden auf mittlerer und unterer Leitungsebene, allerdings in erster Linie für die Werkleitungen (die „Wirtschaftskapitäne“) und für die als „sozialistische Konzerne“ apostrophierten Vereinigungen Volkseigener Betriebe.

Die „Selbstregelung auf der Grundlage des Planes“ sollte von oben so funktionieren, dass die ökonomischen Ziele und stark reduzierten und nicht mehr naturalen Vorgaben mit Hilfe eines Systems ökonomischer Hebel durch die Betriebe erreicht werden sollten. Zu diesem Zweck wurde auch eine an den tatsächlichen Aufwendungen orientierte Industriepreisreform durchgeführt. Die Wirtschaftsplanung war nicht mehr rechtskräftiges Gesetz wie bisher und Nichterfüllung damit kein Gesetzesbruch mehr. So wurde der „Perspektivplan bis 1970“ nicht mehr im Gesetzblatt verkündet, sondern in der Fachzeitschrift „Die Wirtschaft“ veröffentlicht.

Mit Hilfe des NÖS konnte die Wachstumskrise von Anfang der 60er Jahre überwunden werden, die Produktivität erhöhte sich rascher als die Produktion und die DDR-Wirtschaft kam erstmals seit einem Jahrzehnt wieder mit dem vorhandenen (und sich trotz Mauerbau aus demographischen Gründen weiter vermindern) Arbeitskräftepotential aus.

1971 wurde das dezentrale Planungssystem wieder abgeschafft. Das geschah nicht, weil die Volkswirtschaft der DDR über das gemischte Lenkungssystem von Plan und Markt nicht zu steuern war, sondern vornehmlich aus politischen Gründen. Die von Honecker geführte Mehrheit im DDR-Politbüro sah ihre ideologische Führungsrolle gefährdet. Denn gewissermaßen als Nebeneffekt der Wirtschaftsreform hatten sich neben den zentralen, vom SED-Politbüro abgesetzten Plankennziffern, die ökonomische Effizienz (die Kennziffer Gewinn) als konkurrierendes Er-

folgskriterium etabliert. Im Unterschied zu den Spitzen der kommunistischen Parteien in Ungarn und Jugoslawien wurde diese Zweigleisigkeit vom Politbüro der SED unter Honecker nicht geduldet.

Mehr Entscheidungen wurden im NÖS möglich unterhalb aber nicht außerhalb des Zentralplanes. Mit anderen Worten, es gab keinen von der zentralen Planung abgekoppelten parallelen Wirtschaftsbereich, etwa mit Betrieben, die untereinander bzw. mit dem Sektor der zentral geplanten Betriebe konkurrierten. Bankrotte infolge von Fehlentscheidungen wurden nicht geduldet; selbst halbprivate und vollständig private Betriebe wurden über die Erzeugnisgruppenarbeit in das Planungssystem einbezogen.

### **2.3. Periode einer stark weltmarktdiktierten Planung (1981–1989)**

Während der 80er Jahre konzentrierte sich die Wirtschaftsführung auf Projekte und Maßnahmen, die dem Abbau der Hartwährungsschulden der DDR dienen sollten. Dazu gehörten der „(West)export um jeden Preis“ ebenso wie die Ablösung des Erdölverbrauchs für energetische Zwecke durch vermehrten Braunkohleeinsatz und die Konzentration der Investitionen auf die Mikroelektronik. Auf Dezentralisierung zielende Plankonzepte wurden in der Praxis infolge einer wachsenden Zentralisierung der Entscheidungen über eine große Anzahl von Einzelprojekten nicht wirksam.

## **3. Regionalplanung in der DDR**

### **3.1. Die Periode der Planung des regionalen Ausgleichs seit Ende der 50er Jahre**

Der Territorialplanung – wie die Raumplanung in der DDR hieß – fehlte anfangs der wissenschaftliche Vorlauf. Erst im September 1958 wurde eine „Zentrale Kommission für Standortfragen“ bei der Staatlichen Plankommission geschaffen. Ihre Aufgabenstellung umriss sie selbst so: „Im Vordergrund der Arbeit steht die grundsätzliche Klärung aller Fragen, die mit der Industrialisierung der früher zurückgebliebenen Gebiete der Republik und der Verhütung einer weiteren extensiven Ausdeh-

---

fizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999, S. 124 f.

nung der Industrie in Ballungsgebieten zusammenhängen.“ Ziel war der Ausgleich des Industrialisierungs- und Wohlstandsniveaus zwischen Norden und Süden der DDR.

Ab November 1959 existierte in der SPK ein Sektor „Territoriale Planung“. Die regionalen Einheiten des Wirtschaftsterritoriums – Bezirke, Kreise und Gemeinde – erhielten im Rahmen der Territorialplanung eine Reihe von Rechten, z.B. bei der Standorteinordnung von Investitionen und der „territorialen Rationalisierung“. Die Planung der einzelnen Gebiete des Gesamtterritoriums DDR blieb allerdings „in erste Linie Bestandteil der zentralen staatlichen Planung“. Ihre grundsätzliche Entwicklung“, hieß es im Lehrbuch Territorialplanung (2. Auflage, 1980) weiter, „wird durch das Generalschema für die Standortverteilung der Produktivkräfte vorgezeichnet, an deren Gestaltung die Räte der Bezirke zu beteiligen sind.“

Gemessen an ihrer Zielstellung wies die Regionalplanung bis 1975, d.h. bevor ihr Konzept entscheidend verändert wurde, beträchtliche Erfolge auf. Zwischen 1960 und 1975 wurden in den sächsischen Bezirken (Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt) durch Freisetzung in Schrumpfungsbranchen etwa 280.000 Arbeitskräfte gewonnen. Im Vergleich dazu erhöhte sich von 1960 bis 1975 die Anzahl der Industriebeschäftigten in den heute zu Brandenburg und Mecklenburg gehörenden Bezirken um 177.000 Personen.

Die Territorialplanung der DDR und ihre Handhabung zwischen 1960 und 1975 hatte deutliche Vorteile gegenüber der Ende der 50er Jahre aufgebaute Landesplanung der Bundesrepublik, obwohl das heute noch gültige Bundesraumordnungsgesetz die gleichen Ziele hatte wie die Territorialplanung der DDR – „Angleichung der Lebensbedingungen in allen Teilräumen der Bundesrepublik“ .

### **3.2. Die Periode planmäßiger Stärkung bereits vorhandener Industrieagglomerationen seit Mitte der 70er Jahre**

Mitte der 70er Jahre kam es offiziell zur Aufgabe der bisherigen regionalen Industrialisierungspolitik. Im Rahmen des ver-

kündeten Konzeptes der Intensivierung sollten sich die Investitionen auf bereits vorhandene Industriezentren konzentrieren. Heute wird in diesem Fall gern von „Leuchtturmpolitik“ gesprochen.

Das Ergebnis war die Konzentration des Produktionszuwachses an den gegebenen Standorten in Sachsen und Thüringen und teilweise in Brandenburg. Der Zuwachs wurde allerdings mit vorwiegend extensiven Methoden gesichert, d.h. er vollzog sich ohne die geforderte durchgreifende territoriale Rationalisierung und schlug damit vom Standpunkt der beabsichtigten Intensivierung fehl.

In den 80er Jahren konnten keine regionalpolitischen Konzepte mehr verwirklicht werden. Die Eindämmung der Verschuldung gegenüber dem Westen dominierte die Wirtschaftspolitik. Die zum Schuldenrückbau entwickelten extensiven Investitionsstrategien wie die „Heizölablösung“, die Politik des „Westexports um jeden Preis“ sowie mit der Kombinatbildung verbundene nicht mehr territorial abgestimmte Investitionskonzentrationen ließen die Verwirklichung regionaler Konzepte nicht mehr zu.

## **4. Ungarns, Jugoslawiens und Chinas Planwirtschaften als weitere lohnende Studienobjekte**

Da sich die Zentralplanungen der ersten Jahrzehnte des „sozialistischen Aufbaus“ von Land zu Land noch wenig unterschieden, sind für die Nutzung planwirtschaftlicher Erfahrungen für das 21. Jahrhundert über die DDR hinaus vor allem die Reformperioden von Ländern von Interesse die bei der Dezentralisierung und Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in die Planwirtschaft teilweise über das NÖS hinausgingen, teilweise qualitativ andere Wege einschlugen. Außerdem dauerten bzw. dauern die Perioden dezentralisierter Wirtschaftsplanung in den genannten Ländern erheblich länger als in der DDR, in der Regel erstreckten sie sich mindestens über zwei Jahrzehnte. Die Unterschiede können nur stichwortartig angedeutet werden:

In *Ungarn* verzichtete man seit 1968 gänzlich auf den zentralen Jahreswirtschaftsplan und beschränkte sich auf die zentrale Vorgabe von mittel- und langfristigen Investitionsrichtlinien. In den 80er Jahren wurde der Bankrott von Staatsbetrieben, die „am Markt vorbei“ produziert hatten bzw. mit der Konkurrenz nicht mithalten konnten, erlaubt.

In *Jugoslawien* ging die Dezentralisierung seit 1965 so weit, dass die Entscheidungen über das Produktions- und Investitionsprofil den Belegschaftsvertretungen und den örtlichen Kommunalvertretern überlassen wurde. Die Einflussnahme der Zentrale erfolgte hauptsächlich über Bankkredite.

In der *Volksrepublik China*, die den Abbau übermäßiger Zentralisierung ab 1978 zunächst nach osteuropäischem Vorbild betrieben hatte, entschied sich die Parteiführung 1992 für die Zulassung einer parallelen, marktwirtschaftlichen Ökonomie. Neben den staatlichen konnten sich private Unternehmen gründen bzw. ausländische Unternehmen aus kapitalistischen Ländern investieren. Im Unterschied zum staatlichen Sektor wurde Konkurrenz, Bankrotte infolge von betriebswirtschaftlichen Fehlentscheidungen eingeschlossen, erlaubt. Das Hauptsteuerungsinstrument für die Volkswirtschaft insgesamt ist nicht mehr der Plan, sondern die Regulierung der Betriebe der verarbeitenden Industrie über die (schwerindustriellen, die Vorprodukte erzeugenden) Staatsbetriebe. Einen Stopp der Ausweitung des marktwirtschaftlichen Sektors aus ideologischen Gründen hat die KP Chinas bis heute nicht unternommen, da sie ihre „führende Rolle“ ebenso mit wirtschaftlichem Erfolg wie mit ideologischen Ansprüchen begründet.

Über das praktische Funktionieren der Planwirtschaften in allen drei Ländern (einschließlich der wirklichen Gründe für die Beendigung der Reformperioden in Ungarn und Jugoslawien in der zweiten Hälfte der 80er Jahre) ist in Deutschland zu wenig bekannt. Dies ist ein Feld, dem sich linke Geisteswissenschaftler stärker widmen sollten, natürlich setzt dies die finanzielle Unterstützung für derartige Studien voraus.

## 5. Die Mechanismen der Entscheidung über wirtschaftspolitische Strategiewechsel

Die heute am ehestens anzutreffende, durch die Propagandisten des Neoliberalismus verbreitete Auffassung ist, dass die „ideologisch verblendeten“ diktatorisch herrschenden kommunistischen Führungen in den Ländern der Planwirtschaft überhaupt nicht in der Lage waren, die Notwendigkeit von Wechseln in der Wirtschaftsstrategie zu erkennen.

Diese Auffassung ist historisch nicht haltbar. Es handelt sich um die Verabsolutierung der Situation der 80er Jahre, als in der Tat die Politbüros in ihrer großen Mehrheit sich als unfähig erwiesen, auf die Herausforderungen des Postfordismus und der Globalisierung zu reagieren. In den Jahrzehnten davor wurden – wie wir gesehen haben – unterschiedliche Planungsmodelle entwickelt und nacheinander verwirklicht. Neue wirtschaftliche Erfordernisse wurden während der 50er bis 70er Jahre – vielfach sicher verspätet – erkannt und in Reformmaßnahmen umgesetzt.

Das Herbeiführen derartiger Entscheidungen erfolgte in allen von Parteiführungen diktatorisch gelenkten Staaten auf ähnliche Weise, d.h.

- in der Regel unter Ausschluss der Öffentlichkeit
- auch innerhalb des Partei- bzw. Staatsapparates nur im kleinen oder kleinsten Kreise. So wurde das NÖS von einer von Walter Ulbricht und dessen Wirtschaftsberater zusammengestellten Arbeitsgruppe in Klausur entworfen. Die Vorstöße des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, die Wirtschaftspolitik der SED mit Blick auf die wachsende Verschuldung einer prinzipiellen Revision zu unterziehen, blieben auf das Politbüro beschränkt.
- wurde die interne Diskussion von Sachfragen vielfach mit der Austragung persönlicher Rivalitäten verbunden und nahm teilweise den Charakter von Verschwörungen an, so bei der Diskussion um den Abbruch des NÖS/ÖSS 1970/71,

die zum Sturz Ulbrichts und seiner Ablösung durch Honecker als Parteichef führte.

Der so charakterisierte Entscheidungsmechanismus war hinsichtlich des Findens einer adäquaten Lösung für die aufgetretenen Wirtschaftsprobleme mit hohen Risiken belastet.

Daraus zu schließen, wie das vor allem linke Historiker gern tun, dass es das Beste wäre, wenn die Entscheidungen in die Hände derjenigen gelegt werden sollten, die von den vorzunehmenden wirtschaftlichen Weihenstellungen am meisten betroffen sind, d.h. in die Hände der Bevölkerung zu legen, die Reformkonzepte Wahlen oder Volksabstimmungen zu überlassen und so grundlegende Wirtschaftsfragen auf demokratischem Wege zu lösen, ist aus historischer Sicht nicht unbedingt zu unterstützen. Dafür zwei Beispiele.

In Ungarn wurde 1989/90 eine seit zwei Jahrzehnten erprobte, aber natürlich verbesserungswürdige Wirtschaftsverfassung mit dem Versprechen der raschen Wohlstandsvermehrung beim Wechsel zum (neoliberalen) Kapitalismus abgewählt. Im Frühjahr 2006 hat der amtierende ungarische Premierminister zugegeben, dass es für derartige Versprechungen keine aus dem übernommenen Wirtschaftssystem ableitbare Grundlage gab. Entsprechende Eingeständnisse sind in der BRD auch für das Versprechen „blühender Landschaften“ fällig, ebenso bei „Keinem wird es schlechter gehen, aber vielen besser“. Fachwissenschaftler unterschiedlicher Schulen haben sich so geäußert, allerdings noch keiner der damals verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik bezüglich der Versprechen, die zu den Wahlen vom März 1990 gemacht wurden. Es wird heute weitgehend verdrängt, dass in den Märzwahlen 1990 auch das drei Monate zuvor initiierte wirtschaftliche Reformprogramm der Regierung Modrow zur Debatte stand, dem der Runde Tisch prinzipiell zugestimmt hatte.

Die Schlussfolgerung wäre m.E., dass nicht „Demokratie um jeden Preis“ den günstigsten Boden für wirtschaftsstrategische Entscheidungen schafft, dass aber ein „demokratisches Minimum“ gewährleistet sein muss. Der indische Nobelpreisträ-

ger für Wirtschaft Armatya Sen hat in diesem Zusammenhang 2003 als „einige wichtige Bestandteile für Demokratie Toleranz, öffentliche Debatten, das Zulassen von Meinungsverschiedenheiten“ bezeichnet.

## **6. Die Brauchbarkeit von Erfahrungen aus der Planwirtschaft für sozialistische Zukunftsmodelle**

Nach einem Jahrzehnt neoliberaler Euphorie in den 1990er Jahren ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Auffassung verbreitet, dass Wirtschaftsentscheidungen nicht allein dem Markt überlassen werden können. Lateinamerikas bittere Erfahrungen mit der Verwirklichung des „Washington Consensus“ haben dort zu einem Linksruck geführt. Bei der Entwicklung einer alternativen Wirtschaftspolitik des Sozialismus im 21. Jahrhundert muss man sich – weltweit betrachtet – unterschiedlichen Herausforderungen stellen. Die Anforderungen an die Wirtschaftsplanung werden sich nach Regionen, aber auch nach Sachgebieten unterscheiden und planmethodisch unterschiedliche Lösungen erfordern.

In vielen ökonomisch sehr rückständigen Ländern der dritten Welt wird eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums durch Massenmobilisierung angebracht sein. Die mit der Zentralplanung gewonnenen Erfahrungen sind dafür nützlich. Ähnliches gilt für den Bereich der Ökologie; dabei geht es um den massenhaften Einsatz bereits entwickelter und erprobter Verfahren im Weltmaßstab.

Auf den Gebieten, wo es bei saturiertem Verbrauch vor allem um eine Effizienzsteigerung bei Sicherung sozialer Standards geht, werden Reformprogramme interessant.

Generell sollte die Anwendung solcher Wirtschaftsmechanismen vermieden werden, die eine Tendenz zu permanent angespannten Plänen, die Substitution von Qualität durch Quantität, die Beschränkung wirtschaftspolitischer Auseinandersetzungen auf interne Debatten in einem exklusiven Führungskreis begünstigen.

## Literatur

Berend, J. T.: Ten years after – instead of a balance sheet. Thoughts on the anniversary of the Hungarian economic reform, in: *Acta Oeconomica* 1–2/1978

Buck, H.: *Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten*, Coburg 1970

Cho, H.: Chinas Weg zum Staatskapitalismus, in: *Zeitschrift für marxistische Erneuerung* 67/2006

*East European Economies: Slow Growth in the 1980s*, Bd. 2/1986, *Foreign Trade and International Finance*, Washington

Nützenadel, A.: *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974*, Göttingen 2005

Prollius, M. von: *Deutsche Wirtschaftsge-  
schichte nach 1945*, Göttingen 2006

Roesler, J.: *Arbeitskräftegewinnung und Arbeitskräftelenkung*, in: Kleßmann, Ch. (Hrsg.): *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 9. 1961–1971. Deutsche Demokratische Republik. *Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung*, Baden-Baden 2006

Roesler, J.: *Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft*, Berlin 1978

Selbmann, F.: *Demokratische Wirtschaft*, Dresden 1948

Steiner, A.: *Die DDR-Wirtschaftsreform der 60er Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*, Berlin 1999

Stiglitz, J.: *Die Chancen der Globalisierung*, München 2006

**Hans Mittelbach**

## **Computer-Sozialismus und Wirtschaftssystem**

Die heutige Diskussion zur Äquivalenz-ökonomie und zur Anwendung der Computertechnik in der Planung geht insbesondere auf die Bücher von Arno Peters: „Das Äquivalenzprinzip“ und „Computer-Sozialismus“ zurück. Neu in der gleichen Richtung sind die Bücher von Heinz Dietrich „Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (2006) und von Cockshott und Cottrell „Alternativen aus dem Rechner“ (2006). Diese Arbeiten enthalten viele theoretische Anstöße für die Gestaltung eines Wirtschaftsmodells des demokratischen Sozialismus.

So sehr es eine Übereinstimmung in der kritischen Bewertung der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung und der gewählten theoretischen Ansätze (z.B. Arbeitswerttheorie) gibt, so notwendig ist es, bei der Beurteilung der Machbarkeit solcher Konzepte auch die jahrzehntelangen Erfahrungen in den Ländern des Realsozialismus konkret auszuwerten., die mit ähnlichen stark naturalwirtschaftlich und rechentechnisch orientierten Ansätzen gemacht wurden. Es gab zum Beispiel Konzepte zur direkten Messung der Wertes durch die Arbeitszeit von Prof. Johannes Rudolph, große Verflechtungsbilanzen und Simulationsmodelle, die in der Staatlichen Plankommission (SPK) und im Ökonomischen Forschungsinstitut (ÖFI) der SPK ausgearbeitet und auf IBM-Großrechnern erprobt wurden.. Bezüglich der Machbarkeit und Effizienz gab es nicht nur positive, sondern auch negative Erfahrungen.

Durch Forschungsarbeiten im ÖFI wurde von 1970 bis 1989 eine Natural-Wert-Verflechtungsbilanz erarbeitet, die zuletzt immerhin 600 Positionen umfasste. Damit war auch im internationalen Vergleich eine beachtenswerte Größe eines volkswirtschaftlichen Verflechtungsmodells erreicht, das mit moderner Rechentechnik beherrscht werden konnte. Probleme er-

gaben sich letztlich nicht so sehr aus der damals schon beachtlichen, aber dennoch geringeren Leistungsfähigkeit der Computer als heute, als vielmehr aus ungelösten Fragen des ökonomischen Konzepts.

Die Erfahrung zeigt, dass es zweckmäßig ist, auch mit superschnellen Computern nicht den komplexen Plan für die Volkswirtschaft insgesamt (einschließlich der betrieblichen Ebene) berechnen zu wollen, sondern streng zwischen volkswirtschaftlicher und betrieblicher Planung und Steuerung ökonomischer Prozesse zu unterscheiden. Die Modelle sind mit modernen Rechnern schnell berechnet. Erheblichen manuellen Aufwand erfordert die Fütterung der Modelle mit den erforderlichen Daten und Koeffizienten. An den Koeffizienten für die Natural-Wertverflechtungsbilanz haben 20 Mitarbeiter 20 Jahre gearbeitet.

Eine wichtige Frage ist auch die Umsetzung komplexer Rechenergebnisse in eine sinnvolle und beherrschbare Zahl von volkswirtschaftlichen Steuerungsgrößen. Nicht bewährt hat sich, die ganze Betriebsplanung mit in die volkswirtschaftlichen Planberechnungen einzubeziehen. Es führt unweigerlich zu einem Planbürokratismus, wenn sehr komplexe Pläne als Vorgaben (auch bei flexiblen Verbindlichkeitsgrad) für die Unternehmen festgelegt werden.

Eine Konzentration auf eine sinnvolle Anzahl volkswirtschaftlicher Steuerungsgrößen ist nur möglich, wenn sich die volkswirtschaftliche Planung und Steuerung weniger auf Natural-, und mehr auf Wert- und Finanzgrößen stützt. Die historischen Erfahrungen zeigen, dass es im realsozialistischen Wirtschaftsmodell zu großen Nachteilen für eine bedarfsgerechte und effektive Produktion führte, die Ware-Geld-Beziehungen und die Finanzen nicht aktiver für den praktizierten Wirtschaftsmechanismus zu nutzen.

Für ein neues Wirtschaftsmodell ist keine Einschränkung der Ware-Geld-Beziehungen, sondern eine Veränderung des Wirtschaftssystems notwendig, die vor allem zu Veränderungen in der Verfügungsgewalt über Produktivvermögen und in den Möglichkeiten, die Gewinne für Investitionen einzusetzen, führen. Angesichts der Entwicklung im gegenwärtig entfesselten Finanz-Kapitalismus ist zunächst eine Trendwende in der Hinsicht erforderlich, dass die realen Unternehmen nicht zu einem Spielball der Finanzinvestoren werden.

Makro- und mikroökonomisch muss gesichert werden, dass die Ware-Geld- und Finanzbeziehungen auf der Grundlage einer stärkeren demokratischen Mitbestimmung auf allen Ebenen der Volkswirtschaft wieder ganz in den Dienst der realen Wirtschaft und der Bevölkerung gestellt werden.

Bei einer Diskussion um ein zukünftiges Sozialismusmodells sollte das 1979 publizierte Buch von Ota Šik „Humane Wirtschaftsdemokratie – Ein dritter Weg“ stärker beachtet werden. Ota Šik hat dabei seine praktischen Erfahrungen mit Wirtschaftsreformen in der damaligen CSSR in Verbindung mit Studien zur Theorie und Praxis der kapitalistischen Wirtschaft zu einem Gesamtkonzept – zu einem Konzept des Dritten Weges verarbeitet.

Ota Šiks Buch aus dem Jahre 1979 kann auch als eine Fortsetzung der Linie betrachtet werden, die in der DDR ihre Entsprechung in den Konzeptionen von Behrens, Benary und Kohlmey hatte: Behrens mit dem 1968 in der Bundesrepublik veröffentlichten Beitrag zur Kritik an der ökonomischen Theorie des Sozialismus<sup>18</sup> und Kohlmey 1968 mit „Planen als Regeln und Steuern.“<sup>19</sup> Diese konzeptionelle Linie für einen demokratischen Sozialismus setzt weniger auf Naturalwirtschaft und Supercomputer, sondern stärker auf eine Sys-

temgestaltung, bei der Planen als Regeln und Steuern im Wirtschaftssystem insgesamt verstanden wird.

Das ist ein Konzept für die Gestaltung eines humanen sozialistischen Wirtschaftsmodells, das stärker auf die Nutzung von Wert- und Geldrechnung, auf Schaffung von Institutionen der Wirtschaftsdemokratie auf mikro- und makroökonomische Ebene und auf Veränderungen des Wirtschaftssystems selbst aufbaut.

Das Konzept von Ota Šik zur humanen Wirtschaftsdemokratie beinhaltet interessante Vorschläge zum Verhältnis von Mikro- und Makroökonomie, zur Eigentumsfrage, zu Mitarbeitergesellschaften und zur Wirtschaftsdemokratie. Als Beispiel soll aus aktuellem Anlass sein Vorschlag zur Eigentumsfrage herausgegriffen werden. Ota Šik schlägt zum Beispiel eine Kapitalneutralisierung vor. Darunter versteht er den Aufbau einer Eigentumsform, bei der das Eigentum an Kapital eines Unternehmens nicht mehr an einzelne Personen gebunden und nicht an einzelne Personen aufteilbar ist. Träger des Eigentums ist das jeweilige Produktionskollektiv einer bestehenden oder neu gegründeten Firma.<sup>20</sup> Das neutrale Betriebskapital soll aus einem bestimmten Anteil der Gewinne aufgebaut werden.

Ohne auf die Frage einzugehen, inwieweit die chinesische Wirtschaft als sozialistisches Wirtschaftsmodell anzusehen ist, ist im Zusammenhang mit dem Konzept des neutralen Kapitals interessant, dass es in China noch 170.000 Staatsbetriebe gibt, die nach einer neueren Regel keine Dividende an den Staat abführen müssen, sondern die Gewinne hauptsächlich in ihren Betrieb investieren können. Kürzlich kritisierte der IWF die Staatsbetriebe in China nicht wegen ihrer angeblichen Ineffizienz, sondern merkwürdiger Weise deshalb, weil diese Betriebe ihre Gewinne zur Hauptsache in den eigenen Betrieb investieren und keine Dividende an den Staat bezahlen. Diese einbehaltenen Gewinne seien die Hauptursache für das überhitzte

---

<sup>18</sup> Behrens, F.: Kritik der politischen Ökonomie und der ökonomischen Theorie des Sozialismus, 100 Jahre Kapital, Frankfurt a.M., 1968.

<sup>19</sup> Kohlmey, G.: Planen als Regeln und Steuern, in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd.11, Akademie-Verlag, Berlin 1968.

---

<sup>20</sup> Šik, O.: Humane Wirtschaftsdemokratie – Ein dritter Weg, 1979, S. 404.

Investitionswachstum. Die Betriebe sollten doch größere Anteile der Gewinne als Dividende abführen, um das überhitzte Investitionswachstum abzukühlen.

## Markt, Marktfetischismus und der Sozialismus des 21. Jahrhunderts

### 1. Die Alternative: Sozialismus oder Barbarei

Es dürften wenig Zweifel darüber bestehen, dass das kapitalistische Weltsystem sich im Übergang zu einer neuen Struktur befindet, die für die Zukunft der Menschheit zwei außerordentlich bedrohliche Perspektiven und eine mögliche positive Entwicklung beinhalten. Die Gefahren bestehen in der wachsenden Wahrscheinlichkeit der Proliferation nuklearer Angriffskriege sowie in einer Rückkehr zu den antagonistischen Weltverteilungskämpfen unter den wesentlichen Machtblöcken des Systems, gemäß der Machtlogik des 19. und 20. Jahrhunderts. Die positive Option ergibt sich aus der sehr schnellen theoretischen und praktischen Entwicklung hin zu einer Systemalternative kapitalistischer Barbarei, dem Sozialismus des 21. Jahrhundert.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind vielfältig. Nur einige sind zu nennen. Die Entwicklung der Produktivkräfte der Dritten Industriellen Revolution, die eine völlige Restrukturierung der Arbeits- und Lebenswelt der globalen Bevölkerung nach sich zieht; die technologisch bedingte zunehmende Ersetzung menschlicher Arbeit durch Kapital; die Just-in-Time-Produktion auf Weltkala; die Ersetzung von Vollarbeitsplätzen durch prekäre Arbeitsverhältnisse<sup>21</sup>; die zunehmende Substitution nationalstaatlicher Einflussnahme im Weltsystem

durch Regionalstaaten und den kapitalistischen Proto-Weltstaat; der Aufstieg Chinas zur zweitgrößten Welthandelsmacht nach der Europäischen Union (EU), zur drittgrößten Wirtschaftspotenz, zum schnell wachsenden Kapitalexporteur, zum potentesten Konkurrenten der traditionellen Hegemonialmächte im Wettstreit um Rohstoffe und zur unangreifbaren Nuklearmacht. Ein ähnlicher Prozess zeichnet sich ab in der zukünftigen Weltmacht Indien. Mit der möglichen Zerstörung der Monroe Doktrin durch den bolivarianischen Integrationsprozess Lateinamerikas wird eine dritte „aufgehende Sonne“ im internationalen System des Kapitals sichtbar. Bedenkt man, dass der Erste und Zweite Weltkrieg im Wesentlichen durch die Unfähigkeit des Systems verursacht wurde, die emergierenden Nationalstaaten Deutschland und Japan in die bereits verteilte Welt friedlich einzugliedern, so sind die Gefahren für das physische Überleben der Menschheit erneut sehr hoch, zumal die Kombination konventioneller und nuklearer Waffen in einem eventuellen Angriffskrieg integraler Bestandteil der jetzigen US-Militärdoktrin ist. Dazu gesellt sich die ökologische Problematik, die bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Konsumprofile nicht gelöst werden kann, so dass bei Inrechnungstellung all dieser Faktoren die von Rosa Luxemburg unter Bezugnahme auf die Klassiker formulierte historische Dichotomie von „Sozialismus oder Barbarei“ heute erneut zu unmittelbarer Aktualität wird.

---

<sup>21</sup> Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebten im Jahre 2004 nur noch rund 39 Prozent der BRD-Bevölkerung von Erwerbstätigkeit, 29 Prozent erhielten ihren Unterhalt von Angehörigen, 23 Prozent durch Rente und Pension, 4,6 Prozent durch Arbeitslosengeld/-hilfe und rund 4 Prozent aus „Sontigem“. Hamburger Abendblatt, 29.4.2006.

Aus der nicht ausschaltbaren Dialektik des dynamisch komplexen Systems „Geschichte“ hat sich nun die neue sozialistische Zivilisation zu erkennen gegeben, zunächst in theoretischer Form und nun, indem sie immer mehr die Massen ergreift, als praktische Gewalt, vor allem in Lateinamerika, aber zunehmend auch in Mittel-

europa. Der Parteibildungsprozess der Linken in Deutschland, die schnell zum zentralen Topos der Weltdiskussion werdende Thematik der postkapitalistischen sozialistischen Zivilisation des 21. Jahrhunderts, legen davon Zeugnis ab. Der Wiedervereinigung der europäischen Arbeiterbewegung, die seit einem Jahrhundert in eine bolschewistische und eine sozialdemokratische Komponente gespalten ist, sowie der aktiven Teilnahme am lateinamerikanisch-weltgeschichtlichen Aufbruch in die neue nachkapitalistische Zivilisation des 21. Jahrhunderts, kommt dabei besondere Bedeutung zu. Probleme, diese objektiven Tendenzen kollektiv-subjektiv voranzutreiben, resultieren unter anderem aus dem herrschenden Denken der Linken und Linkliberalen in Europa, welches im Wesentlichen den Marxschen Kriterien für Ideologie entspricht.

## 2. Die Krise der europäischen Theorie

Eine der zentralen Schwierigkeiten, das „Unbehagen an der Kultur“ und an der Politökonomie des Systems in die Formierung einer systemüberschreitend orientierten Linkspartei oder sozialen Massenbewegung in Europa zu übersetzen, resultiert aus der Atrophie politischer Theorie, die die „Alte Welt“ im Vergleich etwa zu Lateinamerika gegenwärtig kennzeichnet; mit einigen honorablen Ausnahmen, versteht sich.

Diese Atrophie ist nicht allgemein, sondern, wie in der Medizin anzutreffen, entdifferenzierend. Das heißt, sie paralyisiert nur bestimmte Funktionen wissenschaftlichen und öffentlichen Denkens, im Wesentlichen solche, die den Übergangscharakter des Weltkapitalismus zu einer nichtkapitalistischen Zivilisation des 21. Jahrhunderts deutlich machen und ihn verstärken könnten. Daher die Mittelmäßigkeit, fehlende Radikalität und Tiefgründigkeit, der kontemporären politisch-europäischen Gedankenwelt, die mit wenigen Ausnahmen dem Gravitationsfeld liberaler Doktrin, infantiler Anarchokonstruktionen (Toni Negri) und professoraler Trivialpolitologie nicht entfliehen zu können scheint.

Da Theorie immer aus praktischer Realität resultiert, bezeichnet ihre entdifferenzierende Atrophie ein objektives gesellschaftliches Problem. Dieses ist durch einen Rekurs auf eine entsprechende Marx-Reflexion in den „Grundrissen zur Kritik der Politischen Ökonomie“ leicht deutlich zu machen. „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind.“<sup>22</sup>

Verbindet man dieses Marx-Diktum mit einem Schlüsselbegriff der fortgeschrittensten kapitalistischen Produktionsmodalität, der „Just-in-Time-Produktion“, so kann man sagen, dass Theorie, dialektisch und gesamtgesellschaftlich gesehen, immer „Just-in-Time-Produktion“ ist. Daraus folgt für den Status des gegenwärtigen weltgeschichtlichen Aufbruchs zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts, dass er weder vom Zeitpunkt seines historischen Auftretens gesehen, noch auch von seinem geographischen Erscheinungsort her (Lateinamerika), als ein Zufallsprodukt oder vorübergehendes kurzfristiges Ereignis angesehen werden kann, sondern eine „Just-in-Time-Produktion“ gattungsgeschichtlichen Denkens und Handelns darstellt, die, aufgrund besonders günstiger objektiver und subjektiver Bedingungen, in einem Teilbereich der globalisierten Gesellschaft eine strukturelle Antwort auf ein zentrales Überlebensproblem der Gattung hervorgebracht hat. Aus diesem Teilbereich beginnt sie nun systematisch auf das Gesamtgefüge zurückzuwirken, unter anderem auf den imperialistischen Zentral-

---

<sup>22</sup> Marx, K./Engels, F.: Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Werke, Dietz Verlag Berlin 1971, Bd. 13, 7. Aufl., unveränderter Nachdruck der 1. Aufl. 1961, S. 9.

staat Europas, die Bundesrepublik Deutschland, und die in ihm vorherrschende linke Ideologie.

### 3. Die herrschende linke europäische Ideologie

Die herrschende linke europäische Ideologie setzt sich vor allem aus drei Elementen zusammen: a) den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatstheoremen der sechziger Jahre; b) den von Ludwig von Mises in den zwanziger Jahren gegen die Sowjetunion entwickelten informatikorientierten neoliberalen Marktthesen, die Adam Smiths „invisible hand“ als ein dem Staat überlegenes kybernetisches Planungssystem postulierten; c) den vergleichenden Schlussfolgerungen aus gelebter oder studierter Erfahrung der DDR-BRD-Wirtschaftsgeschichte.

Der entsprechende Diskurs geht wie folgt: der Markt ist eine an sich fortschrittliche Institution. Doch die Dominanz des parasitären Finanzkapitals, die Stärke der strukturbestimmenden Großunternehmen und die Schwäche des Staates haben dazu geführt, dass er seine ursprünglich positive Rolle nicht mehr ausführen kann. Die Schwäche des Staates rührt unter anderem daher, dass er die Schlüsselindustrien nicht mehr kontrolliert. Unschwer sind in dieser Interpretation die dogmengeschichtlichen Spuren der „Monopolkapitalismus-Diskussion“ der sechziger Jahre wiederzufinden.

Diese Grundthese wird angereichert durch folgende Interpretation der DDR-BRD-Erfahrung und der ökonomischen Systemkonkurrenz der Nachkriegszeit, allgemein: „In der DDR hatten wir zuviel Staat und zuwenig Markt, in der BRD ist es umgekehrt.“ Daraus ergibt sich die politische Mission der linken europäischen Kräfte. Sie besteht darin, das optimale Verhältnis von Staat und Markt zu schaffen oder wiederherzustellen. Dieses optimale Verhältnis wird dann in der Regel als „sozialistische Marktwirtschaft“ bezeichnet, eine Kategorie, die das Phänomen von der bürgerlichen „sozialen Marktwirtschaft“ und der neoliberalen „reinen“ Marktwirtschaft abgrenzen soll. Die zweite Abgren-

zung ist real, die erste ist im Wesentlichen fiktiv.

### 4. Marktfetischismus und Markt

Der Grundfehler dieser herrschenden Ideologie der europäischen Linken, die an die metaphysischen Konstruktionen des Eurokommunismus erinnert, liegt darin, dass sie statt Marktanalyse *Marktfetischismus* betreibt. Dieser neoliberal-linke Marktfetischismus ist jedoch mit einer wissenschaftlichen Betrachtung der Markt-Wirklichkeit unvereinbar, wie eine kurze Reflexion zeigen kann.

Aus der Perspektive der Systemlogik kann der Markt verstanden werden als das institutionelle wirtschaftliche Umfeld, in dem die herrschende Bourgeoisie mittels des ökonomischen Verfassungsprinzips, des Eigentums und des operativen Prinzips der Preisdeterminierung die Raison ihrer Klassenexistenz realisiert: die Profitmaximierung. Unlösbar verbunden mit dieser unseligen Dreifaltigkeit von Privateigentum, Preisbestimmung und Profit ist das institutionelle *politische* Umfeld des bürgerlichen Parlamentarismus und der plutokratischen Formaldemokratie. Markt, plutokratische Formaldemokratie, herrschende Klasse und Klassenstaat sind die Essenz bürgerlicher Zivilisation und bilden als solche eine *unteilbare* Einheit, die sich erst dann zerbrechen lässt, wenn die bürgerliche Armee zerbrochen ist.

Unter herrschaftspolitischen Gesichtspunkten ist „der Markt“ heute nicht mehr als ein linguistischer Code für das ökonomische Entscheidungsmonopol der Großinvestoren, welches drei wesentliche Funktionen für den Bestand bürgerlicher Zivilisation erfüllt: a) die ungleiche (asymmetrische) Akkumulation des Kapitals; b) den bestimmenden Einfluss der Kapitalmagnaten auf den politischen Entscheidungsprozess; c) die kybernetische Regelung der wichtigsten ökonomischen Systemparameter, wie die Verteilung der gesellschaftlicher Arbeit und des gesellschaftlichen Mehrprodukts.

Für jedes sozialistische Projekt ist der Imperativ bedingend diese drei Klassenfunktionen zu überwinden. Dabei gilt, dass die

Neutralisierung der ersten Funktion als ein Problem institutioneller Ordnung der politischen Ökonomie angesehen werden kann, welches etwa durch die Äquivalenzökonomie gelöst wird. Die Überwindung der oligarchischen bürgerlichen Formaldemokratie hingegen ist ein Problem politischer Macht, das durch reale Mehrheiten-Demokratie in Politik, Wirtschaft, Kultur und Militärwesen geleistet werden kann. Die dritte Funktion ist ein Problem der Informatik. Ohne die Probleme der Funktionssubstitution der ersten beiden Elemente minimieren zu wollen, besteht die einzig wirklich reale sachlich-theoretische Schwierigkeit für die Ersetzung kapitalistischer Marktwirtschaft durch eine gebrauchswertorientierte demokratisch-sozialistische Ökonomie, in diesem dritten Faktor: der effizienten kybernetisch-demokratischen Regulierung einer globalisierten komplexen Wirtschaft durch die Staatsbürger.

## 5. Was ersetzt den Markt?

Die für jede nachkapitalistische Gesellschaft vitale Notwendigkeit der Überwindung der Marktwirtschaft reduziert sich für das 21. Jahrhundert daher auf eine zentrale Frage: Kann der Marktmechanismus durch ein anderes kybernetisches System ersetzt werden, das ähnlich koordinations-effektiv ist, aber demokratischer und humaner fungiert? Und nicht auf idealistischen Prämissen beruht, wie etwa der „neue Mensch“ des Sozialismus?

Die Interaktion profitorientierter Marktpreise, von Adam Smith visionär als „invisible hand“ in das erste kybernetische Modell moderner kapitalistischer Marktwirtschaft verwandelt, ist erstaunlich koordinations-effektiv, wenn verschiedene Bedingungen gegeben sind, unter anderem, wenn es sich um: a) nicht-monopolistische Märkte handelt; b) um kaufkraftgestützte Nachfrage; c) um freie Preisbildung und d) Staaten, die die funktional notwendigen Rahmenbedingungen der politischen Ökonomie garantieren können.

Sie wird ineffektiv in dem Maße, wie diese Konditionen nicht erfüllt werden, zum Beispiel, wenn es sich um kaufkraftschwache öffentliche Güter wie Arbeitsplatzsicherung,

Altersversorgung, usw. handelt oder die freie Preisbildung zu sehr durch administrative Preise des Staates oder Monopolbedingungen ersetzt wird. In diesen Fällen verliert der Markt seine Rückkoppelungskapazität und -Effizienz und wird zum Pseudomarkt.

Wie ist dieses Dilemma von relativer kybernetischer Effektivität und antidemokratischer Ansammlung politisch-ökonomischer Macht der „invisible hand“ (Kapitaleigner) aufzulösen?

## 6. Marktfetischismus, Sozialistische Marktwirtschaft und Staat

Der linke Marktfetischismus in Europa resultiert aus der Kombination zweier Faktoren: dem Sozialstaat und der marktwirtschaftlich-imperialistischen Konzentration von über 82 Prozent des globalen Reichtums des Planeten in den Ländern der Ersten Welt. Es ist diese historische Kombination, die in den Hirnen und Diskursen der Begünstigten: a) das Gerede vom Markt als „fortschrittlicher Institution“ auslöst; b) keine gesellschaftliche Alternative jenseits des Marktes erkennen kann und c) die logisch-empirische Unmöglichkeit der „sozialistischen Marktwirtschaft“ gebärt.

Linke und rechte Marktfetischisten in den Metropolen können nur deshalb den Markt sakralisieren, weil sie bewusst außer acht lassen, dass es sich dabei um ein 5000 Jahre altes Ausbeutungssystem herrschender Eliten handelt, welche unter der Kontrolle der Bourgeoisie zum prinzipiellen Exploitations- und Versklavungsinstrument der Menschheit geworden ist. Seit die Académie von Dijon vor über 250 Jahren die Frage stellte: *Quelle est l'origine de l'inégalité parmi les hommes, et est-elle autorisée par la loi naturelle?* (Was ist der Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen, und wird sie vom Naturrecht erlaubt?), und Rousseau und tausende Wissenschaftler nach ihm plausibel erklärt haben, dass die soziale Ungleichheit das Resultat privatwirtschaftlich organisierter arbeitsteiliger Marktwirtschaft und der sie schützenden oligarchischen Staatsstrukturen ist, kann jede Abstraktion von dieser Tatsache lediglich als Ergebnis mangeln-

der Ethik in der Anwendung wissenschaftlicher Arbeitsstandards verstanden werden.

Eine Ende des Jahres 2006 veröffentlichte Studie des World Institute for Development Economics Research of the United Nations University (UNU-WIDER), in Helsinki, über die Verteilung und Evolution persönlichen Reichtums von 94 Prozent der Weltbevölkerung, demonstriert erneut auf statistischer Basis die asymmetrischen Akkumulationseffekte der chrematistischen (privatwirtschaftlichen) Marktwirtschaft. Rund 90 Prozent des Nettofamilien-Einkommens der Weltbevölkerung ist konzentriert in Nordamerika, Europa, Japan und Australien. Die reichsten 1 Prozent der Welterwachsenenbevölkerung besitzen über 40 Prozent der globalen Haushaltseinkommen, die reichsten 2 Prozent über 50 Prozent. Etwa 85 Prozent des Weltreichtums gehört dem obersten Zehntel der Weltbevölkerung. Diese umfangreichste, jemals durchgeführte wissenschaftliche Erhebung über das Thema ergibt ebenfalls, dass die unteren 50 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung lediglich über 1 Prozent des Weltreichtums verfügen.<sup>23</sup>

In Deutschland wird das Fetischismus-Syndrom, wie bereits gesagt, verstärkt durch die Markt-Plan Erfahrungen in der DDR und der BRD und dem „real existierenden Sozialismus“ Osteuropas und der Sowjetunion, die sich unter anderem in der DDR-Formulierung über die „Mangelwirtschaft“, also den Misserfolg „administrativer Marktwirtschaft“, niedergeschlagen haben. Da man die „Mangelwirtschaft“ nicht wiederherstellen möchte und der Markt einerseits brutal, aber andererseits unersetzbar scheint, bleibt als Konsequenz lediglich ein fauler Kompromiss, nämlich die „sozialistische Marktwirtschaft“. Der Erkenntniswert dieser Konstruktion für

die Entwicklung der neuen Gesellschaft ist allerdings gleich Null.<sup>24</sup>

Eine sozialistische Gesellschaft des 21. Jahrhunderts ist nur denkbar auf einer nichtklassistischen Produktionsweise sowie mit einem qualitativ anderen Überbau als dem bürgerlichen. Eine sozialistische Marktwirtschaft kann es nicht geben, da die für die kapitalistische Marktwirtschaft charakteristische Klassendominanz privater Kapitaleigner unvereinbar ist mit dem Primat realer Wirtschaftsdemokratie, ebenso wie die privatkapitalistische Preisdiktatur unvereinbar ist mit dem Prinzip der Arbeitswertregulation einer gebrauchswertorientierten Nationalökonomie. Was es vorübergehend geben wird, weil unvermeidbar, ist die Koexistenz kapitalistischer Marktwirtschaft und sozialistischer Äquivalenz- oder Wertökonomie in der Übergangsphase zum Sozialismus. Doch das ist etwas qualitativ anderes als die erträumte klassenhybride „sozialistische Marktwirtschaft“. Es handelt sich um die Leninsche Doppelmacht, nicht die Krenskische Klassenverbrüderung.

## **7. Die strategische Option einer Bewegung des Sozialismus des 21. Jahrhunderts**

Der real existierende Sozialismus des 20. Jahrhunderts bietet keine strukturellen Gestaltungsmöglichkeiten mehr für die globale Gesellschaft der Zukunft. Und das gleiche gilt für den demokratischen Sozialismus des 20. Jahrhunderts, dessen Essenz darin besteht, die Lebensqualität der privilegierten Mehrheiten der Metropolen zu verteidigen, die wiederum nur mittels der völlig ungerechten gegenwärtigen Welteinkommensverteilung aufrechterhalten werden kann.

Die Konkretion beider historischer Projekte der Arbeiterbewegung, die bolschewistische und die sozialdemokratische, gehören strategisch gesehen der Vergangenheit an. Die erste ist schon Präteritum, die

---

<sup>23</sup> The World Distribution of Household Wealth, World Institute for Development Economics Research of the United Nations University (UNU-WIDER), December, 2006, [www.wider.unu.edu](http://www.wider.unu.edu)

---

<sup>24</sup> Vgl. zu dieser Problematik u.a. die Beiträge von J. Bischoff, U. Busch, G. Krause, G. Friedrich in dieser Publikation (der Herausgeber)

zweite ist auf dem Weg dorthin. Und dies aus zwei Gründen. Unter ökologischen Gesichtspunkten ist die Beziehung zwischen humanen Erstwelt-"Lebensorganismen" und Drittwelt-"Lebensorganismen" eindeutig parasitär und daher ethisch nicht zu verteidigen.

Politisch-ökonomisch ist die keynesianisch-sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatsstrategie eine Funktion der historischen Ausbeutungsstruktur des Weltsystems, das seit 150 Jahre unter der Kontrolle der atlantischen Bourgeoisie (Europa, USA) steht. Marx, Engels und später vor allem Lenin haben die Rückwirkung dieser Beziehung auf das politische Verhalten von Sektoren der Erstweltbevölkerung und die Dialektik der Gewerkschaftsbewegung – Schule des Klassenkampfes versus bürgerliches Integrationsinstrument – unter dem Begriff der „Arbeiteraristokratie“ analysiert, zunächst unter Bedingungen kolonialer Ausbeutung und später im Kontext imperialistischer Exploitation.

Die Veränderung der kapitalistischen Weltproduktionsweise und die Ausbreitung der Privilegien metropolitaner Weltsurpluseaneignung auf die Mehrheit der Staatsbürger der Metropolen hat das ehemals sektorale Problem in die Logik des weltweiten Klassenantagonismus zwischen Kapitaleignern und Nichtkapitaleignern überführt. Sowohl durch intrakapitalistischen Konkurrenzkampf um die unzureichend vorhandenen „Plätze an der Sonne“ metropolitanen Wohlfahrtsdaseins, durch die Multipolarisierung des Weltsystems, als auch durch die neue Systemalternative der postkapitalistischen Zivilisation wird die Fortsetzung der bisherigen Wohlfahrtsstaatstrategie in Europa in ihrer überlieferten Form unmöglich. Dieser Bruch mit integrierender, erkämpfter Lebensqualität der europäischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und ihrer politischen Organisationsformen kann innerhalb des Systems zwar abgeschwächt, aber nicht verhindert werden. Daraus resultiert die Systemnotwendigkeit des Großkapitals, die Evolution rechtsradikaler Bewegungen in ganz Europa zuzulassen oder, inklusive, zu fördern, ihre Staatsapparate terroristisch aufzurüsten und auf den Kriegsschauplätzen der Dritten Welt

(Afghanistan, Irak, Afrika) ihre Spezialtruppen für die Zerstörung der weltweit sich formierenden antikapitalistischen Alternative praktisch vorzubereiten.

Das Gravitationszentrum des politisch-ökonomischen kapitalistischen Weltsystems ist instabil geworden, da die von der atlantischen Bourgeoisie und Japan strukturierte Weltsurplusverteilung der Nachkriegszeit durch die multipolare Entwicklung in Frage gestellt wird. Die chaotischen Stabilisierungsversuche des Problems durch die Bush-Truppe und ihre israelisch-europäischen Alliierten können nur fehlschlagen oder zum nuklearen Holocaust führen. Damit geht es erneut, wie zu Zeiten des Kommunistischen Manifests, um die Alternative von Sozialismus oder Barbarei. Genauer gesagt, um den Sozialismus des 21. Jahrhunderts oder die nukleare Barbarei des Kapitals des 21. Jahrhunderts.<sup>25</sup>

---

<sup>25</sup> Vergleiche zur Alternative Dieterich, H.: „Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, 2. Auflage, Kai Homilius Verlag, Berlin 2006; Dieterich, H.: „Kuba – nach Fidel. Kann die Revolution überleben?“, ebenda; Cockshott, W. P./Cottrell, A.: „Alternativen aus dem Rechner“, Papy Rossa, 2006.

## Äquivalenzökonomie als Basis eines neuen Sozialismus?

Heinz Dieterich begründet das Projekt eines neuartigen Sozialismus nicht nur mit den negativen Erfahrungen und dem gründlich grausamen Scheitern der Planökonomie sowjetischen Typs. Seine These greift weiter: Auch die gesellschaftspolitischen Konzeptionen des Bürgertums haben sich erschöpft. Dagegen ermutigten die jüngsten Erfahrungen – vor allem in Lateinamerika – zu einem neuen Sozialismusversuch. Ein welthistorischer Übergang zu einer nichtkapitalistischen Weltgesellschaft werde im 21. Jahrhundert möglich. „Heute ist die Arena der Geschichte, in der sich eineinhalbjahrhundertlang beide sozialen Subjekte mit ihren jeweiligen Entwürfen, Utopien und Armeen gegenüberstanden, in welthistorischer und erkenntnistheoretischer Dimension freigeräumt.“<sup>26</sup> Getragen wird dieses Engagement für ein neues historisches Projekt einer „partizipativen Demokratie“ von der Überzeugung, dass ein Übergang zu einer universalen Basisdemokratie möglich ist. Die mit dem Neoliberalismus verbundene Unterordnung aller Gesellschaftsbereiche unter den Primat der Kapitalverwertung hätten den Blick auf Konturen einer neuen Zivilisation frei gemacht.

Das historische Subjekt oder der weltgeschichtliche Akteur eines erneuten Anlaufes zur Durchsetzung einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung könne freilich nicht mehr die Arbeiterbewegung, gestützt auf die assoziierte gesellschaftliche Arbeit und die real vergesellschafteten Lohnabhängigen, sein. Die industrielle Arbeiterklasse sei angesichts der hohen Produktivität zu einer Minder-

heit herabgestuft worden; mit Blick auf die verelendeten Massen und die prekären Arbeitsverhältnisse in den kapitalistischen Hauptländern seien sie zudem aus einem Faktor radikaler Veränderung überwiegend zu einem konservativem Element des Status quo geworden. Die Akteure der weltgeschichtlichen Emanzipation im 21. Jahrhundert rekrutierten sich aus den prekarierten, unterdrückten Massen.

Das weltumspannende gattungsgeschichtliche Befreiungssubjekt habe die Aufgabe gegenüber der Unterordnung unter die Kapitalverwertung eine sozialistische Ökonomie durchzusetzen, die drei Imperativen genügt: „Sie muss sozial gerecht, demokratisch und effizient sein.“<sup>27</sup> Die „Gemeinschaft der Opfer ist multikulturell, pluriethnisch, klassenübergreifend, zweigeschlechtlich und global und umfasst alle Personen, die übereinstimmen mit der Notwendigkeit, Ökonomie, Politik, Kultur und die Systeme physischen Zwangs der globalen Gesellschaft von Grund auf zu demokratisieren“<sup>28</sup>.

Die Träger des neuen historischen Projekts der Transformation der Gesellschaft können nicht nur auf ein entwickelteres Produktionspotential zurückgreifen, sondern sich auf eine zunehmende elektronische Vernetzung von BürgerInnen und Institutionen stützen. Die bisherigen Konzeptionen zu einer ökonomischen Gerechtigkeit zu kommen, sind überlebt: „die Umverteilung des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums über den Staat und die Verstaatlichung der Produktionsmittel. Ersterer ist der teils reale, teils demagogische Weg der Sozialdemokratie, des keynesianischen Wohlfahrtsstaates und der

---

<sup>26</sup> Dieterich, H.: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus, Berlin 2006, S. 17.

---

<sup>27</sup> Ebd., S. 107.

<sup>28</sup> Ebd., S. 136.

Sozialenzyklen des Vatikans; letzterer ist der Versuch des historischen Sozialismus, in der Nachfolge Lenins, gewesen.<sup>29</sup>

Mittlerweile sei ein dritter Weg zum Sozialismus möglich: die demokratisch geplante Äquivalenzökonomie, die sich – so Dieterich – einerseits auf die bahnbrechenden Forschungsergebnisse von Arno Peters (Äquivalenzökonomie), andererseits auf die Möglichkeit umfassender Quantifizierung und Vernetzung durch die elektronische Datenverarbeitung (Computersozialismus) stützen kann. „Die demokratisch geplante Äquivalenzökonomie repräsentiert eine dritte, qualitativ neue Strategie, in der soziale und ökonomische Gerechtigkeit nicht mehr primär über die Intervention des Staates geschaffen wird, sondern durch die Institutionalität des Wirtschaftssystems selbst. Es handelt sich um eine dem Wirtschaftssystem immanente gesellschaftliche Lösung des Problems nicht eine extern staatliche.“<sup>30</sup>

An diesem Punkt sollen einige grundlegende Einwände vorgebracht werden, die im Zusammenhang mit der anhaltenden Debatte über Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus und über eine sozialistische Strategie weiter erörtert werden könnten.

1. Dieterichs Abgrenzung zum Keynesianismus geht über die übliche oberflächliche Auseinandersetzung nicht hinaus. Der Niedergang des Keynesianismus wird in der aktuellen Debatte häufig mit der einfachen Begründung der Schranken eines deficit spending und der Konjunktursteuerung verbunden. Keynes gesellschaftspolitischer Ansatz war aber weiterreichend: Er wandte sich gegen die Laisser-faire-Politik, die eben zu Massenarbeitslosigkeit, großen Verteilungsungleichgewichten zwischen Arbeit und Kapital, Finanzkrisen und Deflation führen musste. Der entscheidende Punkt in dieser Strategie ist die Überwindung einer Ökonomie des Rentiers oder Vermögensbesitzers. „Die Keynesische Krisendiagnose ist gewiss nicht frei von analytischen Schwächen,

aber sie weist gleichwohl in die richtige Richtung. Die von Keynes aufgezeigten Krisenpotentiale – sinkende Investitionsneigung der Unternehmen einerseits, Überliquidität an den Finanzmärkten mit der Tendenz zur Bildung spekulativer Blasen andererseits – blieben unvermindert virulent.“<sup>31</sup>

Keynes Ziel war eine gesellschaftlich regulierte Ökonomie, in der die Finanz- und Vermögenmärkte keine Chance hätten, ihre Selbsterstörungspotentiale in der bürgerlichen Gesellschaft zu entfalten.<sup>32</sup> Es ist nicht nur verkürzt, einfach vom Scheitern des Keynesianismus zu sprechen und die konkreten Umstände (Imperative der Shareholder Ökonomie) völlig unberücksichtigt zu lassen. Keynes betonte zudem als weitere Errungenschaften einer entwickelten kapitalistischen Ökonomie die Ausbildung einer reichhaltigen Individualität und eines ökologisches Bewusstsein in der Gesellschaft (Verbraucher Macht). Wer unter diesen realen Bedingungen einen neuen Sozialismusversuch anstrebt, der muss zugleich über demokratische Regulierungsformen, die Gestaltung von Gemein- und öffentlichem Eigentum, die Neukonstruktion von Systemen sozialer Sicherheit ohne Übergewicht der Finanz- und Vermögenmärkte und einen ökologischen Umbau der durch die Industrie geprägten Ökonomien Auskunft geben.

Der Vorschlag einer Äquivalenzökonomie verbleibt auf dem Niveau einer unentwickelten bürgerlichen Zivilgesellschaft des frühen 20. Jahrhunderts und hofft allein mit moderner Informationstechnologie die Probleme der Qualifizierung und Verteilung gesellschaftlicher Arbeit zu lösen. Die neue Qualität der Informations- und Kommunikationstechnologien verbessert gewiss jedwede Kontrolle und Steuerung von ökonomischen Prozessen; es stellt allerdings eine fragwürdige Vereinfachung dar, wenn die Informationsverarbeitung zum

---

<sup>29</sup> Ebd., S. 108.

<sup>30</sup> Ebd.

---

<sup>31</sup> Deutschmann, Ch.: Keynes und Rentiers, in: Neuer Keynesianismus, Berliner Debatte Initial, Heft 4/2006, S. 33.

<sup>32</sup> Vgl. Bischoff, J. u.a.: In der Stagnationsfalle, Hamburg 2006.

zentralen Kriterium einer nachkapitalistischen Ökonomie erhoben wird.

2. Die Grundthese der Äquivalenzökonomie besagt, dass früher, d.h. vom Beginn der Menschheitsentwicklung bis zur Formierung des Kapitalsystems die Äquivalenz die ökonomischen Verhältnisse geprägt habe. Durch eine Art ökonomischen Sündenfall wird das Prinzip der Bedarfsdeckung und der Selbstgenügsamkeit durch den Trend zur Bereicherung und Nichtäquivalenz abgelöst. Die kapitalistische Ökonomie stellt allerdings nicht einfach eine Negation der Äquivalenz dar, sondern – wie in der Kritik der politischen Ökonomie gezeigt wird – der Austausch der Ware Arbeitskraft markiert den Umschlag, wo die Äquivalenz in die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit umschlägt.

Dieterich unterstreicht, dass eine Rückkehr zur Äquivalenzökonomie über die auf Planwirtschaft gegründete Sozialismuskonzeption hinausgeht. Zunächst sei eine Planökonomie immer eine Alternative zur Marktwirtschaft. Grundsätzlich sei die Planökonomie in der Lage, die Probleme der Ökonomie zu lösen, alle Produktionskapazitäten voll auszunutzen, allen BürgerInnen das Recht auf Arbeit zu sichern und jedermann mit den lebensnotwendigen Gütern und Leistungen zu versorgen. Ob die Planwirtschaft das vollbringt, ist abhängig von der technischen Entwicklungsstufe sowie von der laufenden Ermittlung des allgemeinen Bedarfs und seiner direkten Umsetzung in Gütererzeugung, Dienstleistungen und Güterverteilung, wie sie mit Hilfe des Computers möglich geworden sind. Heinz Dieterich will also die Schwächen der realsozialistischen Planwirtschaft durch eine computergestützte Äquivalenzökonomie überwinden.

Die Vorstellung einer effizienten sozialistischen Planwirtschaft ist m.E. sowohl historisch wie gesellschaftstheoretisch eine unterkomplexe Antwort auf die Herausforderungen moderne gesellschaftlicher Reproduktionszusammenhänge und ihrer Subjekte, wie sie der Kapitalismus im 20. Jahrhundert hervorgebracht hat. Denn eine administrativ-bürokratische Planung hat ihr Spiegelbild in einer Diktatur über die Bedürfnisse. Eine dynamische Ökonomie, die den materiellen Reichtum ver-

größert, die Erweiterung der Bedürfnisse erlaubt und die zur materiellen Reproduktion notwendige Arbeitszeit verkürzt, setzt die Wechselwirkung der Veränderung von Produktion und Bedürfnis voraus und damit die Selbststeuerung eines gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, der nicht durch direkte Vorgaben an der Veränderung gehindert wird. Die Gesellschaft ist ein Organismus, der sich über die Arbeit beständig selber neu erzeugt und in diesem permanenten Prozess der Selbsterzeugung die Bedingungen der Reproduktion und damit auch sich selbst verändert. Die mit der Reproduktion sich verändernden Bedingungen der Reproduktion schließen strenge Planungsvorgaben aus. Die individuellen Arbeiten können durch vorgeschaltete Planungsakte nicht den Charakter unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit erhalten.

3. Von Arbeit als einem historisch und sozial bestimmten Stoffwechsel mit der Natur in gesellschaftlichen Formen, von Produktion, Reproduktion und einem System gesellschaftlicher Arbeit ist in der Konzeption der Äquivalenzökonomie keine Rede; vielmehr werden wieder einmal fälschlicherweise Warentausch und Markt als die eigentliche gesellschaftliche Synthesis ausgemacht, in denen die zu überwindenden Übel des Kapitalismus lägen. Sie gehören abgeschafft durch die rigorose Durchsetzung von Äquivalenz und Leistung. Wie viele andere linke Kritiker von Ware und Geld sieht Dieterich nicht, dass dies lediglich Vermittlungs- und Durchsetzungsformen der viel relevanteren und zugrundeliegenden Mehrwertproduktion sind. Diese muss umgestaltet und kontrolliert werden. Aber nach einer Auseinandersetzung mit den Formen der Mehrwertproduktion sucht man vergebens.

4. Der wirkliche Zusammenhang von Produktion und Verteilung für eine sozialistische Transformationskonzeption bleibt bei Dieterich unbegriffen, wie schon in der Kritik des Gothaer Programms von Marx gezeigt wurde.

Zunächst ist die Vorstellung problematisch, in einer gesellschaftlich entwickelten Ökonomie könne jeder individuelle Arbeitsaufwand erfasst und ausgewiesen werden. Es geht gerade um eine Produktivität der

gesellschaftlichen Arbeit und eine daraus resultierende Verteilung.

Mit Marx kann begründet werden, dass der in die individuelle Konsumtion eingehende Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit in mehrfacher Weise eingeschränkt werden muss.

Vom Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit geht ab:

- Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel. Selbst wenn die Ausweitung der Produktionsmittel nicht in die Logik der Akkumulation der Eigentums- und Besitztitel eingebunden ist, bedarf es zur Erhöhung der Produktivität gesellschaftlicher Arbeit nicht nur des Ersatzes, sondern der Ausweitung vergegenständlichter (toter) Arbeit; dies ist wesentliche Bedingung für die Verkürzung von eingesetzter lebendiger Arbeit, sowie des möglichst humanen Arbeitseinsatzes.
- Soweit eine Ausweitung der gesellschaftlichen Produktion vorgesehen ist, sind gleichfalls Rückstellungen aus dem erwirtschafteten Gesellschaftsprodukt unvermeidlich. Eine Ausweitung kann auch den Hintergrund einer Veränderung von Bedürfnisstrukturen haben. Mindestens in der Kritik der politischen Ökonomie wird darauf abgehoben, dass eine umfassende Aneignung und Entwicklung von Bedürfnissen ein unverzichtbares Merkmal einer entwickelten gesellschaftlichen Ökonomie ist.
- Auch eine sozialistische Ökonomie bedarf eines Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Naturkatastrophen oder sonstige Zerstörungen von gesellschaftlichen Ressourcen.

Für diese drei Komponenten der Rückstellungen gilt: „Diese Abzüge vom ‚verkürzten Arbeitsertrag‘ sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner

Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar.“<sup>33</sup>

Drei weitere Einschränkungen sind in einer sozialistischen Ökonomie vor der Aufteilung unter die Gesellschaftsmitglieder festzuhalten:

1. Es muss ein Fonds für die gesellschaftliche Befriedigung von Bedürfnissen wie Bildung, Gesundheit, Kultur etc. gebildet werden. Diese Aufwendungen können nicht auf die Gesellschaftsmitglieder umgerechnet werden.
2. Außerdem müssen die allgemeinen Verwaltungskosten der Gesellschaft zunächst aus dem Gesamtertrag zurückgestellt werden. „Dieser Teil wird (...) aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maß, als die neue Gesellschaft sich entwickelt.“<sup>34</sup>
3. Schließlich wird es einen tendenziell eher ausgeweiteten Fonds für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Behinderungen geben, die auch wenn sie in die gesellschaftliche Arbeit einbezogen sein sollten – nicht ihrer Leistung gemäß behandelt werden können.

Erst nach diesen Abzügen kommen wir zur Verteilung im Bereich der individuellen Konsumtion. Aber auch für diesen Fonds gilt: Das Äquivalentprinzip ist eine aus der bürgerlichen Gesellschaft herrührende Verteilungsprinzip. Für viele Bereiche – beispielsweise Formen der Unterentwicklung etc. – bedarf es eines deutlichen Willens zum Einsatz von ungleicher Verteilung, sollen diese Fehlentwicklungen korrigiert werden. Äquivalenz ist faktisch ungleiches Recht für die unterschiedlichen Bedingungen, Begabungen und Ansprüche. Sicherlich muss im Übergang von der bürgerlichen Gesellschaft zu einer nachkapitalistischen Gesellschaftsformation darauf geachtet werden, dass die Abweichungen von der Verteilung nach gleicher Leistung transparent und begründet sind.

---

<sup>33</sup> Marx, K.: Kritik des Gothaer Programm, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 19.

<sup>34</sup> Ebd.

Zu Recht hat sich eine kritische Sicht auf die ungleichen Verhältnisse entwickelt, die sich aber mehr auf die unterschiedlichen Einkommensarten beziehen. Grundsätzlich bleibt die Zielvorstellung: Überschreitung der Äquivalenz und Verteilung nach unterschiedlichen Bedingungen und Bedürfnissen. Allerdings bedeutet dies, dass der bürgerliche Rechts-horizont dann zu überschreiten ist, wenn die gesellschaftliche Produktivität mehr und mehr eine Verteilung nach Bedürfnissen zulässt.

### **Schlussfolgerungen:**

Es ist irritierend, dass Dieterich die Äquivalenzbeziehung als Schlüssel für eine sozialistische Ökonomie ausgibt. Verständlich wird dies nur vor dem Hintergrund, dass in der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft die Verletzung von Äquivalenz-Strukturen dermaßen krass ist und soziale Ungerechtigkeiten verfestigt. Deutlich wird ferner, dass die Substanz der Kritik der politischen Ökonomie nicht verstanden ist.

### **Literatur:**

Bischoff, J.: Zukunft des Finanzmarktkapitalismus, Hamburg 2006

Bischoff, J. u.a.: In der Stagnationsfalle, Hamburg 2006

Bontrup, H. u.a.: Wirtschaftsdemokratie, Hamburg 2006

Deutschmann, Ch.: Keynes und Rentiers, in: Neuer Keynesianismus, Berliner Debatte Initial, Heft 4/2006

Dieterich, H.: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus, Berlin 2006

Marx, K.: Kritik des Gothaer Programm, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 19, Berlin 1962

Peters, A.: Das Äquivalenzprinzip als Grundlage der Global-Ökonomie, Vaduz 1996

Peters, A.: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus, Berlin 2000

Wenzel, S.: Sozialismus des 21. Jahrhunderts, in: Utopie kreativ, Heft 191, September 2006

## Ist eine sozialistische Marktwirtschaft überhaupt möglich?

Die Frage, ob es im 21. Jahrhundert eine sozialistische Gesellschaft geben wird, wird in diesem Kreise mehrheitlich wohl mit einem „Ja“ beantwortet. Ob dies aber eine „sozialistische Marktwirtschaft“ sein wird, scheint umstritten. Einige Diskutanten sehen in dem Konstrukt einer sozialistischen Marktwirtschaft einen eklatanten Widerspruch und optieren daher für Modelle wie die „Äquivalenzökonomie“, andere verweisen auf Erfahrungen, die in der Vergangenheit in den staatssozialistischen Ländern sowie in Jugoslawien und in der Gegenwart in China, Vietnam und Kuba mit marktsozialistischen Versuchen gemacht worden sind bzw. noch andauern. Für sie ist die Frage nach der Möglichkeit einer sozialistischen Marktwirtschaft keineswegs spekulativ, sondern sehr real und durch die Praxis faktisch bereits beantwortet, und zwar positiv. Dazu ist jedoch folgendes zu bemerken:

Zweifellos gibt es historische Erfahrungen mit marktwirtschaftlichen Experimenten in Planökonomien, in Sowjetrußland während der NÖP-Periode, in der Tschechoslowakei und in der DDR während der 1960er Jahre, in Ungarn und Polen auch noch nach 1968 bzw. 1970. Diese bildeten den Kern ökonomischer Reformen und regulatoriver Korrekturen am Planungsmechanismus, bewirkten jedoch nicht dessen Transformation in eine Marktwirtschaft. Von einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ kann daher mit Blick auf die NÖP oder das NÖS keine Rede sein, bestenfalls von markt- und geldwirtschaftlichen Elementen innerhalb zentraler staatlicher Planwirtschaften. Dafür gibt es *historische, theoretische* und *politisch-praktische* Gründe:

Der Sozialismus des 20. Jahrhunderts wurde bekanntlich zuerst in Sowjetrußland, einem „barbarischen“ und „halbfeydalen“ Land, das weder ökonomisch noch

kulturell über die notwendigen Voraussetzungen für eine postkapitalistische Entwicklung verfügte<sup>35</sup>, als Staatssozialismus oder Zentralverwaltungswirtschaft verwirklicht. Revolution und Bürgerkrieg führten hier zunächst zu einem wirtschaftlichen Regressionsprozess („Kriegskommunismus“), der durch die NÖP nur temporär und nur partiell korrigiert wurde. Beginnend mit der Industrialisierung, der Kollektivierung und der Zentralisierung aller wirtschaftlichen Entscheidungsmacht entstand in den 1930er Jahren in der Sowjetunion ein Wirtschaftsmodell, worin Wertkategorien, Markt, Kredit und Geld nur eine sehr untergeordnete Rolle spielten. J. W. Stalin prägte hierfür den Begriff „Warenproduktion besonderer Art“. Ihr „Wirkungsbereich“ wurde „auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs“ beschränkt, die Regulatorrolle des Wertgesetzes wurde durch den Plan ersetzt und Termini wie Kapital, Mehrarbeit, Mehrprodukt usw. wurden „über Bord“ geworfen.<sup>36</sup> So entstand das Modell einer „zentralen Planwirtschaft“, welches nach 1945 auf andere Volkswirtschaften, auch auf wirtschaftlich entwickeltere wie die der DDR und der Tschechoslowakei, übertragen wurde. Obwohl der damit verbundene Effizienzverlust unübersehbar war, blieb das planwirtschaftliche Modell bis zum Ende des Staatssozialismus bestehen. Marktwirtschaftlich ausgerichtete Reformversuche hat es gegeben, aber keine durchgreifende marktwirtschaftliche Reformierung der Planökonomie. Warum eine solche nicht

---

<sup>35</sup> Vgl. hierzu Lenin, W.I.: Werke, Bd. 18, S. 153; Bd. 32, S. 346 ff.; Bd. 33, S. 31 ff. und 487 f.

<sup>36</sup> Stalin, J.W.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1952, S. 18.

gelang, lässt sich theoretisch und politisch erklären.

In der ökonomischen Theorie des Sozialismus dominierte die ordnungspolitische Überzeugung, dass den Wert-, Markt- und Geldkategorien in einer sozialistischen Gesellschaft nur eine untergeordnete Rolle und zeitlich begrenzte Funktion zukomme.<sup>37</sup> Diese Auffassung stützte sich auf Marx und Engels, nicht selten in dogmatischer Auslegung, mehr aber noch auf Positionen der deutschen Sozialdemokratie (Bebel<sup>38</sup>, Kautsky<sup>39</sup> u.a.) und der Sowjetökonomie.<sup>40</sup> Die Schwierigkeit bestand darin, zu begreifen, dass Warenproduktion und Kapitalismus nicht identisch sind, obwohl der Kapitalismus diejenige Produktionsweise ist, in der die private Warenproduktion die allgemeine Form der Produktion verkörpert.<sup>41</sup> Diese Erkenntnis setzte sich auch in der DDR nur allmählich durch. In den ersten Jahren nach 1945 wurde sogar der Tatbestand einer nichtkapitalistischen Warenproduktion gelehrt und

stattdessen eine Naturalwirtschaft, deren Produkte „Güter“ und keine „Waren“ sein sollten, postuliert.<sup>42</sup> Später räumte man ein, dass es in Teilbereichen der sozialistischen Wirtschaft Warenproduktion gebe, in anderen dagegen nicht, während sich der Wirkungsbereich des Geldes über die gesamte Volkswirtschaft erstreckte.<sup>43</sup> Ware, Wert, Preis, Markt, Geld, Kredit und Zins waren damit gegenüber dem Plan, den stofflichen Ressourcen, dem Gebrauchswert usw. zweitrangige Kategorien.

Dies änderte sich allerdings in den 1960er Jahren. Während der NÖS-ÖSS-Periode galten Warenproduktion und Wertgesetz als „echte ökonomische Erscheinungen und Gesetze des Sozialismus“<sup>44</sup>, was eine Veränderung ihrer theoretischen wie wirtschaftspraktischen Behandlung erforderlich machte. Wie sich dies mit den Grundlagen der zentralen Planwirtschaft vertragen sollte, blieb jedoch unklar. Grundlegende Fragen, wie die nach der Rolle der sozialistischen Betriebe als Eigentümer und Warenproduzenten, nach der Bestimmung des sozialistischen Preistyps und nach dem Verhältnis von Plan und Markt, blieben unbeantwortet. Das theoretische Konzept des NÖS bezog sich vor allem auf die zweite Ebene der Produktionsweise, auf den ökonomischen Funktionsmechanismus bzw. Wirkungsmechanismus der ökonomischen Gesetze. Die erste Ebene dagegen, die Ebene der Gesetze selbst, blieb davon weitgehend unberührt. Dieses theoretische Defizit hatte

---

<sup>37</sup> Vgl. Krause, G.: Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg 1998, S. 60 ff., 115 ff., 161 ff., 218 ff.

<sup>38</sup> Vgl. Bebel, A.: Die Frau im Sozialismus, Berlin 1946, S. 500 f.

<sup>39</sup> Vgl. Kautsky, K.: Das Erfurter Programm, Berlin 1965, S. 119 ff.

<sup>40</sup> Richtungsweisend hierfür war das Buch von Nikolai Bucharin „Ökonomik der Transformationsperiode“ aus dem Jahr 1922, welches Lenin mit Randbemerkungen versehen hat (Berlin 1990). Dort ist zum Beispiel davon die Rede, dass in der Übergangsperiode die Warenproduktion „in hohem Grade verschwindet“ (S. 214), ebenso der „Arbeitslohn“ (S. 216). Weiter ist von der „Vernichtung des Warensystems als solchem“ die Rede und von einer „Selbstverneinung“ des Geldes“ (S. 215). Lenins Kommentar dazu lautet jeweils: „richtig! richtig! richtig!“ Trotz bestimmter Relativierungen in späteren Jahren wurde diese Position vom Grundsatz her in der sowjetischen Politik und Wirtschaftswissenschaft bis in die 1960er Jahre vertreten.

<sup>41</sup> Vgl. dazu Busch, U.: Zur Stellung von Ware und Geld in der sozialistischen Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 35. Jg. (1987) 1, S. 31–40.

---

<sup>42</sup> Vgl. zum Beispiel Zahn, L.: Die ökonomischen Grundbegriffe der Sowjetplanwirtschaft, in: Einheit, Heft 2/1948, S. 111. Ähnlich F. Behrens, welcher noch Ende der 1940er Jahre die Gültigkeit eines Wertgesetzes für den Sozialismus generell bestreitet, vgl. Die Entwicklung der politischen Ökonomie in der UdSSR, Leipzig 1949, S. 19 und 11.

<sup>43</sup> So nachzulesen bei Lemnitz, A.: Das Geld und die Funktionen des Geldes im Sozialismus und in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1955, S. 118 f.

<sup>44</sup> Berger, W./Reinhold, O.: Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, Berlin 1966, S. 90.

zur Folge, dass es den Reformen schon bald an Richtung und Orientierung fehlte, vielfach auch an einem zielsetzenden Maß, da es hierfür kein konsistentes theoretisches Bezugssystem gab.<sup>45</sup> So bleibt die Bewertung des Gesamtprojekts bis heute unbestimmt: Einerseits verkörperte das NÖS ein „Sofortprogramm“ zur Stabilisierung der DDR-Wirtschaft. Hier war es in bestimmtem Maße erfolgreich gewesen. Andererseits war es aber auch ein groß angelegter Versuch, Plan und Markt miteinander zu verbinden, also der „dritte Weg“. Dieser Versuch jedoch scheiterte letztlich, trotz aller auf diesem Wege erreichten Modernisierungsfortschritte und partiellen Erfolge.

Zudem muss man sehen, dass die zentralistische Planwirtschaft als Diktat des Planes gegenüber dem Markt, gegenüber der Produktion wie den Bedürfnissen, gegenüber Produzenten und Konsumenten, das ökonomische Pendant zur politischen Diktatur bildete.<sup>46</sup> Letztere konnte ohne erste nicht existieren, diese war ihre eigentliche Machtbasis. Hieraus erklärt sich das Interesse der Partei- und Staatsführung an der Aufrechterhaltung der zentralen Planwirtschaft und das Bemühen, jegliches Reformbestreben als Beitrag zur „Vervollkommnung“ der Planökonomie aufzufassen und damit schon im Ansatz zu neutralisieren. Dies gilt bis zuletzt. So ging zum Beispiel der SED-Wirtschaftssekretär Günter Mittag davon aus, „dass die volkseigenen Betriebe und die Genossenschaften sozialistische Warenproduzenten sind“ und dass „alle ökonomischen Vorgänge [...] auf dem Wege von Ware-Geld-Beziehungen realisiert werden“. Und weiter, dass für das Herangehen der Partei „die Vervollkommnung der sozialistischen Planwirtschaft“ kennzeichnend sei. Dabei sollte jedoch, so wurde ausdrücklich betont, „die *zentrale staatliche Planung* immer das übergreifende Moment (bleiben), das auch im Sinne der Einheit von mate-

rieller und finanzieller Planung [...] die Ware-Geld-Beziehung dem Plan unterwirft“. Dies sei eine „Grundbedingung“ für die „Ausnutzung des Wertgesetzes“ im Sozialismus, so Günter Mittag.<sup>47</sup> Hierin bestätigt sich die These, dass der Staatssozialismus eine um marktwirtschaftliche Elemente ergänzte Planwirtschaft war, aber eben *keine* „sozialistische Marktwirtschaft“, weshalb die Erfahrungen, die sich aus der Geschichte der DDR für einen Sozialismus im 21. Jahrhunderts ableiten lassen, eher gering zu veranschlagen sind. Auch waren dies, wie der Umgang mit Warenproduktion und Geld zeigt, keineswegs nur positive Erfahrungen.

Warenproduktion, Waren- und Geldzirkulation, Kredit, Zins usw. sind Errungenschaften der menschlichen Zivilisation, die nicht ohne Schaden für diese „abgeschafft“ werden können. Im Zuge einer gesellschaftlichen Entwicklung, die auf Fortschritt setzt und nicht auf Regression, lassen sich derartige objektive Kategorien überhaupt nicht „abschaffen“. Gleichwohl sind sie aber auch keine ewig gültigen Erscheinungen. Die Voraussetzungen für ihre Ablösung reifen allmählich heran, in einem langen historischen Prozess. Sie lassen sich nicht durch einen politischen oder revolutionären Akt künstlich herbeiführen. Ihre Überwindung vollzieht sich auf dem Wege ihrer dialektischen Aufhebung, ihrer inhaltlichen Modifikation und ihres Hinüberwachsens in neue Formen. Es ist davon auszugehen, dass dieser Prozess in der Gegenwart bereits in vollem Gange, aber noch längst nicht an seinem Ende angekommen ist. Das heißt, die Potenziale, welche Warenproduktion, Markt und Geld für die Entwicklung der menschlichen Zivilisation bereithalten, sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Andererseits kommt es in der Gegenwart verstärkt zu Fehlentwicklungen der Marktwirtschaft, besonders in der Finanzsphäre, die es kritisch zu bewerten gilt. Hierzu zählen neben der Fehlallokation von Kapital auch die zunehmende Polarisierung von Reichtum und Armut, im nationalen wie im glo-

---

<sup>45</sup> Vgl. Busch, U.: Theoriedefizite des NÖS, in: Pankower Vorträge, Heft 23/1, Berlin 2000, S. 36–43.

<sup>46</sup> Vgl. Krause, G. (Hg.): Rechtliche Wirtschaftskontrolle in der Planökonomie. Das Beispiel der DDR, Baden-Baden 2002.

---

<sup>47</sup> Mittag, G.: Die Arbeit der Partei zur Verwirklichung der vom XI. Parteitag der SED beschlossenen ökonomischen Strategie, Berlin 1987, S. 58.

balen Maßstab, die Ungerechtigkeit der Reichtumsverteilung u.a.m. Diese Erscheinungen sind zum Teil den Markt- und Geldgesetzen geschuldet, in höherem Grade jedoch den Produktionsbedingungen und -verhältnissen des Kapitals. Ihre Überwindung kann nur auf dem Wege einer Demokratisierung und der schrittweisen Vergesellschaftung der Produktion erreicht werden, nicht aber dadurch, dass bestimmte Fehlentwicklungen des kapitalistischen Marktes durch andersgeartete und zudem auch noch regressive Fehlkonstruktion ersetzt werden.

Damit sind wir beim Vorschlag einer „demokratisch geplanten Äquivalenzökonomie“<sup>48</sup>. Dieses Modell ist als ein globales postkapitalistisches Projekt konzipiert, dessen Kernidee die Ablösung des nicht-äquivalenten Austauschs im gegenwärtigen Kapitalismus durch einen Tausch nach dem Äquivalenzprinzip bildet. Dem liegt die naive Vorstellung zugrunde, dass durch die damit erreichte vollkommene Entsprechung von Leistung und Gegenleistung bzw. von Wert und Preis soziale Gerechtigkeit in der Welt hergestellt werde und auf diese Weise der Kapitalismus und die Marktwirtschaft überwunden werden könnten. Der Marktmechanismus soll dabei ersetzt werden durch eine „demokratische koordinierte kybernetische Regulation der unmittelbaren Produzenten“. Die moderne Informationstechnologie, so Heinz Dieterich, mache es heute möglich, den Markt als „fünftausendjährigen obsoleten Modus der Ressourcenverteilung“ abzuschaffen und ihn zu ersetzen „durch Mehrheitendemokratie und wertökonomisch operierendes, elektronisch gesteuertes Produktiveigentum“.<sup>49</sup> Ich will hier nicht wiederholen, was andere Kritiker hierzu bereits angemerkt haben,<sup>50</sup> aber

dieses Konzept ist weder theoretisch noch politisch haltbar. Als verteilungsintrovertiert und tauschfixiert, die Marktgesetze ignorierend und sich an eine substanzialistische Wertauffassung klammernd, ist es weder modern noch zukunftsweisend. Wertbegriff, Preisbildung, Einkommen, Austausch, Wettbewerb und andere Grundkategorien marktwirtschaftlichen Denkens bleiben unbestimmt bzw. sind diffus.

Joachim Bischoff und Christoph Lieber haben völlig recht, wenn sie in dem Äquivalenzökonomie-Konzept den untauglichen Versuch erblicken, die Probleme, an welchen die Reformbemühungen des realen Sozialismus gescheitert sind, nunmehr im 21. Jahrhundert auf eine „antimoderne und hinterwäldlerische Art und Weise“ lösen zu wollen.<sup>51</sup> Im Übrigen ist der über Geld vermittelte Gütertausch zu Marktpreisen vom Prinzip her *per definitonem* ein Äquivalententausch. Das Moment der Gerechtigkeit ist ihm daher prinzipiell immanent<sup>52</sup>, was jedoch nicht ausschließt, dass es in einzelnen Tauschakten immer wieder verletzt wird. Dies kann jedoch kein hinreichender Grund dafür sein, das Prinzip, also den Austausch zu Marktpreisen, abschaffen zu wollen.

Mit ihrem eigenwilligen Sozialismuskonzept fügen die Äquivalenzökonomien dem Arsenal unwirksamer linker Reformansätze einen weiteren hinzu. Sie reihen sich damit ein in die bis auf Pierre-Joseph Proudhon und Silvio Gesell zurückreichende Tradition der Geld-, Kredit-, Zins- und Marktgegner. So wie diese in den Denkfesseln eines „linken Geldfetischismus“<sup>53</sup> gefangen sind, so sind jene auf einen wertäquivalenten und gerechten Tausch fixiert, das heißt, auf die Bedingungen der Zirkulation. Sie übersehen

---

<sup>48</sup> Vgl. Dieterich, H.: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Berlin 2006. Die Idee für dieses Modell geht zurück auf Peters, A./Zuse, K.: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus? Gespräche mit Konrad Zuse, Berlin 2000.

<sup>49</sup> Ebd., S. 79.

<sup>50</sup> Vgl. Wenzel, S.: Sozialismus des 21. Jahrhunderts?, in: Utopie kreativ 191 (September 2006), S. 811–824.

---

<sup>51</sup> Bischoff, J. und Lieber, Ch.: Dritter Sozialismusversuch: Äquivalenzökonomie, in: Sozialismus 11/2006, S. 15.

<sup>52</sup> Vgl. Helmstädter, E.: Tauschgerechtigkeit – Zwei Erklärungsansätze im Vergleich, in: Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, Münster 1996, S. 307–323.

<sup>53</sup> Vgl. Busch, U.: Alternative Geldtheorien und linker Geldfetischismus, in: Utopie kreativ, Heft 160 (Februar 2004), S. 137–149.

dabei, dass der Mehrwert in der Produktion entsteht und es mithin vor allem die Bedingungen der Produktion sind, die es zu revolutionieren gilt. Alles andere ist Beiwerk. An den Bedürfnissen unserer Zeit, einer Umbruchphase des kapitalistischen Produktionsregimes, geht der Äquivalenztausch-Ansatz völlig vorbei. Dies leuchtet umso mehr ein, je stärker die angestrebte und für möglich gehaltene Lösung in einer sozialistischen Marktwirtschaft gesehen wird, in einem Wirtschaftsmodell also, worin Vergesellschaftung, Demokratie und Marktgesetze miteinander verbunden sind.

**Erhard Crome**

## **Überlegungen zu einem Sozialismus im 21. Jahrhundert**

Das Thema Sozialismus rückt erneut stärker in das Blickfeld gesellschaftspolitischer Debatten. Im Kern geht es darum, dass allenthalben die Gewissheit um sich greift, der rezente Kapitalismus schafft keine Lösungen gesellschaftlicher Probleme, sondern ist zu meist deren Ursache. Der Ruf nach Alternativen ist in den Sozialforumsbewegungen wie unter den politischen Linken, die sich in Parteien konstituieren und an Wahlen beteiligen, stärker geworden. Zugleich führt auch die Sozialdemokratie wieder einmal Programmdebatten. Der neue Vorsitzende Beck will seine Partei nach der Schröderschen Eiszeit offenbar wieder mit etwas linkerer Kosmetik versehen, zugleich aber die unter Schröder vollzogenen Anpassungen an die Zumutungen jenes Globalkapitalismus nicht in Frage stellen. Das führt dann zu sehr verschwommenen Formulierungen von sozialer Demokratie (anstelle von demokratischem Sozialismus), und über diejenigen, die derzeit wirklich die Macht haben, soll eher nicht geredet werden.

Auf der Linken wird in dieser Lage aber nicht frohgemut die Initiative ergriffen, sondern die ernst daherkommenden Bedenken trägt er nicht ab. Gewiss, das hat auch historische Ursachen. Immerhin hatte Erich Honecker in seiner Zeit schwadroniert: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“ Der Satz stammte, trotz seines ursprünglichen Bezuges auf die Geburt von Jesus Christus, so von August Bebel und drückte die feste Zukunftserwartung der damaligen sozialistischen Arbeiterbewegung aus. Ende der 1980er Jahre jedoch bewegte sich ein solcher Honecker-Spruch auf der gleichen Ebene, wie seine Ansage, die Mauer werde noch fünfzig oder hundert Jahre stehen. Im Westen wurde der Ochs-und-Esel-Satz auch prompt mit einer Karikatur beantwortet, in der Ochs und Esel am Abgrund stehen und zuschauen, wie der Karren des Sozialismus in selbigen hinunterstürzt.

Insofern stehen über allem Nachdenken über gesellschaftliche Alternativen, zumal, wenn

darunter eine sozialistische gedacht wird, heute die Erfahrungen des Scheiterns. Und gescheitert ist nicht nur der osteuropäische reale Staatssozialismus, sondern auch die nachhaltig gedachte Sozialstaatlichkeit, die die westeuropäische Sozialdemokratie nach dem ersten und verstärkt nach dem zweiten Weltkrieg verfolgt hatte. Sie hat am Ende vor der Macht des globalisierten Kapitalismus kapituliert und schließlich – siehe Schröder – selbst an der Demontage mitgewirkt, mit der Behauptung, sie würde „Schlimmeres verhüten“.

Auch die neue Linke in Deutschland tut sich teilweise schwer mit dieser Lage. Hat das Scheitern nicht zur Folge, dass man sich auf „den Boden der Realitäten stellen“ muss? Kann eine gesellschaftliche Alternative überhaupt als ganzheitliche gedacht werden? Heißt schrittweise vorgehen zu müssen nicht, sich in die Logik der obwaltenden Umstände zu begeben? Wenn das so wäre, dann ginge es in der Tat nur um einen Wettbewerb mit der Sozialdemokratie, wer denn nun behender „Schlimmeres verhütet“ und der Logik des Neoliberalismus folgt.

In der PDS war vor einiger Zeit ein „strategisches Dreieck“ ausgedacht worden: sich an der realen Politik zu beteiligen und ggf. mitzuregieren, sich mit den sozialen Bewegungen an den gesellschaftlichen Protesten zu beteiligen und zugleich einen Blick über den Realkapitalismus von heute hinaus zu entwickeln. Nur alle drei Seiten zusammen ergeben ein Ganzes, das Zukunftsperspektive und Alltagstauglichkeit verbindet. Die Positionen der Linkspartei etwa gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr erhalten ihr politisches Gewicht nicht aus der Größe der derzeit im Bundestag befindlichen linken Fraktion, sondern daraus, dass dies eine Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung dieses Landes ist, die zuvor nur nicht im Bundestag vorkam, weil die beiden Abgeordneten nach Geschäftsordnung diese Frage nicht auf die Tagesordnung setzen lassen konnten. Dazu bedurfte es der Fraktion. Bei einer Reihe von Themen der Sozial-

Renten- und Gesundheitspolitik ist es ähnlich; die Positionen der Linken drücken Forderungen aus, die von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt werden.

## Die Demokratiefrage

Die Möglichkeiten, sozialistische Lösungen für die im 21. Jahrhundert sich verschärfenden gesellschaftlichen Probleme herbeizuführen, richten sich zunächst nach den politisch relevanten Mehrheitsverhältnissen. Die neue Linke ist nicht dazu da, sich in einem Zehntel der Wählerschaft einzurichten, sondern neue gesellschaftliche Mehrheiten zu schaffen. Und dazu muss auch neu wieder über Sozialismus geredet werden, in einem ernsthaften, tiefen historischen Sinn.

Für die derzeitige Phase der Entwicklung des globalisierten Kapitalismus ist charakteristisch, dass die obersten Segmente der Gesellschaften in den USA und Westeuropa immer weniger Gefallen an Demokratie und Wahlen finden, weil sie sich dadurch in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sehen. Die Transnationalen Großunternehmen heutzutage sind ähnlich organisiert, wie es die frühkapitalistischen Handelsgesellschaften waren. Bei dem derzeitigen neoliberalen Grundverständnis von Arbeit und Kapital steht ein Menschenbild Pate, das aus der Sklaverei kommt. Die Verachtung gegenüber den Armen, Repression statt sozialer Integration, Gefängnisse statt besserer Schulen und Universitäten – all das findet hier seine Erklärung. Ende der 1980er/ Anfang der 1990er Jahre wurden andere, demokratische, kooperative, humanistische Auswege aus der Krise des Fordismus diskutiert. Stattdessen wurde ein Modell sozialer Polarisierung und sozialen Drucks, steigender Arbeitshetze für die einen und wachsender Arbeitslosigkeit für die anderen durchgesetzt.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland ist von 29,3 Millionen Menschen im Jahre 1992 auf 26,2 Millionen 2005 gesunken. Allein seit 2001 sind über 1,6 Millionen reguläre Stellen verloren gegangen. Zugleich jedoch nehmen die sogenannten Mini-Jobs zu. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit zählt derzeit 3,9 Millionen Vollzeitarbeiter zur Gruppe der Niedriglohnbeschäftigten; das Wirtschafts- und Sozi-

alwissenschaftliche Institut der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung 7,8 Millionen. Das Nettovermögen in Deutschland ist dagegen von 1998 bis 2003 um etwa ein Fünftel auf rund fünf Billionen Euro gestiegen. Nur hat die Mehrheit der Bevölkerung davon nichts abbekommen. Die zehn Prozent der reichsten Haushalte kamen 1993 auf 45 Prozent des gesamten Nettovermögens in Deutschland, 2003 auf 47 Prozent, das heißt der Anteil der „übrigen“ neunzig Prozent der Bevölkerung sank von 55 auf 53 Prozent, wobei die ärmsten zehn Prozent der Haushalte 1993 in Höhe von 0,2 Prozent des gesamten Nettovermögens verschuldet waren, 2003 dagegen in Höhe von 0,6 Prozent. Der Reichtum der Reichen vergrößert sich auf Kosten der Armen. Der Anteil der Armen an der Bevölkerung in Deutschland stieg von 11,7 Prozent im Jahre 1993 auf 13,5 Prozent 2003. (In der alten BRD waren es 1973 8,7 Prozent.) Sieht man sich die vorliegenden Angaben genauer an, so waren in Westdeutschland etwa fünf Millionen Beschäftigte im „Niedriglohnsektor“ tätig und in Ostdeutschland etwa eine Million. Ihr Anteil an den abhängig Beschäftigten liegt damit über einem Fünftel (20,5 Prozent im Westen, 22,5 Prozent im Osten). Dabei hat diese Form der Unterbezahlung ein deutlich „weibliches Gesicht“: Zu Niedriglöhnen arbeiten 29,6 Prozent aller beschäftigten Frauen und 12,6 Prozent der Männer.

In den USA können wir ähnliche Entwicklungen sehen: Das Einkommen der bestverdienenden 25 Prozent der Haushalte stieg in den 1980er und 1990er Jahren um 16 Prozent, das der unteren 25 Prozent sank um sieben Prozent. Vierzig Millionen USA-Bürger leben unter der Armutsgrenze. Auch dort zeigen alle Analysen, es liegt vor allem an der steigenden Zahl von Billigjobs im Dienstleistungsbereich, dass man immer weniger von seiner Arbeit leben kann. An die Stelle der Regelarbeitsplätze des Fordismus, die eine relative perspektivische Sicherheit und Absicherung boten, treten unsichere, kurzfristige, oft prekäre Arbeitsplätze. André Gorz hat diesen Entwicklungsprozess bereits Ende der 1980er Jahre beschrieben und besonders darauf verwiesen, dass wir es mit der „Wider-

geburt einer Dienstbotenklasse“ zu tun haben.<sup>54</sup>

Das historische Vorbild dafür ist im vormodernen 19. Jahrhundert zu suchen, nicht nur in Ostelbien, auch im Herrenhaus der Südstaaten der USA vor dem Bürgerkrieg. Mit dem Neoliberalismus sind wir in eine Phase historischen Rückschritts eingetreten, im Vergleich zu dem, was der Fordismus bereits gebracht hatte und was aus seiner Schlussphase heraus möglich gewesen wäre. Es ist eine Feudalisierung der kapitalistischen Gesellschaft im Gange. Im Zentrum steht die neue Aristokratie.

Vielleicht haben die menschlichen Gesellschaften einen Zyklus, der zur Aristokratisierung tendiert. Die Kolonen, die ursprünglich freie Ackerbauern bzw. Kolonialbürger waren, wurden in der Spätphase des Römischen Reiches, als Kaiser Diokletian (284-305) seine Reichsreformen machte, erblich an die Scholle gebunden und faktisch den Sklaven gleichgesetzt, während die Großgrundbesitzer immer reicher wurden. Im europäischen Feudalismus reagierten die Grundherren auf die Verlockungen, die durch die bunte Warenwelt im Gefolge der großen Entdeckungen und der Ausweitung des Handels und des Manufakturwesens auf sie einströmten, dadurch, dass sie mehr aus ihren Gütern und ihren Grundherrschaften herausholen wollten; die Folge war die Wiedereinführung der Leibeigenschaft oder die sogenannte zweite Leibeigenschaft, mittels derer die Bauern ihres zuvor eigenen Bodens verlustig gingen und in der adligen Eigenwirtschaft schlimmer ausgebeutet wurden, als es zuvor die Fron war. Die Konzentration des Eigentums führt zu einer Polarisierung der Gesellschaft, die dazu tendiert, sie zu sprengen.

Die Aristokratisierung ist der soziale Ausdruck jener Konzentration. Und sie schränkt das Leben und die Freiheit der ihr Ausgesetzten ein. Die Freiheit der vielen hat die Zurückdrängung der aristokratischen Tendenz zur Voraussetzung.

Sozialismus im 21. Jahrhundert heißt, neu über die Freiheit zu reden, ihn von der Freiheit des Menschen her zu denken, und von

hier auch die Fragen nach Demokratie und Eigentum zu stellen.

## Die Eigentumsfrage

Die Suche nach Alternativen ist auch in Bezug auf die Wirtschaft erneut zu einem drängenden Streben geworden, die Frage einer sozialistischen Verfasstheit der Wirtschaft steht wieder neu. Doch handelt es sich hier um eine wirkliche Suchbewegung, nicht darum, auf den neuen Guru zu warten, der über das Wasser gelaufen kommt, um uns seinen Stein des Weisen zu zeigen. Insofern sind nur Richtungen der Suche anzugeben, nicht fertige Lösungen. Aus meiner Sicht sind derzeit fünf wichtige Richtungen hervorzuheben.

1. Das „Wertgesetz“, wonach sich Waren gemäß der zu ihrer Produktion aufgewandten Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeit, also entsprechend ihren Wertgrößen austauschen, kann nicht „außer Kraft gesetzt werden“. Das ist eine der wesentlichen Schlussfolgerungen aus dem gescheiterten Realsozialismus in der DDR und anderen sozialistischen Ländern. Dieses Wertgesetz setzt sich nicht anders um als über Märkte, auf denen das Verhältnis von Angebot und Nachfrage wirkt, und über Ware-Geld-Beziehungen. Produktion, Verteilung, die Sphäre der Warenzirkulation und der Konsum der breiten Masse der Bevölkerung können nur angesichts der dafür vorhandenen Institutionen des Marktes und auf dem Markt reguliert werden, nicht indem man intellektuell andere Systeme auszutüfteln versucht, die nur mit „der Macht“ und nicht mit der Logik der wirtschaftlichen Verhältnisse durchzusetzen wären.

Das internationale Kapital hat nach 1989 vor allem die Aufblähung der internationalen Finanzsphäre genutzt und das Netz der dafür geschaffenen supranationalen Institutionen, wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IMF), Welthandelsorganisation (WTO), ausgebaut, um die wirtschaftliche Regelungskompetenz der Nationalstaaten, vor allem ihre wohlfahrtsstaatliche Ausrichtung, zu demontieren. Insofern muss es eine der ersten Forderungen sein, die Rolle dieser Finanzsphäre wieder zu verringern und die nationalstaatliche Kompetenz für Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückzugewinnen. Mit anderen Worten: die Marktinstitutionen müssen nicht

---

<sup>54</sup> Gorz, A.: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Rotbuch Verlag, Berlin 1990, S. 21.

abgeschafft, sondern in ihrer Wirkungsweise verändert werden.

2. Joseph Schumpeter wurde bereits vor dem ersten Weltkrieg dafür international bekannt, dass er eine Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung vorgelegt hatte. Den stationären Modellen der bürgerlichen Nationalökonomie stellte er eine dynamische Sicht entgegen, die nicht nur den Kreislauf der Wirtschaft, sondern ihre Entwicklung, die Konjunkturen und Krisen, den historischen Trend erklärte. Dabei spielen „Unternehmer“ als treibende Kräfte des wirtschaftlichen Fortschritts eine wesentliche Rolle. Es sind sozusagen Pionierunternehmer, die neue technische Entwicklungen oder organisatorische Lösungen von technischen oder wirtschaftlichen Problemen finden und diese in neue Konsumgüter und Produktionsmittel, in neue Produktions- oder Transportmethoden, in neue Märkte oder in neue Formen der industriellen Organisation umsetzen.<sup>55</sup> Derlei Vorstellung wird in kapitalismuskritischen Kreisen gern belächelt, und in den Klatschspalten der Boulevardpresse finden sich stets genügend Beispiele von reichen Gestalten, die nicht-selbstverdientes Geld verprassen und nicht den Hauch einer Idee in ihrem gesamten Leben zu entwickeln vermögen. Das Bild vom protzenden dummen Reichen ist bei näherem Hinsehen jedoch nicht aussagekräftiger, als das von den faulen, arbeitslosen Armen, die an ihrem Schicksal selbst schuld seien, wie es die neoliberal gelenkte Presse uns täglich einzureden versucht.

Wenn wir die Geschichte des Unternehmertums, etwa Berlins am Ende des 19. Jahrhunderts, nehmen, finden wir eine ganze Reihe von Personen, die tatsächlich neue technische oder wirtschaftsorganisatorische Ideen hatten, und diese dann umsetzten, nicht zuletzt zum eigenen Gewinn. Und wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass Leute wie Bill Gates im 20. Jahrhundert nicht viel anders waren. Das bedeutet: der Kapitalismus hat eine ununterbrochene Umwälzung der Produktion hervorgebracht – und es war zuerst Marx, der diese ständige Veränderung als natürliche Daseinsweise des Kapitalismus dargestellt hat. Auf ihn bezieht sich Schum-

peter ausdrücklich. Doch dieses Umwälzen vollzieht sich nicht durch einen blinden Mechanismus, es braucht Akteure, eben Leute, die etwas unternehmen, das Risiko auf eigene Kappe nehmen und deshalb auch zusätzlichen Gewinn für sich beanspruchen. (Das war, wenn wir die Geschichte des Industriekapitalismus in Deutschland ansehen, vielfach durchaus etwas anderes, als wenn sich heute Hedge-Fonds-Manager und ihre Beratungsagenturen hinstellen und sagen, das gleiche Gesamtprodukt der Firma solle künftig von der Hälfte der Belegschaft bewältigt werden, und die anderen sollen nach Hause gehen.) Dieses Unternehmertum in seinem ursprünglichen Sinne war in der sozialistischen Planwirtschaft systemisch beseitigt worden.

In einer seiner ersten öffentlichen Äußerungen, noch während der ‚Wende‘ in der DDR, hat Peter Ruben diesen Gedanken, angelehnt an Schumpeter, wie folgt entwickelt: „Warum ist die ökonomisch souveräne Person (und sie ist souverän als Vertragspartner sowohl anderer Personen als auch gegebener Gemeinschaften) für eine Volkswirtschaft so wesentlich? Das ist deshalb der Fall, weil alle Erfindungen und Entdeckungen durch Individuen, durch persönliche Tätigkeit in reelle Existenz treten. Gemeinschaften haben wohl Gemeinsinn, common sense, aber Gemeinschaften denken nicht, sondern sind zur Entwicklung ihres Bewusstseins auf das individuell realisierte Denken und daher Erkennen angewiesen. Erfindungen und Entdeckungen unterstellen Denken und Erkennen und gehen ebendeswegen von den Individuen aus. Daher ist das Innovationspotential einer Volkswirtschaft in eben dem Maße gebildet, in dem individuelle Erfindungen und Entdeckungen zum Zuge kommen können. Das bedeutet insbesondere die reale Möglichkeit für Entdecker und Erfinder, ihre Ideen und Erkenntnisse durch sofortigen Zugriff auf materielle Produktionsmittel der Kritik des gesellschaftlichen Austauschs, d.h. des Weltmarkts, unterwerfen zu können. Das Risiko dieser Unterwerfung trägt natürlich der Eigentümer der zur ökonomischen Realisierung (d.i. die Innovation im Sinne Schumpeters) verwendeten und verbrauchten Produktionsmittel, im Falle der Eigentumslosigkeit des Erfinders also der Kreditgeber. Aber das Risiko ist Kennzeichen jeder versuchten Neuerung, muss daher unter allen sozialöko-

---

<sup>55</sup> Schumpeter, J.A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Francke Verlag, Tübingen 1987, S. 136 ff.

nomischen Bedingungen getragen werden. Und es gibt gute ökonomische Lehren über Risikominderung genug, so dass hier dazu weiter nichts zu sagen ist. Wichtig ist mir allein die These, dass das volkswirtschaftliche Innovationspotential mit der ökonomischen Anerkennung der Persönlichkeit des Menschen steht und fällt.“<sup>56</sup> Das war übrigens bereits damals von Ruben nicht als Erklärung für das Nicht-Funktionieren der DDR-Wirtschaft gemeint, sondern als Anregung zum Nachdenken darüber, wie ein Sozialismus, der diesen Namen verdient, funktionieren könnte.

3. Der Kredit, den der Innovator braucht, muss nicht unbedingt von einer privaten Bank kommen. Es ist eine neoliberale Verkürzung, umgekehrt zu der früheren marxistisch-leninistischen, das Privateigentum stets entweder als verallgemeinert oder als abgeschafft zu sehen. Das heißt: dort, wo es um die „Innovationsmaschine“ der Volkswirtschaft und damit der Gesellschaft geht, bedarf es der ökonomisch souveränen Person, dort aber, wo es um die private Aneignung von Zins, Grundrente usw. geht, nicht. Diese Differenzierung hat übrigens auch schon Schumpeter gesehen. Bei seinen Überlegungen zum Sozialismus sammelt er nicht nur Argumente, was alles nicht gehen kann, sondern stellt auch Betrachtungen über Funktionalitäten an. In seinem Gedankenexperiment von 1942 lässt er die Schaffung von Gemeineigentum sich in Großbritannien durchsetzen, und stellt fest: „Folgende Gebiete des Wirtschaftslebens könnten sozialisiert werden, ohne ernstliche Einbuße an Leistungsfähigkeit oder ernsthafte Rückwirkungen auf die Gebiete, die der privaten Führung zu belassen sind.“ Und dann nennt er (a) das Bankwesen, (b) das Versicherungswesen, (c) die Eisenbahn und das zentrale Transportwesen, (d) die „Nationalisierung der Bergwerke“, (e) die Nationalisierung der Erzeugung, Übertragung und Verteilung der elektrischen Energie, (f) die Eisen- und Stahlindustrie und (g) die Bau- und Baumaterialienindustrien.<sup>57</sup> In glei-

chem Sinne nennt Ruben auch das Gemeineigentum an Grund und Boden; alle Fragen der Bodennutzung können durch Pachtverträge ausgestaltet werden.

Hier soll jetzt nicht das Für und Wider von Gemeineigentum in den einzelnen Wirtschaftsbereichen diskutiert werden. Wichtig ist, dass unter Berücksichtigung einer sachdienlichen Lösung des Innovationsproblems auch die Frage der Schaffung von Gemeineigentum wieder neu steht und von den Sozialisten zu stellen ist. Interessant in diesem Zusammenhang ist zudem, dass im Zuge der neoliberalen Privatisierungen ja gerade Bereiche angeeignet werden, die nie oder nur punktuell privat betrieben wurden (Wasser, Stromversorgung, öffentlicher Nahverkehr, Rentenvorsorge, Bildungswesen usw.), das heißt vor allem Gebiete, die der Daseinsvorsorge der Menschen dienen. Vielfach ist dies Aneignung durch Enteignung – der Kommunen, der regionalen Gemeinschaften, in Lateinamerika oder Indien indigener Gemeinschaften, z.B. durch Patentierung traditioneller Getreidesorten usw. Diese Privatisierungen bringen in der Regel keine Verbesserung der Erzeugnisse und Leistungen mit sich, statt dessen Verschlechterungen und Preissteigerungen für die Konsumenten sowie Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Lohnsenkungen für die dort Tätigen. Das alles hat mit Innovationserfordernissen nichts zu tun. Das Plädoyer für die Ermöglichung des privaten Risikos dort und die Frage von Enteignungen in anderen Bereichen, die mit der öffentlichen Daseinsvorsorge und Erfordernissen einer gesamt-volkswirtschaftlichen Rationalität anstelle einer rein betriebswirtschaftlichen zu tun haben, sind zwei völlig verschiedene Angelegenheiten und für Überlegungen für eine sozialistische Ökonomie grundsätzlich voneinander zu trennen.

4. Sozialistische Wirtschaft der Zukunft wird notwendig und dauerhaft eine gemischte Wirtschaft sein müssen. Gemeineigentum ist hier nur in sehr engen Grenzen als staatlich geleitete oder kontrollierte Wirtschaft zu denken, die in bestimmten Bereichen sicher notwendig bleibt (Elektroenergie, Transportwesen), ansonsten wird es vielfältige, oft genossenschaftlich organisierte Produktionsweisen geben müssen, in einer uns vielfach heute noch nicht vorstellbaren Breite.

5. Die in der Gesellschaft insgesamt sich qualitativ verstärkende Demokratisierung wird

---

<sup>56</sup> Ruben, R.: Was ist Sozialismus? Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum an Produktionsmitteln, in: Initial. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Heft 2/1990, S. 118.

<sup>57</sup> Schumpeter, J. A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, a.a.O., S. 366 ff.

auch in der und in Bezug auf die Wirtschaft weiter um sich greifen. Das heißt breiteste Teilhabe aller Betroffenen an allen Entscheidungen. Das übergeordnete Ziel muss die gleichberechtigte und reale Teilhabe aller Menschen der Gesellschaft an dem von ihr produzierten Reichtum und den jeweils gegebenen Möglichkeiten der Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung sein. In diesem Sinne gilt es, das Recht auf Arbeit wie das Recht auf Faulheit gleichermaßen und für alle gerecht zu verwirklichen. Das ist kein Schlaraffenland, sondern die Voraussetzung von Freiheit.

## **Literatur**

Gorz, A.: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Rotbuch Verlag, Berlin 1990

Ruben, R.: Was ist Sozialismus? Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum an Produktionsmitteln, in: Initial. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Heft 2/1990

Schumpeter, J. A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen 1987: Francke Verlag

## Sozialismus im 21. Jahrhundert und Äquivalenzökonomie

### Einleitung

Nachdenken über Sozialismus im 21. Jahrhundert? Zugegeben, nicht Wenigen erscheint dies heute angesichts der historischen Zeitenwende von 1989/90, des Siegeszuges des globalen Kapitalismus, der Dominanz des Neoliberalismus in Politik, Ideologie und Alltagsbewusstsein, kurz: angesichts eines vermeintlichen „Endes der Geschichte“ (Francis Fukuyama) recht abwegig.

Doch es gilt eine erstaunliche Tatsache zu registrieren: Am Beginn des neuen Jahrhunderts gibt es wieder – entgegen anders lautenden Prognosen – einen ernsthaften Diskurs über Sozialismus. National wie international thematisieren Parteien wie Intellektuelle, soziale Bewegungen wie WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Provenienz Leistungen und Elend, Strukturen und Konzepte des alten, verblichenen Sozialismus. Und vor allem – sie begeben sich zugleich auf die Suche nach einem neuen, einem Sozialismus im 21. Jahrhundert. Sie fragen nach seinen Chancen und Perspektiven, seinen möglichen Pfaden und programmatischen Profilen.

Eine kürzlich vorgenommene Recherche in den Suchmaschinen von Google förderte bei der Eingabe des Stichwortes „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ immerhin mehr als 34.100 Einträge zutage. Unter diesen fanden sich beispielsweise auch Verweise auf Helga Grebing<sup>58</sup> wie auf To-

mas Moulian<sup>59</sup>, auf programmatische Erklärungen der JUSO-Hochschulgruppe Eichstätt-Ingolstadt wie auf Aktivitäten der Rosa-Luxemburg-Stiftung, auf Veranstaltungen der Leipziger Gruppe „Wege aus dem Kapitalismus“ wie auf Juan Forero<sup>60</sup>, auf Heinz Dieterich<sup>61</sup> wie auf Joachim Bischoff/Christoph Lieber<sup>62</sup>, auf Siegfried Wenzel<sup>63</sup> und Erhard Crome<sup>64</sup>.

Keine Frage: Die dramatischen Folgen der neoliberalen Durchkapitalisierung der Welt von heute, ihrer unter US-Ägide in Angriff genommenen imperialen Neuordnung haben vielerorts Widerstand hervorgerufen. Und sie haben insbesondere Fragen nach Alternativen für Wirtschaft und Gesellschaft auf die politische Agenda gesetzt. Exemplarisch hierfür sind etwa Entwicklung und Aktivitäten der weltweiten Globalisierungskritik in Gestalt des Weltsozialforums sowie der politische Aufbruch sozialer Bewegungen und linker Kräfte, in Lateinamerika, gerade in Brasilien, Venezuela, Bolivien und Ecuador. Ihrem Kampf gegen Finanzmarkt-Kapitalismus und Neoliberalismus sowie für „eine andere

---

<sup>58</sup> Grebing, H.: Sozialismus im 21. Jahrhundert – Programmatische Konturen, in: Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Herausgegeben von Dowe, D., Bonn 2001.

<sup>59</sup> Moulian, T.: Ein Sozialismus für das 21. Jahrhundert. Der fünfte Weg, Zürich 2003.

<sup>60</sup> Forero, J.: Chavez verändert Venezuela – mit seinem Sozialismus des 21. Jahrhunderts, in: The New York Times/Znet 03.11.2006.

<sup>61</sup> Dieterich, H.: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus, Berlin 2006.

<sup>62</sup> Bischoff, J./Lieber, Ch.: Dritter Sozialismusversuch: Äquivalenzökonomie?, in: Sozialismus, Heft 11/2006.

<sup>63</sup> Wenzel, S.: Sozialismus des 21. Jahrhunderts?, in: Utopie kreativ, Heft 11, September 2006.

<sup>64</sup> Crome, E.: Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft, Berlin 2006.

Welt“ gab zunächst Hugo Chavez, Präsident von Venezuela, eine starke visionäre Orientierung mit seinem Aufruf, den „Pfad des Sozialismus des neuen Jahrhunderts“ zu beschreiten.

Natürlich provoziert die Suche nach einem neuen Sozialismus im neuen Jahrhundert eine Vielzahl von Fragen: Sprechen wir von „dem“ oder von „einem“ Sozialismus des 21. Jahrhunderts oder doch besser von Sozialismus „im“ 21. Jahrhundert? In welchen „Varianten“, „Typen“ oder „Farben“ könnte er oder wird er existieren? Wer sind vor allem seine Träger und Akteure? Welche theoretisch-konzeptionellen Grundlagen geben ihm die entscheidenden Prägungen? Welchen Theorie- und Politiktraditionen wird er vor allem verpflichtet sein? Und natürlich: Welche Wirtschaftsweise prägt im entscheidenden Maße sein Profil? Welche ökonomischen Strukturen und Lenkungsmechanismen, welche wirtschaftspolitischen Steuerungsinstrumente werden im Zentrum stehen? Schließlich: Welche ökonomischen Leitideen werden vor allem den Aufbau und die Entwicklung einer sozialistischen Ökonomie im neuen Jahrhundert bestimmen?

## 2. Ein Anstoß der ökonomischen Debatte um einen neuen Sozialismus

Zu jenen TheoretikerInnen, die den aktuellen internationalen Diskurs über programmatisches Profil und strukturelle Verfasstheit eines neuen Sozialismus, gerade auch für die höchst wichtige Ökonomie, wissenschaftlich inspiriert, politisch stimuliert und auch kontrovers orientiert haben, gehört der in der Hauptstadt Mexikos lehrende Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler Heinz Dieterich.

Vor allem in drei jüngst publizierten Arbeiten<sup>65</sup> präsentiert er, sekundiert durch Beiträge seiner Mitstreiter Paul Cockshott und

---

<sup>65</sup> Dieterich, H.: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, a.a.O.; Dieterich, H.: Neues historisches Projekt, in: Beiträge zur XI. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz, Berlin 2006; Dieterich, H. et al.: Kuba – nach Fidel. Kann die Revolution überleben? Berlin 2006.

Allin Cottrell<sup>66</sup> sowie gestützt auf Ideen und Abhandlungen von Arno Peters über das Äquivalenzprinzip<sup>67</sup> und Arno Peters/Konrad Zuse über den „Computer-Sozialismus“<sup>68</sup>, die Fundamente seiner Äquivalenzökonomie. Sie steht mit im Zentrum des von ihm ausgemachten „Neuen Historischen Projekts“, der „Partizipativen Demokratie (Sozialismus des 21. Jahrhunderts)“, das den historisch verbrauchten Projekten von Industriekapitalismus und Realsozialismus nachfolgen soll. Seinen Essay<sup>69</sup> versteht Dieterich als einen gewichtigen Beitrag „zur kollektiven Konstruktion des neuen Sozialismus“, als „Geburtshelferin für das neue Subjekt universaler Emanzipation“.<sup>70</sup>

Ungeachtet der durchaus kritischen Rezeption des Konzepts der Äquivalenzökonomie kommt Heinz Dieterich & Co. das Verdienst zu, die ökonomische Debatte um einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts mit angestoßen zu haben – selbst wenn die vorgelegten Analysen, die konzeptionellen Überlegungen sowie die damit verbundenen politischen Implikationen problematisiert werden. In diesem Kontext ist auf jeden Fall festzuhalten: *Erstens* arbeiten sie in ihrem Konzept treffend und realistisch Widerwärtigkeiten und Konflikte des Kapitalismus, die Dysfunktionen und Blockaden seiner Marktökonomie sowie des damit verbundenen makroökonomischen Lenkungs- bzw. Koordinationsmechanismus heraus.

*Zweitens* benennen sie unter analytischem Aspekt zutreffend eine Reihe von grundle-

---

<sup>66</sup> Vgl. Cockshott, P.: Die Technik des Sozialismus existiert, in: Beiträge zur XI. Rosa-Luxemburg-Konferenz, Berlin 2006; Cockshott, P./Cottrell, A.: Alternativen aus dem Rechner. Für sozialistische Planung und direkte Demokratie, Köln 2006 (Engl. Version: Towards a New Socialism, Nottingham 1993).

<sup>67</sup> Peters, A.: Das Äquivalenzprinzip als Grundlage der Globalökonomie, Vaduz 1996.

<sup>68</sup> Peters, A./Zuse, K.: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus? Gespräche mit Konrad Zuse, Berlin 2000.

<sup>69</sup> Dieterich, H.: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, a.a.O.

<sup>70</sup> Ebenda, S. 22.

genden strukturellen Defiziten des Realsozialismus und seiner Planökonomie, so u.a. das Fehlen politischer und ökonomischer Demokratie, die Fiktion von der produktiven Funktion des Volkseigentums, seiner stimulierenden Wirkung auf den sozialistischen Eigentümer.

*Drittens* vermögen sie überzeugend darzulegen, dass moderne sozialistische Ökonomie und hohes Entwicklungsniveau der gesellschaftlichen Produktivkräfte nicht voneinander zu trennen, also nur gemeinsam zu denken sind.

*Viertens* ist Heinz Dieterich unbedingt zuzustimmen, dass eine sozialistische Ökonomie „drei zum Teil im Widerspruch zueinander stehenden Imperativen genügen (muss): sie muss sozial gerecht, demokratisch und effizient sein“<sup>71</sup>.

Finden diese Positionen meine Zustimmung, so gilt es zugleich zu einer Reihe von Fragen, vor allem zum Kern der Konzeption von Dieterich & Co., der Äquivalenzökonomie und ihrer Logik, ernsthaften Widerspruch anzumelden.

### **3. Demokratisch geplante Äquivalenzökonomie – ein problematischer ökonomischer Ansatz für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert**

Nachdem Heinz Dieterich – völlig zu Recht der zweifellos zentralen Frage der Gerechtigkeit auf der Spur – in der Geschichte vor allem zwei „häufig kombinierte Methoden“ registriert hat, mit deren Hilfe letztlich vergeblich versucht wurde, „wirtschaftliche Gerechtigkeit zu erlangen“, nämlich zum einen „die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums über den Staat“ und zum anderen „die Verstaatlichung der Produktionsmittel“<sup>72</sup>, bietet er nun „eine dritte, qualitativ neue Strategie“ an. Sie firmiert unter dem Begriff „demokratisch geplante Äquivalenzökonomie“.

Danach werden „soziale und ökonomische Gerechtigkeit nicht mehr primär über die Intervention des Staates geschaffen“, sondern durch die Institutionalität des Wirtschaftssystems selbst. Es handelt sich um eine dem Wirtschaftssystem immanente gesellschaftliche Lösung des Problems, nicht eine extern staatliche.“<sup>73</sup> „Vorbedingung“ für das Beschreiten dieses neuen Pfades zu einer sozialistischen Ökonomie des 21. Jahrhunderts, der „auf der ausschließlichen Wertbestimmung und dem Austausch real verausgabter Arbeitsleistungen beruht, ist die Kenntnis des objektiven Wertes von Produkten und Dienstleistungen“<sup>74</sup>.

Das Konzept von der Äquivalenzökonomie zeichnet sich vor allem durch zwei Leitideen aus. Die *erste Leitidee* besteht darin, dass in marktvermittelten Gesellschaften, vor allem in der modernen kapitalistischen Marktökonomie ein „nichtäquivalenter Austausch“ die Gesamtheit der ökonomischen Beziehungen bestimme und daher die wesentlichste Ursache für die tiefe Spaltung der Gesellschaft, für ihre sozialen und ökonomischen Verwerfungen und Ungerechtigkeiten sei. Für politische Akteure ergibt sich als strategische Konsequenz dieser theoretischen Aussage, Nichtäquivalenz durch Äquivalenz im Austausch zu ersetzen. Es wird demzufolge angenommen, dass mit diesem Übergang die Gleichwertigkeit, die unmittelbare Entsprechung von Wert und Preis, von Leistung und Gegenleistung hergestellt und damit die entscheidende ökonomische Grundlage des „Neuen Historischen Projekts“ etabliert werde.

Programmatisch heißt es in der Diktion von Heinz Dieterich: „Über Werte und Preise gibt es nun seit hundert Jahren eine heiße Diskussion. Ich denke, es sind zwei völlig verschiedene Logiken. Die Preisgestaltung erfolgt nicht ... über Angebot und Nachfrage, sondern der Preis ist im Wesentlichen eine Funktion der Marktstärke ... Die Messung des Wertes der Ware über den Wert ... über die investierte Zeit, hat ein völlig anderes, objektives Er-

---

<sup>71</sup> Dieterich, H.: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, a.a.O., S. 107.

<sup>72</sup> Ebenda, S. 107/108.

---

<sup>73</sup> Ebenda, S. 108.

<sup>74</sup> Ebenda.

gebnis zur Folge ... Wir müssen also in der neuen Ökonomie weg von der Preiswirtschaft. Solange wir keine neue Ökonomie haben, die Werte misst, sondern die Preise, haben wir keinen Sozialismus.“<sup>75</sup> Und an anderer Stelle formuliert er: „Die Herstellung einer gerechteren sozialistischen Ökonomie mittels des Austausches gleicher (äquivalenter) Arbeitsaufwendungen verläuft: a) über die Bestimmung der objektiven Werte und b) über die Verwirklichung des Austausches gleicher (äquivalenter) Werte“, wobei der Wert „als die in einem Produkt oder in einer Dienstleistung real enthaltene direkte und indirekte Arbeitszeit (abstrakte Arbeit)“ verstanden wird.<sup>76</sup>

Beim „entscheidenden Schritt für den Übergang zum Sozialismus“ komme es also darauf an, „den für die Bourgeoisie lebenswichtigen privatwirtschaftlichen Planungsmechanismus des Marktes zu ersetzen durch die demokratisch koordinierte kybernetische Regulation der unmittelbaren Produzenten“<sup>77</sup>. Der „Markt und sein Preiskalkül als fünftausendjähriger, obsoleter Modus der Ressourcenverteilung“ seien abzulösen „durch Mehrheitsdemokratie und wertökonomisch operierendes, elektronisch gesteuertes gesellschaftliches Produktiveigentum“<sup>78</sup>.

Die *zweite Leitidee* besagt, dass der Übergang zur Äquivalenzökonomie im Grunde erst heute angesichts umfassender Computerisierung von Wirtschaft und Verwaltung möglich sei. Die vergleichsweise bescheidene Technikausstattung in den Lenkungsinstanzen der realsozialistischen Planökonomie musste eine wirksame Ausübung von Steuerungs- und Koordinationsfunktionen von vornherein begrenzen.<sup>79</sup> Da heute auf der Ebene der Volkswirtschaft wie der Unternehmen die Erfassung der in den Gütern und Dienstleistungen steckenden Arbeitsmengen

angesichts modernster elektronischer Rechenteknik und Datenverarbeitung kein Problem mehr sei, demzufolge auch aktuelle Parameterveränderungen in den Kosten und Wertrelationen adäquat zu erfassen sind, wären sowohl äquivalente Austauschbeziehungen wie auch die Voraussetzungen für Flexibilität und rasche Reaktion der Wirtschaftssubjekte gegeben. So erklärt sich auch die Auffassung von Paul Cockshott: „Die Technik des Sozialismus existiert“<sup>80</sup> und es sei zudem evident, „in welchem Ausmaß die moderne Computertechnologie die Möglichkeit verändert hat, eine sozialistische Planwirtschaft zu organisieren“<sup>81</sup>.

Warum betrachte ich nun die von Dieterich & Co. vorgestellte „demokratisch geplante Äquivalenzökonomie“ als problematischen ökonomischen Ansatz für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert? Anknüpfend an eine Reihe substantieller Kritiken<sup>82</sup> sollen in knapper Form fünf Einwände vorgebracht werden. *Erstens* – und dies betrifft die analytische Dimension der Frage nach der Dysfunktionalität und Instabilität sowie dem letztlichen Scheitern der realsozialistischen Planökonomie – sind die diesbezüglichen Ursachen und die praktischen historischen Erfahrungen nur ungenügend verallgemeinert bzw. theoretisch auf den Punkt gebracht. Im Kern werden die in den ökonomischen und politischen Strukturen des Systems verankerten Blockaden auf technisch-instrumentelle Probleme der Planung der Volkswirtschaft, auf zeitweilige Grenzen bei der Operationalisierung der Wertkategorien in unakzeptabler Weise reduziert. Die genetisch bedingten Sys-

---

<sup>75</sup> Dieterich, H.: Neues historisches Projekt, a.a.O., S. 11.

<sup>76</sup> Dieterich, H.: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, a.a.O., S. 145.

<sup>77</sup> Ebenda, S. 79.

<sup>78</sup> Ebenda.

<sup>79</sup> Vgl. Dieterich, H.: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, a.a.O., S. 95 ff.

---

<sup>80</sup> Cockshott, P.: Die Technik des Sozialismus existiert, a.a.O., S. 12.

<sup>81</sup> Ebenda.

<sup>82</sup> Vgl. u.a. Wenzel, S.: Sozialismus des 21. Jahrhunderts?, a.a.O.; Bischoff, J./Lieber, Ch.: Dritter Sozialismusversuch: Äquivalenzökonomie?, a.a.O.; Feldmann, H.: Heinz Dieterich, Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus (Rezension), in: Utopie kreativ, Heft 188, Juni 2006.

temfehler der Zentralplanökonomien bleiben außen vor.<sup>83</sup>

*Zweitens* offenbart die Erklärung der fundamentalen Unterschiede zwischen kapitalistischer Marktökonomie und sozialistischer Ökonomie vorzugsweise aus der Perspektive des Tausches, aus der Optik der Zirkulationssphäre ein erheblich eingeschränktes Verständnis von der Komplexität und Verwobenheit des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse und speziell der herausragenden Bedeutung der jeweils spezifischen Bedingungen der Produktion von Wert und Mehrwert/Mehrprodukt bzw. von Gütern und Dienstleistungen. Ein vor allem tauschfixierter Ansatz, der die Mystifikationen der Zirkulation nicht zu durchbrechen vermag, bietet keinen wirklich produktiven Zugang zu den Erfordernissen einer nachhaltigen, innovativen und effizienten Ökonomie des Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Und: er liefert eine scheinbar schlüssige „theoretische“ Begründung für eine „Abschaffung“ oder „Einschränkung“ von Markt, Geld und Preis – die negativen Erfahrungen aus der Geschichte der Planökonomie mit einer solchen Sicht und Politik sind gegenwärtig!

*Drittens* operiert das Konzept von der Äquivalenzökonomie gesamtwirtschaftlich mit der Annahme vom permanenten „ungerechten Tausch“. Es reproduziert in neuer Weise das bereits von Karl Marx widerlegte, einst von William Thompson, Pierre Proudhon und Ferdinand Lassalle in Debatte gebrachte Theorem vom „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“. Dabei sind es die spezifischen Bedingungen kapitalistischer Produktion und Akkumulation, des besonderen Gebrauchswertes der Ware Arbeitskraft, die den Surplus aus den „normalen“, natürlich auch in der Zirkulati-

on und Verteilung wirkenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise entstehen lassen. Gesamtgesellschaftlich und reproduktiv betrachtet funktionieren Mehrwerterzeugung und -aneignung nicht auf Grund von Prellerei, „Übers-Ohr-Hauen“ der ArbeiterInnen bzw. Übervorteilung beim Austausch. Vielmehr wird der Austausch vom Wesen her bei Einhaltung gültiger ökonomischer Gesetze (Wert- und Mehrwertgesetz) gemäß Äquivalenzprinzip vollzogen. Jedwede andere Erklärungen tragen moralisierenden Charakter, erfassen nicht den harten Kern des ökonomischen Problems – und geben daher fragwürdige politische Orientierungen.

*Viertens* wird ein recht problematisches Wertkonzept vertreten und zur Basis strategischer Entscheidungen erhoben. Zum einen ist erkennbar, dass der Zusammenhang von Wert und Preis, die Verwandlung der Warenwerte in Produktionspreise, kurz: das Phänomen der sogenannten Wertmodifikation (marxistisch ausgedrückt: das Verhältnis von Wesen und Erscheinung) im Kern ausgeklammert bleibt – und daher der Preis nur als reines Machtphänomen verstanden wird. Zum anderen avanciert der Wert kurzerhand zu der in einem Produkt enthaltenen Arbeitszeit und wird dann noch unmittelbar mit abstrakter Arbeit identifiziert. Das ist fraglos ein schlichtes, kaum haltbares arbeitstheoretisches Verständnis, denn es wird die Frage nach der quantitativen Dimension des Wertes, nach der Wertgröße, mit der nach der qualitativen Dimension, nach der Wertsubstanz, munter durcheinander gebracht.

*Fünftens* arbeitet das Konzept von der Äquivalenzökonomie mit einem methodologischen Ansatz, der zumindest unter zwei Aspekten ernste Zweifel aufkommen lässt. Zum einen wird offensichtlich unterstellt, dass es in der heutigen Globalökonomie unproblematisch sei, die Menge an individuell verausgabter Arbeit – als Grundlage für die Bestimmung der Wertgröße – zu registrieren und zu bilanzieren (selbst wenn jetzt hier unberücksichtigt bleiben soll, dass es gerade um die Produktivität der *gesellschaftlichen* Arbeit geht. Selbst wenn es in der Geschichte zweifellos enorme Fortschritte in der Technik der Datenerfassung und -verarbeitung gab

---

<sup>83</sup> Vgl. u.a. auch Krause, G. (Hrsg.): Rechtliche Wirtschaftskontrolle in der Planökonomie. Das Beispiel der DDR, Baden-Baden 2002; Wenzel, S.: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen, St. Katharinen 1998; Pirker, T. et al. (Hrsg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995; Kosta, J.: Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus. Probleme und Alternativen, Köln 1984.

und gibt, so wird doch angesichts der umfassenden Inwertsetzung aller Bereiche der Gesellschaft ein immenser Aufwand an bürokratischer Verwaltung und Kontrolle mit entsprechenden Kosten entstehen – und dies zu Zeiten, wo kategorische Minimierung des Aufwandes an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit angesagt ist. Zum anderen ist nicht zu übersehen, dass es der theoretischen Ökonomie bislang nicht gelungen ist, bei der quantitativen Wertermittlung via Erfassung verausgabter Arbeitsstunden das Problem der Transformation der einzelnen konkreten Arbeiten auf das vorgegebene Einheitsmaß der abstrakten Arbeit überzeugend und operationabel zu lösen. Zu Recht bemerkt daher Siegfried Wenzel in diesem Kontext: „Damit fehlt ein entscheidender Baustein für die Verwirklichung einer Äquivalenzökonomie, aber auch für jedes andere alternative Konzept, das dem Prinzip folgt: Jedem nach seiner Leistung.“<sup>84</sup>

## Literatur:

Bischoff, J./Lieber, Ch.: Dritter Sozialismusversuch: Äquivalenzökonomie?, in: Sozialismus, Heft 11/2006

Cockshott, P.: Die Technik des Sozialismus existiert, in: Beiträge zur XI. Rosa-Luxemburg-Konferenz, Berlin 2006

Cockshott, P./Cottrell, A.: Alternativen aus dem Rechner. Für sozialistische Planung und direkte Demokratie, Köln 2006 (Engl. Version: Towards a New Socialism, Nottingham 1993)

Crome, E.: Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft, Berlin 2006

Dieterich, H.: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus, Berlin 2006

Dieterich, H.: Neues historisches Projekt, in: Beiträge zur XI. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz, Berlin 2006

Dieterich, H. et al.: Kuba – nach Fidel. Kann die Revolution überleben? Berlin 2006

Feldmann, H.: Heinz Dieterich, Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus (Rezension), in: Utopie kreativ, Heft 188, Juni 2006

Forero, J.: Chavez verändert Venezuela – mit seinem Sozialismus des 21. Jahrhunderts, in: The New York Times/Znet 03.11.2006

Grebing, H.: Sozialismus im 21. Jahrhundert – Programmatische Konturen, in: Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Herausgegeben von Dowe, D., Bonn 2001

Kosta, J.: Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus. Probleme und Alternativen, Köln 1984

Krause, G. (Hrsg.): Rechtliche Wirtschaftskontrolle in der Planökonomie. Das Beispiel der DDR, Baden-Baden 2002

Moulian, T.: Ein Sozialismus für das 21. Jahrhundert. Der fünfte Weg, Zürich 2003

Peters, A.: Das Äquivalenzprinzip als Grundlage der Globalökonomie, Vaduz 1996

Peters, A./Zuse, K.: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus? Gespräche mit Konrad Zuse, Berlin 2000

Pirker, T. et al. (Hrsg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995

Wenzel, S.: Sozialismus des 21. Jahrhunderts?, in: Utopie kreativ, Heft 11, September 2006

Wenzel, S.: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen, St. Katharinen 1998

---

<sup>84</sup> Wenzel, S.: Sozialismus des 21. Jahrhunderts?, a.a.O., S. 822.

**Gerd Friedrich**

## **Zur Stellung der Wirtschaftseinheiten in der Volkswirtschaft der DDR: Wie das Ausschalten von Marktpulsen zum Ausgangspunkt für ungenügende ökonomische Effektivität wurde**

Um es gleich vorweg zu nehmen: Auf Grund der Erfahrungen in der DDR steht für mich außer Frage, dass eine Wirtschaft, in der den Betrieben mit staatlichen Auflagen vorgegeben wird, was, in welchem Volumen und zu welchen Preisen zu produzieren ist, im Vergleich mit einem Wirtschaftssystem, das auf eine Kombination von Marktregulierung und gesellschaftlicher Steuerung der Wirtschaft setzt, immer unterlegen sein wird. Ich gehöre also zu jenem „großen Teil von DDR-Ökonomen“ von denen Klaus Steinitz sagt, dass sie in der ungenügenden Akzeptanz des Marktes und der Kategorien der Warenproduktion eine entscheidende Ursache mangelnder ökonomischer Effizienz des „Realsozialismus“ sehen.

Den Markt als Regulator der Produktion auszuschalten, ihn durch den Plan zu ersetzen, hatte sich im ersten Nachkriegsjahrzehnt, als es darum ging, die größten Kriegsschäden zu überwinden und mit den wirtschaftlichen Disproportionen aus der Spaltung Deutschlands fertig zu werden, durchaus bewährt. Aber in dem Maße, wie die Quellen extensiven Wachstums der Volkswirtschaft mehr und mehr versiegten, das Wirtschaftswachstum qualitativ und quantitativ vom technologischen Fortschritt und von Produktinnovationen abhing, wurde es unerlässlich, die Eigenverantwortung der Wirtschaftseinheiten zu erhöhen und ihre ökonomischen Interessen auf Faktoren intensiven Wirtschaftswachstums auszurichten. Um den Wirtschaftseinheiten die dafür erforderlichen Handlungsspielräume einzuräumen, hätte an die Stelle der kurzfristigen Planaufgaben eine langfristig wirkende Erfolgskontrolle treten müssen, in deren Zentrum der effektive Einsatz von Ressourcen zu stellen wäre. Eine solche Korrektur des Systems der

Planung und Leitung der Wirtschaft ist wiederum ohne wirksame Mechanismen der Marktregulierung, für die die staatlichen Leitungsorgane die notwendigen Rahmenbedingungen setzen müssten, nicht machbar.

Die Erkenntnis, zu intensivem Wirtschaftswachstum übergehen zu müssen, prägte die Reformvorstellungen im Übergang zu den sechziger Jahren - so bestand das erklärte Ziel des „Neuen Ökonomischen Systems“ darin, „die Errungenschaften der wissenschaftlich – technische Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus zu verbinden“. Viele Diskussionen rankten sich um die Stellung der Wirtschaftseinheiten in der „sozialistischen Planwirtschaft“ und nicht zufällig wurde der Begriff der „Sozialistischen Warenproduzenten“ in dieser Zeit geprägt.

Aber diese Reformvorstellungen waren in vielem unvollkommen und inkonsequent. Sie gingen – was zunächst völlig verständlich war – in die Richtung, die Administration zugunsten „ökonomischer Stimuli“ etwas zurückzunehmen und die Verantwortung der Betriebe und Kombinate für die Resultate ihres Wirtschaftens zu stärken. Ihre Realisierung hätte allerdings an der Grundkonstellation des vorwiegend administrativen Leitungssystems wenig geändert. Aber selbst diese zaghaften Ansätze einer Reform wurden nie voll wirksam. Mit der Übernahme der politischen Führung durch konservativ-restaurative Kräfte, die stark mit dem administrativen System verbunden waren, wurden sie Anfang der siebziger Jahre „beerdigt“.

Statt also die Reformen in die Richtung einer Verbindung von volkswirtschaftlicher Gesamtplanung mit marktwirtschaftlicher

Feinststeuerung weiterzuführen, wurden sie aus ökonomischen, ideologischen und politischen Gründen abgebrochen:

Ökonomisch war die Entwicklung der DDR im Übergang zu den siebziger Jahren u.a. dadurch geprägt, dass es immer schwieriger wurde, die notwendige Rohstoffversorgung aus der UdSSR zu sichern und zugleich anspruchsvolle wirtschaftspolitische Ziele im Inland zu realisieren. Für die daraus resultierenden ökonomischen Schwierigkeiten wurde das „Neue Ökonomische System“ verantwortlich gemacht, obwohl die Reformansätze zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht wirksam sein konnten. Hinzu kam, dass auftretende Disproportionen die eigenverantwortlichen Spielräume der Betriebe zunichte machten und die Administration unter diesen Bedingungen auf das „bewährte“ Instrumentarium der Zwangsbewirtschaftung (Kontingente, „Bilanzanteile“ – „Was nutzen ökonomische Hebel, wenn nicht genug Walzstahl da ist?“) zurückgriff.

Ideologisch muss man im Auge haben, dass die Charakterisierung des administrativ geprägten Leitungssystems der Wirtschaft als „Sowjetisches Modell“ zwar richtig, aber unvollständig ist: Marx und Engels haben keinen Zweifel daran gelassen, dass nach ihrer Meinung mit dem Sozialismus auch Warenproduktion und Warenaustausch überwunden werden und die Anarchie des Marktes durch gesamtgesellschaftliche Planung ersetzt wird.

Dementsprechend verbreitet war die Vorstellung, dass zwar Warenproduktion und Warenaustausch noch als „Rudimente des Kapitalismus“ hingenommen werden müssen, aber dem Markt keinerlei regulierende Rolle eingeräumt werden darf.

Die letztlich entscheidenden politischen Ursachen für den Abbruch der Reformen dürften allgemein bekannt sein: Die politische Führung der UdSSR betrachtete die Reformbemühungen mit großem Misstrauen, was jenen Kreisen im Politbüro um Erich Honecker, denen die Reformen auch suspekt waren, in ihrem Kampf um die Macht sehr entgegen kam. Mit dem Abgang von Walter Ulbricht war so das Ende der Reformversuche angesagt.

Die Erfahrungen sind für die Diskussion um den „Sozialismus des 21. Jahrhun-

derts“ insofern von Bedeutung, weil trotz der nicht zu übersehenden Defizite des administrativen Leitungssystems, die in den folgenden Jahrzehnten nicht unwesentlich zur Krise des Realsozialismus beitrugen, nach wie vor unter „Linken“ Auffassungen verbreitet sind, dass Sozialismus und Markt prinzipiell unvereinbar seien.

Natürlich bin ich mir bewusst, dass Marktmechanismen und Konkurrenzverhältnisse für eine sozialistische Gesellschaft immer problematisch sind – aber solange Betriebe als selbständige Glieder gesellschaftlicher Arbeitsteilung existieren, sehe ich im ökonomischen Kernbereich der Gesellschaft keine andere Möglichkeit, um weitgehend eigenverantwortlich handelnde Wirtschaftseinheiten auf den Bedarf auszurichten und ihr Interesse an hoher Effizienz des Wirtschaftens zu wecken. Die Vorstellung, auf den Markt zu verzichten und die Konkurrenz durch kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe ersetzen zu können, hat in die Sackgasse geführt: Fehlen für die Wirtschaftseinheiten die Impulse des Marktes, fehlt das über den Markt vermittelte eigenständige Interesse der Wirtschaftseinheiten auf Bedarfsveränderungen zu reagieren und effektiv zu wirtschaften, dann bleibt nur, ihnen auf administrativem Wege vorzugeben, was sie zu produzieren haben und die Marktpreise werden durch Surrogate (z.B. staatliche Festpreise) ersetzt, mit denen die ökonomischen Funktionen der Preise mehr schlecht als recht wahrgenommen werden können (noch schlechter um die Funktion des Preises als Vermittler im Verhältnis von Angebot und Nachfrage würde es m.E. in der sogenannten wertbasierten Wirtschaft stehen, in der die Entlohnung über „Arbeitszeitkonten“ erfolgen soll – hier würde das administrative System endgültig auf die Spitze getrieben).

Von den Gegnern eines „Marktes im Sozialismus“ wird häufig ins Feld geführt, dass Warenaustausch und Markt immer wieder zu kapitalistischen Ausbeutungs- und Verteilungsverhältnissen zurückführen würden. Aber m.E. könnte ein solcher „Rückfall“ in einer durch Gemeineigentum und Wirtschaftsdemokratie geprägten Wirtschaft – und anders kann ich mir eine sozialisti-

sche Wirtschaft heute nicht vorstellen - jederzeit unterbunden werden. Und im übrigen: Eine Politik nachhaltiger ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung wird auch gegenwärtig nicht durch die Austauschverhältnisse, den Markt, blockiert, sondern durch die aktuell bestehenden Eigentumsverhältnisse, die auch in entscheidendem Maße die Austauschverhältnisse bestimmen. Die Rahmenbedingungen für eine die grundlegenden Widersprüche des heutigen Kapitalismus lösende nachhaltige Entwicklung kann Politik nur setzen, wenn und soweit es die Eigentums- und Machtverhältnisse gestatten. Primär steht die Aufgabe sie umzugestalten, um zu verhindern, dass die Menschheit immer tiefer in existenzbedrohende Krisen gerät.

Den Markt als Institution des Warenaustausches, damit letztlich als Bindeglied zwischen Gliedern gesellschaftlicher Arbeitsteilung, nutzt die Menschheit seit Jahrtausenden – warum sollte sie unter den nach wie vor bestehenden Bedingungen gesellschaftlicher Arbeitsteilung diese Institution leichtfertig aufgeben? Zumal die Abschaffung des Marktes bei der ausgeprägten Internationalisierung der Wirtschaft zur Folge hätte, dass diejenigen, die diese Abschaffung praktizieren, sich zwangsläufig vom Weltmarkt abschotten müssten – es sei denn, es gelingt ihnen, den Weltmarkt insgesamt zu beseitigen. Aber dann bleibt wiederum die Frage offen, zu welchen Konditionen und in welchen Formen der internationale Austausch erfolgen könnte (Die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zusammengeschlossenen sozialistischen Länder lehnten sich bei ihrem Warenaustausch an die Preise auf dem kapitalistischen Weltmarkt an – was hätten sie wohl getan, wenn es diesen Markt nicht gegeben hätte?)

Natürlich geht es in einer sozialistischen Wirtschaft weder um eine schrankenlose Marktregulierung, noch um einen grenzenlosen Konkurrenzkampf – das richtige Maß der Kombination von gesellschaftlich-politischer Steuerung und Marktregulierung (sowohl im nationalen, wie im internationalen Maßstab) zu finden, um eine effiziente und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung durchsetzen zu können, dürfte ebenso Aufgabe zukünftiger Generationen

werden, wie die Sicherung eines ausgewogenen Verhältnisses von Kooperation und kameradschaftlicher Zusammenarbeit einerseits und Konkurrenz andererseits, um solidarisches Wirtschaften und Streben der Wirtschaftseinheiten nach hohen Leistungen miteinander verbinden zu können.

### **Was waren die Folgen des Verzichtes auf grundlegende Elemente der Marktregulierung für die Stellung der Betriebe und für ihre Interessenlage im Wirtschaftssystem des Realsozialismus?**

Die heute verbreitete Vorstellung, dass der Plan als „Diktat von oben“ vorgegeben und mit dem Plan alle Details betrieblichen Handelns vorgeschrieben wurden, geht an der Realität vorbei. Betriebe und Kombinate hatten einen nicht unerheblichen Einfluss im Prozess der Planausarbeitung. Ihre Kenntnis der Reserven für das Wirtschaftswachstum war auch in der Regel wesentlich besser, als das der Staatsorgane. Ihre Bereitschaft, solche Reserven in vollem Umfang „planwirksam“ zu machen, hielt sich in Grenzen, da ihre wirtschaftlichen Erfolge nicht am realen wirtschaftlichen Ergebnis, sondern an der Planerfüllung gemessen wurden.

Die Planausarbeitung erfolgte auf der Grundlage staatlicher Planvorgaben, die zunächst als Orientierung gedacht waren. Es gab Plandiskussionen in den Betrieben und die Wirtschaftseinheiten mussten ihre so diskutierten Planvorschläge einreichen. Nur: In dem Maße, wie sich die „Mangelwirtschaft“ im Ergebnis unzureichender Effizienz verstärkte, nahm der Druck von oben auf die bedingungslose Akzeptanz der Planvorgaben zu und die Plandiskussionen verkamen zu einem mehr formalen Akt der Pflichterfüllung.

Das Hauptinteresse der Wirtschaftseinheiten bestand darin, sich günstige Bedingungen für die Planerfüllung zu sichern, d.h. sie mussten möglichst verhindern, dass Planziele zu hoch angesetzt wurden bzw. sie begegneten hohen Planvorgaben mit entsprechenden Forderungen nach mehr Investitionen, mehr Arbeitskräften und anderen zusätzlichen Ressourcen. So klagte der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Jahr für Jahr, dass die Planvorschläge der Wirtschaftseinheiten

im Vergleich zu den zentral bilanzierten Planvorgaben weniger an Leistung, dafür aber ein mehr an zusätzlichen Ressourcen beinhalteten. Anstatt nun darüber nachzudenken, wie man das ökonomische Eigeninteresse an hohen Leistungen wecken könnte, wurde der mit dem Plan ausgeübte administrative Druck auf die Wirtschaftseinheiten verstärkt. (Nebenbei: Auch dieser Druck hielt sich in gewisse Grenzen, weil Staatsorgane – etwa die Industrieministerien - nicht daran interessiert waren, ihren Betrieben und Kombinate unerfüllbare Planaufgaben aufzuzwingen – wurden sie doch letztlich auch an der Planerfüllung der ihnen unterstellten Wirtschaftseinheiten gemessen).

In diesem administrativen System die Selbständigkeit der Betriebe zu erhöhen, hätte nur bedingt Aussicht auf Erfolg gehabt. Den Betrieben fehlten die objektiven Maßstäbe des Wirtschaftens, es fehlte der von Marktregulierung und Konkurrenz ausgehende Druck auf bedarfsgerechtes und effektives Wirtschaften. Um die Triebkräfte betrieblichen und unternehmerischen Handelns zu entfalten, wäre es notwendig gewesen, den Wirtschaftseinheiten tatsächlich die ökonomische Verantwortung „Sozialistischer Warenproduzenten“ zu übertragen.

Um nicht missverstanden zu werden: Es gab in der DDR manche ökonomische Spitzenleistung und auch zahlreiche gut wirtschaftende Betriebe – aber diese Leistungen waren weniger dem System, als viel mehr dem Engagement einzelner Funktionäre, dem Leistungswillen und der Leistungskraft einzelner Kollektive geschuldet. Es gab viel Mittelmaß, zuviel Mittelmaß – und durch weitverbreitete „Gleichmacherei“ standen die Mittelmäßigen am Ende nicht schlechter dar, als die Erbringer von Spitzenleistungen.

### **Wie war es in diesem System um die „betriebliche Demokratie“ bestellt?**

Die Möglichkeiten der Einflussnahme der Belegschaft auf Planziele und strategische Entscheidungen zur Entwicklung des Betriebes waren in dem administrativen System der Leitung naturgemäß begrenzt – nichtsdestoweniger wurden ernsthafte Einwände aus der Belegschaft gegen be-

stimmte Planvorhaben in der Regel gründlich geprüft. Ein Vergleich mit den Mitbestimmungsrechten in den Betrieben der BRD fällt mir schwer – wie real ist der Einfluss der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat wirklich? Ist er wirklich größer, als der der gewählten Betriebsgewerkschaftsleitungen in den volkseigenen Betrieben, ohne deren Unterschrift im Betrieb formal gar nichts ging? Auf jeden Fall hatten die Belegschaften viel mehr Möglichkeiten auf die Arbeits- und Lebensbedingungen im Betrieb Einfluss zu nehmen, als das heute der Fall ist. Relativ widerstandslos nahmen die Ostdeutschen den Verlust vieler betrieblicher Rechte nach dem Anschluss der DDR an die BRD hin – wurde doch alles überschattet durch den Verlust eines der wichtigsten Grundrechte im sozialen Bereich, des Rechtes auf Arbeit.

Klaus Steinitz hebt als wichtige positive Erfahrungen des Realsozialismus die „bekannten Leistungen in der Bildung, gesundheitlichen Versorgung, Kultur, in der Erleichterung der Verbindung von Familie und Erwerbsarbeit und damit auch bei wichtigen Seiten der Gleichstellung der Frauen, in der Überwindung von Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, ... in Veränderungen im Sozialverhalten der Menschen“ hervor. Ich möchte darauf hinweisen, dass Betriebe und Kombinate ihren Anteil an diesen Leistungen hatten – durch ihre Kulturhäuser, Betriebspolikliniken, Betriebskindergärten, betriebliche Sport- und Kulturgruppen, betriebliche Kinderferienlager usw. usf.. – die Betriebe waren nicht nur ökonomische Einheiten, sie waren gesellschaftliche Institutionen, die gemeinsam mit den Kommunen wesentliche Seiten des gesellschaftlichen Lebens der Menschen organisierten. Das war auch eine Seite echter, erlebbarer Demokratie. Ohne die Defizite in Fragen der Demokratie leugnen zu wollen – die Reduzierung des Realsozialismus auf „Diktatur“, wie es heute mehr und mehr in Mode kommt, geht am realen Leben in der DDR völlig vorbei, zumal die Menschen in vielen Fällen ihre Interessen – etwa am Arbeitsplatz, in der Hausgemeinschaft, in der Gemeinde - wesentlich besser wahrnehmen konnten, als im „realen Kapitalismus“ heute.

Die gesellschaftlichen Einrichtungen der Betriebe waren übrigens die ersten, die

nach der Übernahme der DDR durch die BRD abgewickelt wurden – in Wirtschaftseinheiten, deren erste Aufgabe darin besteht, Profit für Kapitaleigentümer zu erwirtschaften, ist für derartig kostenintensive Einrichtungen - wenn man sie nicht „werbewirksam“ oder anderweitig profitabel „vermarkten“ kann – kein Platz.

Allerdings hat betriebliche Demokratie auch seine Grenzen – nicht zu unrecht bezeichnete Marx die materielle Produktion als „Reich der Notwendigkeit“, das dem „Reich der Freiheit“ entgegensteht. Diese Grenzen nicht genügend beachtet zu haben, wurde zu einem zusätzlichen Handicap für die Effektivität des Wirtschaftens in der DDR. Ich will das Problem, das sehr vielschichtig ist und im Grunde bereits mit der legendären Normenerhöhung im Frühjahr 1953 beginnt, an einer tatsächlichen Gegebenheit aus den achtziger Jahren verdeutlichen:

Ein Betriebsleiter hatte Meister aus westdeutschen Betrieben, die im Rahmen der „Gestattungsproduktion“ bereits längere Zeit in seinem Betrieb arbeiteten, zu einer Diskussionsrunde geladen, um ihre Meinung über den Betrieb und die Arbeit im Betrieb zu hören. Einer der Meister sagte ihm: „Ich mache kein Hehl daraus, das ich das politische System der DDR als undemokratisch ablehne. Aber was Sie sich an Demokratie im Betrieb leisten, ist unverantwortlich“ Offenbar hatte der Meister dabei im Auge, dass im Betrieb notwendi-

ge Leistungsstandards ungenügend durchgesetzt wurden – anders ausgedrückt: Nach seiner Meinung kann betriebliche Demokratie nicht soweit gehen, dass jeder für sich selbst das Maß der Arbeit und der Entlohnung bestimmt.

Der Sachverhalt ist mir einige Zeit später in einen anderen Betrieb indirekt bestätigt worden: Auf meine Frage an den Betriebsdirektor, ob sie nicht auch ohne Gestattungsproduktion Schuhe in gleicher Qualität, wie „Salamander“ produzieren könnten, sagte er: „Nein, denn ohne den äußeren Druck, der mit der Gestattungsproduktion auf die Belegschaft, die Leiter und alle Beteiligten ausgeübt wurde, hätten wir die Arbeitsnormen, die Standards bezüglich Technologie und Qualität der Produktion, in unserem Betrieb nie durchsetzen können.“

Damit bin ich wieder beim Ausgangspunkt: Man kann die Macht im Betrieb den Arbeitern übergeben – nur man muss dann für eine möglichst objektive Beurteilung der Leistung „von außen“, durch den Markt, Sorge tragen - sonst bestimmt jeder selbst für sich das Maß seiner Arbeit und seiner Leistung, und volkswirtschaftlich werden die Diskrepanzen zwischen dieser Leistung einerseits und den Konsumtionserwartungen der Bevölkerung andererseits immer größer. Und genau das war m.E. einer der Sargnägel für die DDR.

## **Betriebe und Kombinate im Wirtschaftssystem der DDR**

Wir wollen uns entsprechend der Thematik des Workshops heute mit Erfahrungen und Problemen aus der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR befassen, um daraus Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Dabei sollte uns Folgendes klar sein:

1. Das Entstehen und die Ausprägung des Wirtschaftssystems der DDR hatten ihre Wurzeln in völlig neuen Machtverhältnissen im Osten Deutschlands nach Ende des 2. Weltkrieges 1945. Es war durch die historischen Umstände bedingt ein singuläres Ereignis und ist nicht wiederholbar. Die Chance, die sich damals für ein neues Gesellschaftssystem auch auf deutschem Boden auftat, hat den Prüfungen der Geschichte auf Dauer nicht standgehalten. Gleichwohl sind vierzig Jahre des Bestehens einer neuen Ordnung in einem gespaltenen Land ein bemerkenswert langer Zeitraum.

2. In den vergangenen sechs Jahrzehnten haben sich erneut revolutionierende Veränderungen in den Produktivkräften vollzogen, die – um auf einen durch Harry Nick wieder ins Blickfeld gerückten Begriff aus dem Arsenal der Klassiker zurückzugreifen – die „gesellschaftliche Betriebsweise“ auf eine qualitativ höhere Stufe gehoben haben. Innovationen erfolgen nicht mehr vorwiegend national sondern von vornherein international.

Produktionssysteme von den Zulieferern bis zum Endprodukt entstehen mehr und mehr im internationalen Maßstab. Wie es Robert Kurz in seinem Buch „Das Weltkapital“ beschreibt, verlaufen zusammenhängende technologische Prozesse wie auch die gesamte Betriebswirtschaft von Unternehmen über den gesamten Erdball verteilt und werden von einer Zentrale aus operativ geleitet. Auch die Kooperation (Zulieferungen z.B.) erfolgt – wie beispielsweise in der Automobilindustrie bis zu 50 Prozent – im internationalen Rah-

men, selbst bei technologisch anspruchsvollen Erzeugnissen.

3. Der Kapitalismus als weltumspannendes Gesellschaftssystem ist in eine neue Phase eingetreten und endgültig zum neoliberal geprägten Finanzkapitalismus mutiert. Seine Abläufe werden zunehmend von weltweit gültigen Maßstäben der Profitorientierung diktiert, die den Bezug zu technologisch bedingten wirtschaftlichen Strukturveränderungen weitgehend verloren haben und die fast nur noch auf Erzielung kurzfristiger Renditen gerichtet ist, wofür Shareholder value zum Synonym geworden ist. All das gehört zu Bestandteilen der Globalisierung unter der Kapitaldominanz.

Wird nun die Frage gestellt, inwieweit beispielsweise die Strukturform „Kombinate und Betriebe“ uns für einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ als Modellvorlage etwas zu sagen hat, so muss wegen der zwischenzeitlich grundlegend veränderten Bedingungen die Antwort ein „nein“ sein. Fragt man jedoch, inwieweit aus den damals ablaufenden Prozessen noch ein Erkenntnisgewinn zu ziehen ist, so lautet die Antwort „ja“.

Um beim Beispiel der Kombinatbildung zu bleiben, so waren die Ende der 70er bzw. Anfang der 80er Jahre gegangenen Schritte durchaus logisch, wenn auch in ihrer Durchführung mit schweren Mängeln behaftet. Ein Hauptmangel war die Bildung der Kombinate auf rein administrativem Wege (durch von Günter Mittag eingebrachte Beschlüsse des Sekretariats des ZK der SED, die vom Ministerrat umgesetzt wurden). Die Vorzüge der Kombinatensform als vertikaler und damit zweigübergreifender Betriebszusammenschluss kamen durch die eher horizontale Orientierung nach dem Branchenprinzip und die nur selten erfolgte Einbeziehung von Vorstufen der Produktion kaum zur Geltung. Später sollte das durch den Aufbau von

eigenen Zulieferkapazitäten teilweise korrigiert werden. Ein weiterer Mangel bestand in der Verabsolutierung dieser Form der Wirtschaftsorganisation. Alles musste dem gleichen Schema unterliegen - eine Herangehensweise, die nicht nur in der Wirtschaft, sondern für alle Bereiche der Gesellschaftsgestaltung damals typisch war. Der „100-Prozent-Gedanke“ war wie ein unausrottbarer Virus, der politisches Handeln unter Führung der SED auf vielen Gebieten bestimmte.

Für die Zukunft könnte von Interesse sein, die Kombinatbildung als einen Versuch der Strukturierung von gesamtgesellschaftlichem bzw. staatlichem Eigentum zu sehen, wobei als Axiom davon auszugehen ist, die Betriebe nicht als rein administrativ-technische Produktionsstätten sondern als *soziale* und *ökonomische Organisationen* zu begreifen. Letztere Auffassung konnte sich in der DDR bereits vor ihrer Gründung durchsetzen, weil auf deutschem Boden durch die längst schon unter kapitalistischen Bedingungen erfolgte Industrialisierung Tausende vollentwickelter Betriebe mit ihren Belegschaften und Traditionen existierten. Es wurde der politischen Führung relativ schnell klar, dass diese Strukturen erhalten werden mussten, dass Betriebe als ökonomische und soziale Einheiten zu behandeln waren. Im übrigen gehört es zu den Merkwürdigkeiten der Geschichte, dass es in Deutschland nach der Veränderung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse 1945 ausgerechnet die sowjetische Besatzungsmacht war, die einerseits das sowjetische Wirtschaftsmodell auf die DDR übertragen wollte, andererseits aber bestimmte Schlüsselbetriebe in der dem Kapitalismus eigenen juristischen Form der Aktiengesellschaft als „Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG)“ unter ihre Verwaltung stellte. Vermutlich aus dem Grunde, weil kurz nach dem Krieg noch nicht ganz klar war, welches politische System in einem damals noch erwarteten einheitlichen Deutschland existieren würde. Alles in allem war unter den Bedingungen vorherrschenden Staatseigentums in der DDR die Orientierung auf die Betriebe eine bemerkenswerte Vorentscheidung für die weitere Ausprägung eines Wirtschaftsmodells.

So vollzog sich dann im weiteren Verlauf ein zweistufiger Prozess:

1. Die Sanktionierung der volkseigenen Betriebe als juristisch und ökonomisch selbständige Einheiten durch die Einführung des NÖS ab 1963.
2. Der Zusammenschluss der Betriebe zu großen Wirtschaftseinheiten, zunächst in der Vorform VVB und später, ab 1978, als Kombinate.

Das war ein Konzentrationsprozess im Rahmen einer bereits existierenden Zentralisierung auf der Grundlage des einheitlichen Volkseigentums und der damit verbundenen staatlich-administrativen Leitung. Nunmehr sollte eine nachträgliche Korrektur dieses zentralisierten administrativen Leitungssystems durch einen *ökonomisch* fundierten Konzentrationsprozess erfolgen, quasi in umgekehrter Richtung.

Anlass, sich dieser Aufgabe überhaupt zu stellen, waren die Entwicklungen in der kapitalistischen Industrie. Deren Organisation war geprägt – allerdings nicht allein – von großen Konzernen und sich in immer größeren Dimensionen permanent vollziehenden Konzentrationsprozessen. Schon Lenin hatte diesen ökonomisch fundierten Konzentrationsprozess nach der umfassenden Verstaatlichung der russischen Industrie als Aufgabe für den Sozialismus im Blickfeld und sprach von „Trusts“, die entstehen sollten. Ulbricht gebrauchte später für die DDR ab und an die Metapher von den VVB als „sozialistischen Konzernen“. Er ließ sogar Organisationsmodelle realer westlicher Konzerne beschaffen und sie Experten zugänglich machen.

Die Kombinatidee in der DDR war ursprünglich mit dem Gedanken an eine ökonomische Selbständigkeit auch für die den Betrieben übergeordneten Wirtschaftseinheiten verknüpft. Die Kombinate, die aus Betrieben bestanden, sollten ihrerseits nach den gleichen wirtschaftlichen Grundsätzen wie Betriebe und damit als Unternehmen arbeiten.

Eine Schlüsselfrage bestand im Übergang zu der bereits angedachten Eigenerwirtschaftung der Mittel für den eigenen Reproduktionsprozess. Durch die Kombinate

als große wirtschaftende Einheiten hätte dieser Prozess auf eine tragfähige Grundlage gestellt werden können. Dem lag der Gedanke der Eigenverantwortung für den einheitlichen Reproduktionsprozess im Verbund des Kombinats zugrunde. Deshalb sollten zum Kombinat vor allem auch eigene Kapazitäten für Forschung und Entwicklung (zuvor oft als haushaltsfinanzierte Institute neben den Betrieben existierend) sowie für Zulieferungen, Rationalisierungsmittel usw. gehören. Während in diesen Fragen der Zuordnung von Kapazitäten durchaus bemerkenswerte Fortschritte erzielt wurden, war das in Hinblick auf die ökonomische Verfügungsgewalt über eigene finanzielle Fonds durch die Kombinate kaum der Fall. Es war aber inkonsequent, auf der einen Seite von der „Eigenerwirtschaftung der Mittel“ zu sprechen, aber den Betrieben wie den Kombinat keine nennenswerte Verfügung über eigene Mittel, sprich Eigenkapital, zuzugestehen, sondern sie lediglich mit staatlichen Fonds auszustatten. Später kamen staatliche Kredite hinzu, die ihrem Wesen nach ebenfalls nur staatliche Haushaltsmittel waren, aber aus planmethodischen Gründen der Form nach als Kredite ausgereicht wurden. Tragischerweise wurde daraus dann nach der Überführung in die BRD-Wirtschaft eine Verschuldung konstruiert, an denen sich die Banken der BRD eine goldene Nase verdienten und die dazu beigetragen hat, die DDR-Betriebe massenhaft zu ruinieren.

Die Kombinate wurden in ihrer Masse zu einem Zeitpunkt gebildet, als das NÖS als Gesamtsystem schon längst abgewürgt worden war. Versuche, mit der Kombinatbildung, einzelne Elemente des NÖS wieder zu beleben, blieben erfolglos. Die Idee der Eigenerwirtschaftung wurde zwar erneut aufgegriffen und als Forderung formuliert, in der Praxis betraf sie nur ein ganz kleines Feld der Bildung eigener Fonds in den Betrieben und Kombinat. Die große Masse der Fonds wurde nach wie vor zentral verteilt. Es kam zwar zu Normativen, aber die waren nichts anderes als ein Prozentausdruck der zentral geplanten Investitionsmittel, auf deren Höhe die Kombinate kaum einen Einfluss hatten. Für grundsätzliche Veränderungen war in den 80er Jahren überhaupt kein

ökonomischer Spielraum mehr vorhanden. Neben dem Widerstand der sowjetischen Parteiführung, die von Teilen des Politbüros der SED mitgetragen wurde, scheiterte schon 1970 die Weiterführung des NÖS in seiner so genannten 2. Etappe auch an dem ungelösten Problem schwerwiegender Disproportionen infolge mangelnder Wirtschaftskraft. Die Disproportionen wurden noch durch größere Investitionen außerhalb des Planes verschärft.

Die Kombinatbildung war vom Grundsatz her ein logischer und wichtiger Schritt. Durch sie wurde ein Schub neuer Initiativen ausgelöst. Es entwickelten sich mit den Generaldirektoren viele qualifizierte Leiterpersönlichkeiten, die in nicht wenigen Fällen auch international als Geschäftspartner geschätzt waren. Anfänglich gab es auf den jährlichen zentralen Seminaren in Leipzig noch einen sehr lebendigen Erfahrungsaustausch. Alsbald aber reduzierten sich diese Veranstaltungen auf eine Maßnahme, mit der auf die Generaldirektoren teilweise massiver Druck zur Erreichung und Überbietung hoher, zum Teil nicht realisierbarer, Planaufgaben ausgeübt wurde. Psychologisch war es für die verantwortlichen Generaldirektoren sehr schwer zu ertragen, vor etwa 800 Anwesenden coram publico namentlich kritisiert zu werden.

Die Kombinate blieben in den Fesseln einer übertriebenen Detailplanung gefangen. Auch waren die wirtschaftlichen Spielräume wegen der sich verschärfenden latenten Krisensituation der DDR-Wirtschaft, aber auch wegen der unsicheren Lieferzusagen aus der UdSSR und der eingetretenen Stagnation in den Wirtschafts- und Finanzbeziehungen mit der BRD, nicht größer geworden.

Im Herbst 1989 schienen tatsächlich neue Lösungen möglich – eine konsequente Verwirklichung der NÖS-Ideen, neue Ansätze für eine reale Vergesellschaftung durch eine neue Konstruktion des Volkseigentums über die von Hans Modrow konzipierte Treuhand. Aber: 1989/90 fehlte die politische Macht, um die notwendigen Reformen, u.a. eine echte ökonomische Selbständigkeit der Betriebe, durchzusetzen.

Nach dem Anschluss der DDR an die BRD wurde mit der neuen Orientierung der Treuhand unter der Devise „Privatisierung vor Sanierung“ in Erfüllung des Auftrages der Bundesregierung die Kombinate 1990 zerschlagen. Die meisten ihrer Betriebe gleich mit.

Aus heutiger Sicht bleibt festzustellen, dass unter den völlig neuen Bedingungen einer weltweiten Verflechtung von großen Wirtschaftsunternehmen die damaligen Kombinate, bis auf einige Ausnahmen, auch zu klein und zu schwach waren, um auf sich allein gestellt, in einem brutal geführten Konkurrenzkampf, der mit dem Wort „Wettbewerb“ verharmlost wird, mithalten zu können. Allerdings hat die bewusste Zerschlagung der Kombinate es auch der Konkurrenz noch leichter gemacht, den größten Teil ihrer Betriebe kaputt zu machen. Es gab einige wenige Ausnahmen, wie PCK Schwedt, Eisenhüttenkombinat Ost u.a.

In der heutigen Welt dominieren nunmehr internationale Konzerne, die sog. Multis. Finanzmanipulationen, auch unseriöser Art, sind Tür und Tor geöffnet. Es wird einen langen Atem brauchen, die daraus resultierenden Probleme wenigstens in einem gewissen Rahmen zu lösen.

## **Der Mensch im Wirtschaftsmodell**

Eine Frage bleibt bei den Überlegungen zu neuen sozialistischen Modellvorstellungen zumeist unterbelichtet. Sie betrifft die Motivation und die Verhaltensweisen der Menschen im Wirtschaftsprozess. In der Regel wird dabei ohnehin eher an Unternehmerpersönlichkeiten und Manager gedacht, aber weniger an die Mehrheit der in den Betrieben Beschäftigten. Sie werden in der Rolle sog. „Produktionsfaktoren“, mehr als Objekte, denn als bewusst und aktiv handelnde Subjekte im Wirtschaftsprozess gesehen. Der Mensch in seinem individuellen Handeln ist aber der eigentliche Akteur im gesellschaftlichen wie im wirtschaftlichen Leben. Und das gilt für alle, ob Unternehmer, Manager und, wie es so schön heißt, „abhängig Beschäftigte“.

Und hier gibt es meiner Ansicht nach ein generelles Problem, das sogar unabhängig davon ist, ob es sich um sozialistische

Modelle oder als Gegenextrem um neoliberale Vorstellungen handelt: Alle theoretische Überlegungen unterstellen, dass der Mensch als „homo oeconomicus“ seine wirtschaftlichen Entscheidungen aus rein rational gesteuerten Überlegungen trifft.

Das aber trifft weder für das praktizierte DDR-Wirtschaftsmodell noch für das praktizierte neoliberale Modell zu, wenn auch auf jeweils ganz andere Weise. Maßstab für rationales wirtschaftliches Handeln in der DDR sollten die „gesellschaftlichen Interessen“, ausgedrückt in den vorgegebenen Planzielen, sein. Es gelang aber nur bedingt, im Handeln der Menschen, ihre individuellen Interessen mit den gesellschaftlichen Interessen in Übereinstimmung zu bringen. Das Ausmaß und die Vielfalt der individuellen Interessen wurden unterschätzt. Damit aber soll nicht gesagt werden, dass es in den DDR-Betrieben kein gesellschaftsorientiertes Handeln gab. Es ist feststellbar, dass Menschen bewusst von gesellschaftlichen Interessen geleitet und von einer gewissen moralischen Grundhaltung heraus – auch von unterschiedlichsten Wertvorstellungen geprägt – gesellschaftliche Verantwortung übernahmen, wenn auch nicht „lupenrein“. Oftmals mischte sich dies – und darüber würde es sich wirklich lohnen zu forschen – mit rationalem Kalkül, bzw. der Orientierung an der sogenannten materiellen Interessiertheit. Auch heute noch zeigen nicht wenige soziologische Untersuchungen und Alltagserfahrungen, dass selbst 17 Jahre nach der „Vereinigung“ im Osten andere Werte und Verhaltensweisen spürbar sind, als sie dem propagierten Individualismus der Wirtschaftsliberalen entsprechen würden. Im Übrigen entlarvt sich die neoliberale Praxis selbst, wenn sie einerseits die nüchterne Vorteilskalkulation im Sinne des individuellen Interesses unterstellt und propagiert, aber das gesamte Marketing mit seiner Werbung fast nahezu ausschließlich rein auf Emotionen setzt. Du Kunde, sollst kaufen, damit Du Dich im Trend befindest, damit Du dich wohlfühlst, weil Du eine ganz bestimmte Marke am Anzug hast. Denk nicht soviel nach, folge dem Markentrend!

## Selbständigkeit der Betriebe und Kombinate

Um die theoretische wie praktische Bewältigung des Spannungsfelds zwischen der Selbständigkeit der Betriebe und der Wahrung gesamtwirtschaftlicher wie gesamtgesellschaftlicher Interessen kommt niemand zu irgendeiner Zeit herum.

Im Kern geht es um die Frage, ob die Wirtschaft als Sphäre der Profiterzeugung definiert wird und ihr jegliche gesamtgesellschaftliche Verantwortung abgesprochen wird, wie der Neoliberalismus betont, oder ob sie Mittel zum Zweck der Bedürfnisbefriedigung für die Menschen ist, einschließlich der sozialen Verantwortung für Arbeitsmöglichkeiten und die Schaffung von Voraussetzungen für ein kulturvolles Leben für alle.

Für die Neoliberalen scheint diese Frage längst beantwortet zu sein. Der Zusammenbruch der Ökonomie in der DDR wie in den anderen realsozialistischen Ländern Osteuropas wird in toto der Planwirtschaft angelastet, als „Beweis“ für die absolute Unmöglichkeit, außerhalb des Privateigentums eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen.

Was kann einem solchen „Tatsachenbeweis“ entgegengehalten werden? Zunächst einmal sollte der alte Fehler vermieden werden, das was war, durch die rosarote Brille zu sehen. Von dieser Praxis Abschied zu nehmen, fällt vielen schwer, auch mir. Versuchen wir, uns dem Problem vorbehaltlos zu nähern.

In der DDR bestand, wie in anderen gleichgelagerten Ländern auch, ein Widerspruch zwischen den Interessen der Betriebe und denen der Gesellschaft, einschließlich der sozialen Interessen. Er lässt sich zurückführen auf den Widerspruch zwischen den Notwendigkeiten der erweiterten Reproduktion der Betriebe und den Konsumbedürfnissen der Gesellschaft wie des einzelnen.

Der staatliche Plan sollte als das Hauptinstrument dienen, diesen Widerspruch zu lösen. Je größer er wurde, desto mehr wurde in den Plan hineingepackt. Die Produktionsauflagen wurden immer differenzierter, die Verflechtungsbilanzen immer

detailreicher, die Kontrollinstrumente immer ausgefeilter und die Leitung von oben immer restriktiver.

Zur Überwindung von Mangelerscheinungen beim Konsum wie in der Wirtschaft selbst wurden immer mehr Auflagen an die Betriebe erteilt. Dem Plankorsett konnte kein Betrieb entfliehen. Das Schlimmste war, dass die Kluft zwischen den Anforderungen und den verfügbaren Fonds immer größer wurde.

Nur einigen Kombinat gelang es, sich durch Sonderzuweisungen Luft zu verschaffen, ohne dass sich ihre Gesamtlage dadurch entspannt hätte. Der Generaldirektor Biermann des Zeisskombinats Jena konnte zwar über Milliarden für den Aufbau der Mikroelektronik verfügen, wurde aber gleichzeitig wegen Rückstände im NSW-Export von einigen Millionen auf das schärfste kritisiert.

Der Weg einer administrativen, mengenmäßigen Planung in Form von verbindlichen Auflagen für einzelne Erzeugnisse und Erzeugnisgruppen qua Gesetz war ein grundlegender Systemfehler. Es war ein Irrtum, die Probleme durch immer detailreichere Bilanzen lösen zu können. In den Bilanzen konnte es nur um Oberpositionen gehen. Sie konnten konkrete Verträge für genau bezeichnete Produkte nicht ersetzen. Die Bereitstellung der konkreten Produkte war aber für das reibungslose Funktionieren der Produktionsprozesse in den Betrieben unerlässlich. Dem widersprach aber, dass die grobe Bilanz Vorrang gegenüber dem spezifizierten Vertrag hatte. Qualitätsproduktion schlug sich, trotz mancher Gegensteuerung, in der Regel negativ auf Produktionssoll und Arbeitsproduktivität nieder. Diese Art der Planung hemmte entscheidend den notwendigen Innovationsprozess.

Wir können heute beobachten, wie voneinander unabhängige private Konzerne in der Lage sind, weltweit in eigener Verantwortung selbständig Kooperationsbeziehungen, z.B. für Baugruppen, bis in die letzte konstruktive Feinheit hinein, nach dem Just-in-Time-Prinzip zu organisieren, ohne dass es dazu einer staatlichen Planbehörde oder eines Regierungsorgans für die Materialversorgung bedürfte. Auch die ausgefeilteste EDV wird dieses Problem

nicht lösen können und sie wird auch dafür nicht nötig sein. Auf den Wegen der Verwaltung eines Mangels die Lösung zu suchen, wäre ignorant und anachronistisch.

Aber: Ohne zentrale Planung wird es auch künftighin nicht gehen, weil es ohne politischen Willen und die Nutzung geeigneter Instrumente nicht möglich ist, gesellschaftliche Gesamtinteressen strategischer Natur durchzusetzen – auch gegenüber selbständigen Betrieben bzw. Unternehmen. Das geschieht ja selbst in der heutigen Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik auf vielfältigste Weise, zuweilen auch als überflüssige Bürokratie beschimpft, wobei manch detaillierte Vorschrift tatsächlich purer Unsinn ist. An der Kritik der Wirtschaft über ein Zuviel an Bürokratie, z.B. aus Brüssel, ist einiges dran. Manches ist bis ins Detail europaweit geregelt. Soviel Vorschriften gab es selbst in der diktatorischen Planwirtschaft nicht. Aber diese Übertreibung hebt das Prinzip vernünftiger gesellschaftlicher Regelungen keineswegs auf. Gemeint sind hier wesentliche Anforderungen an die Wirtschaftstätigkeit, wie Arbeitsplatzsicherung, Umweltschutz und ökologische Nachhaltigkeit, soziale Sicherheit. Längerfristige strategische Konzepte für die Lösung grundlegender Fragen gibt es jedoch kaum.

Rückblickend bleibt es für mich immer noch eine offene Frage, inwieweit es das System war, oder es den schwierigen materiellen Ausgangspositionen und den äußeren Rahmenbedingungen geschuldet war – hinreichend durch Siegfried Wenzel, Klaus Blessing, Jörg Roesler und andere belegt - die eine weltmarktfähige DDR-Wirtschaft in Gänze unmöglich machten. Aber ich bin mir ganz sicher, dass die mehr als vier Jahrzehnte DDR-Wirtschaft von den Trümmern des 2. Weltkrieges angefangen, den Aderlässen für Reparationen und durch die bewusst politisch geförderte Abwerbung von Fachkräften durch die BRD bis in die Hochzeiten des Kalten Krieges mit seinem ausgefeiltem Technologieembargo hinein nur überstanden werden konnten durch eine, wenn auch mit vielen schweren Mängeln behaftete Planwirtschaft und eine im Großen und Ganzen straffe zentrale Führung und von Menschen, die alles für die Stabilität der DDR getan haben. Was ein vorzeitiger

Kollaps der DDR zu Zeiten des Höhepunktes der Raketenhochrüstung für Deutschland, Europa und die Welt bedeutet hätte, ist inzwischen auch durch Forschungen von Historikern und Aussagen von Zeitzeugen – ich denke da u.a. an Falin auf dem 10. Potsdamer Kolloquium – belegt, wonach auch die USA in dieser kritischen Phase an einer Destabilisierung der DDR nicht interessiert waren. Materieller Ausdrück dessen war die Gewährung des Milliardenkredits, durch Strauß vermittelt, von Kohl gestützt und von den USA geduldet.

Was ist Ursache, was Wirkung, wer war eher da, die Henne oder das Ei – ich halte das zurzeit für nicht beantwortbar. Insofern möchte ich die Analysen zum damaligen Leitungs- und Planungssystem der DDR mit Vorsicht beurteilt sehen, aber sie sind dennoch nicht überflüssig. Sie erweitern das Spektrum.

Dazu einige Bemerkungen, um für Künftiges einige Schlussfolgerungen zu ziehen:

### **Welche Grundsätze für eine Wirtschaftsorganisation sind unter Bedingungen von gesamtgesellschaftlichem Gemeineigentum beachtenswert:**

- Die Basis sind ökonomisch und juristisch selbständige Betriebe mit eigener Entscheidungshoheit. Die Stellung der Betriebe als ökonomische und soziale Organismen einer lebendigen Wirtschaftsorganisation bleibt auch in Zukunft die zentrale Frage einer durch gesellschaftliche Gesamtinteressen und nicht durch maximale Kapitalverwertung, einer auf der Priorität der Arbeit definierten Wirtschaft.
- Betriebe können bei Beibehaltung einer relativen Selbständigkeit zu größeren Wirtschaftseinheiten mit differenzierter Zweckbestimmung zusammengeschlossen werden. Dazu sind verschiedene juristische Formen möglich, von der Aktiengesellschaft, über GmbH u.a. Formen von juristischen Personen bis zu Genossenschaften.
- Unternehmenszusammenschlüsse sollten flexibel und damit veränderbar sein, allerdings unter Ausschluss rein finanzgesteuerter und spekulativer Zwecke.

- Monopole sollten verhindert werden.
- Internationale Beteiligungen sind erwünscht, aber sie sollten einer strengen Kontrolle unterliegen.
- Es sollte eine Wirtschaftsverfassung ausgearbeitet werden, die neben anderen Fragen auch die der Unternehmensstrukturen regelt.

Der Betrieb ist der zentrale, konstitutive Bestandteil eines Wirtschaftsorganismus unter den Bedingungen der maschinellen Großproduktion. Er ist keine technische, sondern eine sozialökonomische Kategorie. Das wurde leider, hier nur nebenbei

bemerkt, nach der Besitzergreifung der Betriebe Ostdeutschlands durch das Kapital, in weiten Bereichen mal kurz „übersehen“. Dies gilt jedoch für jedes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Wie es die in ihm existierenden Betriebe mit den darin tätigen Menschen erhält und fördert, ist unter allen Bedingungen eine Überlebensfrage. Sie stellt sich, wie wir heutzutage sehen, wenn auch in ganz veränderter Weise, immer wieder neu

**Klaus Blessing**

## **Effizienz, Innovation und ökonomische Interessen in der sozialistischen Wirtschaft – Stellung der Betriebe und Kombinate**

Wenn wir hier im Workshop über Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus der Wirtschaftspolitik der DDR für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert diskutieren, ist es zunächst erforderlich, uns über die Ausgangsposition unserer Diskussion zu verständigen. Zweifellos haben der real existierende Sozialismus mit seinem Scheitern und damit auch die Wirtschaftspolitik der DDR eine Niederlage erlitten und aus einer Niederlage kann man keinen Sieg konstruieren.

Trotzdem ist es notwendig, die Art der Niederlage zu analysieren. Stellt sie ein völliges Scheitern unserer sozialistischen Wirtschaftskonzeption dar oder können wir aus der Niederlage wirksame Schlussfolgerungen für eine Neugestaltung ziehen?

Bei der Urteilsfindung zu dieser Frage möchte ich auf drei Aspekte hinweisen, die uns dabei helfen.

Als erstes möchte ich eine Frage aufwerfen, die sich jeder selbst beantworten sollte: Ist der real existierende Sozialismus in der DDR vorrangig wegen Mängel an der ökonomischen Basis gescheitert oder wegen eklatanter Schwächen im politischen Überbau, der zunehmend nicht mehr in der Lage war, der ökonomischen Basis und der gesamten Gesellschaft die Bedingungen zu schaffen, die notwendig waren, um die sozialistische Gesellschaft weiter zu entwickeln?

Zum zweiten soll auf einige Fakten verwiesen werden. Dabei stütze ich mich auf die beste Fakten- Dokumentation, die die DDR hinterlassen hat. Der Leiter der Zentralverwaltung für Statistik und seine Mitarbeiter haben, unbeeinflusst von allen Restriktionen, das „Statistische Jahrbuch der DDR 1990“ herausgegeben. Es dokumentiert die Entwicklung der DDR von ihrer Gründung (1949) bis zu ihrem Unter-

gang (1989) und ist insbesondere auch für unsere ausländischen Freunde eine wertvolle Schatzgrube.

Aus diesem Jahrbuch und im Vergleich mit den offiziellen Daten des Statistischen Jahrbuches der Bundesrepublik Deutschland kann man folgendes ablesen: Im Zeitraum von 1950 bis 1989 stieg das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung (vergleichbare Preisbasis 1985) in der DDR auf das 10fache, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der BRD (Preisbasis 1991) auf das 5fache. Betrug das Verhältnis des NEK der DDR zum BIP der BRD (jeweils pro Kopf) im Jahre 1950 20 Prozent, stieg dieser Anteil bis 1989 auf 45 Prozent. Diese Zahlen belegen, dass die DDR zwar die wesentlich schlechteren Startbedingungen hatte, aber im Tempo der Entwicklung kräftig zulegte.

Zum dritten sind die äußeren Bedingungen dieser Entwicklung zu berücksichtigen. Das Vorbereitungsmaterial für diese Konferenz beinhaltet eine Polemik, in welchem Maße die äußeren Bedingungen zum Scheitern des real existierenden Sozialismus beigetragen haben. Die Diskussion darüber ist müßig, niemand kann sich die äußeren Bedingungen der Entwicklung aussuchen. Fakt ist aber, dass die DDR mit außerordentlich schwierigen Entwicklungsbedingungen konfrontiert war, die sie nur sehr bedingt beeinflussen konnte:

- Disproportionen in der Wirtschaft zwischen Ost- und Westdeutschland, weshalb das Potsdamer Abkommen einen einheitlichen deutschen Wirtschaftsraum fest schrieb, der jedoch durch Wirtschaftsblockaden und Embargo von westlicher Seite ständig verletzt wurde.
- Marshallplan West – Reparationszahlungen Ost für Gesamtdeutschland. Nach Prof. Arno Peters, der für die zweitägige

Konferenz mit seinem Modell eines „Computersozialismus“ Ideengeber ist, betrug die einseitigen Leistungen der DDR zu Preisen 1989 bereits 727 Mrd. DM. Zu heutigen Preisbedingungen ist die Billionen-Grenze überschritten. Selbst der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf meinte noch im Jahre 1989, dass die DDR dafür einen Anspruch gegenüber der BRD auf Zahlungsausgleich hätte.

- Abwerbung und Abwanderung von 2,5 Millionen meist jungen und arbeitsfähigen Menschen vom Osten in den Westen Deutschlands, um dort das Wirtschaftswunder zu nähren und dem Osten zu schaden.
- Nicht zuletzt muss man ein Wort zur Internationalisierung, heute als Globalisierung bezeichnet, verlieren. Für die DDR, wie für andere entwickelte sozialistische Länder auch, war Internationalisierung in nicht unerheblichem Maße immer auch eine Unterstützung von Entwicklungsländern mit sozialistischer Zielstellung. Das bedeutete für die DDR einen nicht unerheblichen Abfluss von Nationaleinkommen. Die BRD, wie andere kapitalistische Länder auch, profitiert bis heute erheblich von der Ausbeutung und ökonomischen Erpressung der Entwicklungsländer. Dieser Weg wird auch einem künftigen Sozialismus verschlossen bleiben, denn Sozialismus ohne Hilfe für die Schwächeren ist indiskutabel.

Unter Berücksichtigung dieser Bedingungen und Faktoren ist die Frage durchaus diskussionswürdig, ob das sozialistische Wirtschaftssystem der DDR der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der BRD so sehr unterlegen war.

Gleichwohl gab es im System der DDR-Wirtschaft innere Probleme und Mängel, die keinesfalls zu negieren und bei der Neugestaltung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht zu wiederholen sind.

## **Aufgaben der Kombinate und Betriebe**

Die Aufgaben der Kombinate und Betriebe waren in der „Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatbetriebe und volkseigenen Betriebe vom 8. No-

vember 1979“ gesetzlich festgelegt. Im Wesen bestand die Aufgabe gemäß § 1 darin, sie als „Wirtschaftseinheit der materiellen Produktion“ fungieren zu lassen. Praktisch bedeutete das, dass sie als Wirtschaftseinheit im Rahmen des staatlichen Planes die Aufgabe hatten, die zentral vorgegeben Auflagen des staatlichen Gesamtplanes umzusetzen. Sie wiesen zwar im Rahmen der wirtschaftlichen Rechnungsführung ein ökonomisches Ergebnis – Gewinn oder Verlust – aus, aber auch dieses wurde zentral geplant. Die Betriebe hatten weder einen Anreiz an einem hohen Ergebnis, noch konnten sie über „ihr Ergebnis“ selbst verfügen. Es wurde zentral, wie alles andere, bilanziert. Dadurch ergab sich eine ökonomisch paradoxe Situation: Die Betriebe forderten von der Zentrale hohe staatliche Fonds – materielle Ressourcen, Arbeitskräfte und Investitionen – und boten nur zurückhaltend ökonomische Ergebnisse, an, um einen „sicheren“ oder „weichen“ Plan zu haben, den man auch erfüllen konnte. Die Ökonomie stand auf dem Kopf, Rationalisierung und Effektivität wurden gehemmt.

## **Zur Effektivitätsentwicklung**

Die reale Steigerung der volkswirtschaftlichen Effektivität wurde auch durch wesentliche Verzerrungen im Preissystem bedingt. Selbst wenn die Betriebe ein reales Streben nach höherer Effektivität durchsetzen wollten, war ihnen das praktisch nicht möglich. Ein subventioniertes Preissystem, nicht nur bei Konsumgütern, sondern auch bei Industriepreisen, zeigte den Betrieben nicht den realen volkswirtschaftlichen Aufwand.

Ein Beispiel<sup>85</sup>: Bei der Verarbeitung von Kupfer zu Leitungen wurde das Kupfer planmäßig aus drei Aufkommensquellen bereit gestellt: Aus der Eigenproduktion des Mansfeld-Kombinates mit einem Aufwand von ca. 30.000 Mark/Tonne, aus dem Import aus der UdSSR mit einem Aufwand von etwa 10.000 Mark/Tonne und aus dem Import aus kapitalistischen Ländern mit einem Aufwand von etwa

---

<sup>85</sup> Die verwendeten Zahlen sind Näherungswerte und entsprechen nicht voll der Realität.

5.000 Valutamark/Tonne. Der Verbraucher bekam sein Kupfer zu einem einheitlichen Preis von 8.000 Mark/Tonne. Demzufolge konnte er, selbst wenn er es wollte, überhaupt keine Rentabilitätsrechnungen über die wirkliche Effektivität „seiner“ Produkte anstellen. Das hatte zur Folge, dass häufig im Export noch nicht einmal die realen Importaufwendungen erlöst wurden. Der Betrieb hatte dadurch keinen Schaden, alles wurde planmäßig gestützt.

Ein weiteres die Effektivitätssteigerung hemmendes Element war, dass sich in der Wirtschaftspraxis der DDR, wie in anderen sozialistischen Ländern auch, zunehmend eine auf die Menge orientierte „Tonnenideologie“ und ein „Warenproduktionsfetischismus“ (Warenproduktion = hergestellte Produktion mal Planpreis) herausgebildet hatte. Wer am meisten produzierte und kooperierte, war der beste, nicht der, der am effektivsten arbeitete. Die Pläne der Betriebe und Kombinate wurden vorrangig nach Steigerungsraten dieser Mengenkennziffern beurteilt, insbesondere auch von den Parteiorganen.

### **Zur Rolle der Zentrale in der Wirtschaftspolitik**

Die Rolle der SED in der Wirtschaftspolitik der DDR sollte man differenziert betrachten. Zweifelsfrei bedurfte die Wirtschaftsstrategie der DDR der Zustimmung des Politbüros. Das ergab sich aus der personifiziert falsch verstandenen „führenden Rolle der Partei“, die in der Verfassung der DDR verankert war. Praktisch darf man sich das aber nicht so vorstellen, dass hinter verschlossenen Türen im kleinsten Kreis die wirtschaftspolitischen Entwicklungen bestimmt wurden. An deren Vorbereitung hat eine Vielzahl hoch qualifizierter Wirtschaftskader auf den unterschiedlichsten Ebenen mitgewirkt – einige von ihnen

sitzen heute mit im Raum –, wenn auch nicht immer deren Vorstellungen durchgesetzt werden konnten.

Es ist m.E. offen und bedarf durchaus weiter gehender Diskussionen, wo in einem künftigen Sozialismus die staatlich verbindlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen getroffen werden.

Von einer „Wirtschaftsdemokratie“ beispielsweise nach jugoslawischem Muster, wo für Entscheidungen der Betriebsrat zusammen gerufen werden muss, halte ich nichts. Ich habe selbst in Verhandlungen mit jugoslawischen Partnern erlebt, dass der Betriebsdirektor sich für inkompetent erklären musste, die Verhandlung unterbrach, um erst eine Entscheidung des Betriebsrates herbeizuführen. M.E. müssen Leiter entscheiden können, aber sie müssen für ihre Entscheidungen auch gerade stehen und zur Verantwortung gezogen werden können. Das gilt für die zentrale Ebene ebenso wie für den Betrieb.

### **Zur Theorie und Praxis der Plandiskussion**

In der DDR gab es „Plandiskussionen“. Diese waren solange eine richtige Methode der Beteiligung der Werktätigen an der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Betriebes, wie die Ergebnisse dieser Plandiskussionen auch Eingang in den Plan fanden. Von dem Moment an, wo statt des diskutierten Planes durch die Zentrale den Betrieben ein Plan oktroyiert wurde, entwickelte sich die Plandiskussion zur Farce und der Wille der Betriebskollektive wurde weitgehend ignoriert.

**Hans Watzek**

## **Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften – Erfahrungen und Entwicklungspotenziale**

In der bisherigen Beratung ging es bei der Bewertung der Probleme und Erfahrungen der sozialistischen Wirtschaft der DDR nur um den volkseigenen Teil und das Volkseigentum. Die genossenschaftliche Entwicklung, das genossenschaftliche Eigentum wurde bisher nicht beachtet. Dazu einige Bemerkungen und Bewertungen.

In der DDR (80er Jahre) bestanden 2700 Produktionsgenossenschaften des Handwerks, (PGH) mit 150.000 Mitgliedern, 200 Gartenbaugenossenschaften (GPG) mit 150.000 Mitgliedern und 3850 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) mit 850.000 Mitgliedern.

Die LPG waren ab 1960 die dominierende Unternehmensform in der Landwirtschaft der DDR. Von den LPG wurden mehr als drei Viertel der primären Agrarproduktion erbracht.

Neben den Produktivgenossenschaften gab es noch andere Genossenschaftsformen wie Konsumgenossenschaften sowie Wohnungsbau- und Handelsgenossenschaften. Das waren aber keine nur für die sozialistische Entwicklung typische Formen. Auch in der BRD gibt es unterschiedliche Formen von Genossenschaften. Außer den Wohnungsbaugenossenschaften handelt es sich fast ausschließlich um Genossenschaften auf den Gebieten der Distribution und Zirkulation, von Konsum-, über Einkaufs- und Absatz-, bis zu Kreditgenossenschaften.

Die Besonderheit und das Bewahrenswerte der genossenschaftlichen Entwicklung in der DDR waren die Produktionsgenossenschaften, in denen sich die Eigentümer von Produktionsmitteln zu gemeinsamer, kollektiver Produktion zusammenschlossen.

Die Entwicklung der Produktionsgenossenschaften in der DDR war nicht auf das von Schultze-Delitzsch konzipierte Genos-

senschaftsgesetz von 1889 zurückzuführen, das Grundlage der Genossenschaften in der BRD war. Sie waren vielmehr Ausdruck für das Bestreben, in der deutschen Gesellschafts-, Unternehmens- und Agrargeschichte ein neues Kapitel aufzuschlagen, das bereits mit der Bodenreform eingeleitet worden war. Diese Reform hatte zwar die genossenschaftliche Entwicklung nicht unmittelbar ausgelöst, aber Voraussetzungen für den Zusammenschluss bodenbesitzender Bauern geschaffen.

Der genossenschaftliche Weg in der Landwirtschaft in der DDR hat sich trotz Aktionismus, Deformierungen und oft administrativer Eingriffe in die Entwicklung der LPG bewährt. Deshalb konnte auch die EU-Kommission feststellen, dass die Landwirtschaft ein stabiler Wirtschaftszweig der DDR war.

Auch unter den Bedingungen administrativer, zentralistischer Planung und Leitung konnten sich die Bäuerinnen und Bauern in der LPG ein bestimmtes Maß an Eigenständigkeit und Flexibilität sichern. In den Genossenschaften war eine breite und wirksame Mitbestimmung und Mitgestaltung durch die Bauern möglich. Obwohl die Reproduktion des genossenschaftlichen Eigentums durch administrative Maßnahmen der Planung und anderer Regelungen Begrenzungen unterlag, konnten die Genossenschaftsmitglieder ihr genossenschaftliches Eigentum ständig erweitert reproduzieren. Ende der 80er Jahre betrug das Bilanzvermögen der LPG (ohne Grund und Boden) etwa 100 Milliarden Mark der DDR.

Neben der Sicherung einer stabilen Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln leistete die Landwirtschaft auch einen wachsenden Beitrag zum Export der DDR.

Wichtig für die LPG-Mitglieder war das hohe Maß an sozialer Sicherheit und die Realisierung gleicher sozialer Normen wie in den anderen Bereichen der Wirtschaft.

Damit verbunden waren die Überwindung sozialer und kultureller Rückstände in den Dörfern und die Entwicklung eines Wertesystems, das immer stärker von Gemeinsinn, Solidarität und gegenseitiger Unterstützung geprägt war. Die LPG waren nicht nur Produktionsbetrieb sondern auch soziale Einheit in den Dörfern. Sie waren dort oft der wichtigste Arbeitgeber und schufen entscheidende Grundlagen für die Entwicklung ländlicher Räume.

Sie bildeten den landwirtschaftlichen Nachwuchs aus und gewährleisteten die Sicherheit des Arbeitsplatzes. In wachsendem Umfang trugen die LPG zur Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen und der erforderlichen sozialen und kulturellen Infrastruktur in den Dörfern bei. Die LPG waren Träger sozialer Einrichtungen wie Kindergärten und -krippen, Kinderferienlager und Ferienheime. Als gesellschaftliche und kulturelle Zentren in den Dörfern initiierten und unterstützten sie Dorf- und Jugendklubs und andere kulturelle und sportliche Initiativen und Einrichtungen.

Diese Entwicklung und die dabei durch die Bauern gesammelten Erfahrungen waren wohl ausschlaggebend dafür, dass sie sich mehrheitlich, im Umstrukturierungsprozess der LPG nach 1990 wiederum für gemeinschaftliche Formen der Produktion und der Arbeit entschieden haben.

Das Ziel der politischen Klasse der BRD bestand darin, bei der Umstrukturierung der ostdeutschen Landwirtschaft möglichst gleiche Eigentumsverhältnisse und Strukturen herauszubilden wie sie in den alten Bundesländern bestanden und genossenschaftliche Entwicklungen zu behindern. Produktionsgenossenschaften mit ihren betrieblichen und sozialen Orientierungen passten nicht in die unter kapitalistischen Bedingungen gestaltete Landwirtschaft der BRD. Man spürte die Sorge, dass Produktionsgenossenschaften sozialistische Inhalte weiter führen könnten. Ausdruck dafür war in den 90er Jahren der Slogan von den „Roten Genossenschaften im Osten“.

Nachdem sich die Mehrheit der Bauern, die noch Arbeit hatten in den neuen Bundesländern für gemeinschaftliche Formen der Produktion und Arbeit entschieden hatten, wurden sie diffamiert. Die Bauern seien durch die Arbeit in den LPG nicht mehr in der Lage einen eigenen Betrieb zu bewirtschaften, es fehle ihnen an der notwendigen Qualifikation und an Risikobereitschaft.

Nach soziologischen Untersuchungen und Befragungen in den 90er Jahren und im Jahr 2000, waren für die Entscheidungen der Bauern andere Beweggründe ausschlaggebend:

- Die Befragungen zeigten, dass bei der Mehrheit der ehemaligen LPG-Mitglieder die Gewohnheit und das Bedürfnis nach Gemeinschaftlichkeit stark ausgeprägt war. Wesentlich war: Streben nach sozialer Sicherheit und Solidarität, nach Entfaltung und Anerkennung in der Gemeinschaft.
- Von den befragten Bauern wurden die soziale Vorzüge von Genossenschaften und anderen Gemeinschaftsunternehmen hervorgehoben: Arbeitsteilung und Spezialisierung sowie erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten können hier besser genutzt werden als in Familienbetrieben.
- Von der Mehrheit der befragten ehemaligen LPG-Bauern wurde die einzelbäuerliche Wirtschaft als persönliche Alternative zur Genossenschaft abgelehnt.

Im Unterschied zu den anderen Bereichen der Wirtschaft vollzog sich deshalb der sogenannte Transformationsprozess in der Landwirtschaft Ostdeutschlands anders als von der politischen Klasse der BRD vorgesehen und erwartet. Trotz Überstülpen der EU-Agrarpolitik hat sich die Mehrheit der Bauern nicht für kleinbäuerliche Betriebe sondern für gemeinschaftliche Formen der Produktion und Arbeit entschieden. In der Landwirtschaft der neuen Bundesländer haben sich Entwicklungen vollzogen und Strukturen herausgebildet, die sich von denen im früheren Bundesgebiet und auch in den anderen EU-Ländern grundsätzlich unterscheiden. Real bestehen in Deutschland zwei unterschiedliche Landwirtschaften. Augenfällig sind diese Unterschiede insbesondere bei den Betriebsgrößen und den Rechtsfor-

men, den Eigentumsverhältnissen und der Arbeitsverfassung.

In Ostdeutschland werden 75 Prozent der Nutzfläche und der Tierbestände in Gemeinschaftsbetrieben, in Agrargenossenschaften, Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften bewirtschaftet. Dabei ist besonders der Anteil der Agrargenossenschaften mit 30 Prozent hervorzuheben. Sie sind Bestandteil der Agrarverfassung der BRD geworden. Mit den Agrargenossenschaften hat sich die Form des genossenschaftlichen Eigentums in der Landwirtschaft bewährt, natürlich unter Berücksichtigung, dass im Kapitalismus auch Genossenschaften den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion unterworfen sind. In den Produktivgenossenschaften (e.G.) sind die Mitglieder sowohl Eigentümer als auch Produzenten. Nach §1 Genossenschaftsgesetz besteht der Zweck der e.G. in der Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes. Es geht also vorrangig um das Gemeinwohl der Mitglieder, nicht um Profitstreben. Die Umsetzung dieser Ziele stößt allerdings unter kapitalistischen Bedingungen an Grenzen.

Dass dieser Weg in der Landwirtschaft Ostdeutschlands möglich wurde, ist besonders auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Die Sicherung der Ergebnisse der Bodenreform beim Anschluss der DDR an die BRD.
- Die Treuhandanstalt hatte nur einen begrenzten Einfluss auf die Umstrukturierung der Landwirtschaft, er betraf nur den volkseigenen Teil. Über das genossenschaftliche Eigentum entschieden die Bauern in eigener Verantwortung.
- Trotz auch negativer Erfahrungen hatten die meisten Bauern in der DDR die positiven Seiten einer gemeinschaftlichen Produktions-, Arbeits- und Lebensweise verinnerlicht.
- In der Landwirtschaft konnte der in allen anderen Bereichen, mit politischen, ökonomischen und juristischen Mitteln durchgesetzte Elitenwechsel nur begrenzt realisiert werden. Die Bauern haben sich in demokratischen Entscheidungen wieder für qualifizierte Fachleute zur Leitung der Umstrukturierung ihrer LPG entschieden, solche die sich bereits in der DDR als Leiter bewährt hatten.

Bei der Diskussion über einen Sozialismus im 21. Jahrhundert sollten diese Erfahrungen genossenschaftlicher Arbeit unbedingt berücksichtigt werden.

**Kurt Fenske**

## **Probleme der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der ökonomischen Integration im RGW**

Zu Beginn eine Vorbemerkung: Die Außenwirtschaft und die Integration der RGW-Länder sind meines Erachtens als Modell für eine zukünftige sozialistische Entwicklung nicht besonders geeignet.

Es ist zu bedenken, dass dieses Modell in einer Ausnahmesituation, die sich wohl nicht wiederholen wird, entstanden ist. Die UdSSR entwickelte sich – der Aufbau des Sozialismus in einem Land war von Anfang an diskussionswürdig – ausgehend von größter Armut und Rückständigkeit, mit fürchterlichen Kriegen und ständiger Bedrohung durch Krieg und Erpressung. Diese Bedingungen erforderten die Konzentration aller ökonomischen Potenzen auf die Entwicklung der Schwer- und Verteidigungsindustrie. Das soll nicht weiter erläutert werden, es ist bekannt. Diese Situation provozierte ein Modell der Wirtschaftsleitung, das durch totale Planung, Beherrschung des Mangels, durch Kommandowirtschaft und ähnliches gekennzeichnet war.

Dem diente auch der Außenhandel der UdSSR auf Grundlage des Außenhandelsmonopols. Die Gestaltung des Außenhandels und besonders auch die Methoden der ökonomischen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW wurden weitgehend durch das innere System der Planung und Leitung der Wirtschaft bestimmt. Nur auf dieser Basis konnte es funktionieren. Strikte und umfassende Planung im Inneren und freie Marktwirtschaft zwischen den RGW-Ländern schließen einander aus.

Am Beispiel der Preisbildung zwischen den RGW-Ländern will ich das zeigen: Nach dem Krieg wurde zwischen der UdSSR und den anderen RGW-Ländern der Handel auf Grundlage der Stopppreise des Jahres 1938 durchgeführt, ab Beginn der 50iger Jahre sollte der Handel auf Basis der Weltmarktpreise der Jahre

1949/1950 erfolgen. Tatsächlich gab es beträchtliche Abweichungen von diesem Prinzip, das auch während des Koreakrieges und danach galt, obgleich wegen des Koreakrieges die Weltmarktpreise stark gestiegen waren. Die Exporte Polens in die UdSSR und die DDR erfolgten daher weit unter dem aktuellen Weltmarktpreis.

Nach den Ereignissen in Poznan im Jahr 1956 forderte der polnische Parteichef Gomułka von der UdSSR für die Kohlelieferungen Weltmarktpreise. Dem wurde zugestimmt und dann zwischen allen RGW-Ländern generell zu Weltmarktpreisen gehandelt. Es gab beim Abschluss der Lieferverträge einen heftigen Streit über die anzuwendenden Preise, die unterschiedlichen Interessen prallten aufeinander, und oft einigte man sich nicht: Der Umfang des Handels schrumpfte und es gab beachtliche Störungen in der Wirtschaft der beteiligten RGW-Länder.

Als Reaktion auf diese Lage- und weil die Lösung der Grundfragen des Außenhandels zwischen den RGW-Ländern herangereift war, wurde in den Jahren 1956/1957 das System des RGW-Handels entwickelt. Der Außenhandel sollte die planmäßige volkswirtschaftliche Entwicklung unterstützen. Zuerst gab es Festlegungen zur Preisbildung. Die Preise sollten für den Zeitraum eines 5-Jahrplans stabil bleiben und auf Grundlage der Weltmarktpreise eines fünfjährigen Basiszeitraums vereinbart werden. Es wurde das Inkassosystem (Sofortinkasso), die allgemeinen Lieferbedingungen, die Gründung von Außenhandelsbanken, der Kreditmechanismus u.a. entschieden. Das beschlossene Regelwerk war effizient und sinnvoll zur Abwicklung des Außenhandels im Rahmen von Handelsabkommen.

Parallel zu diesen Vereinbarungen wurde das System zur Abstimmung der Volkswirtschaftspläne zwischen den Plankom-

missionen der RGW-Länder entwickelt. Ausgehend von den nationalen Bilanzen wurden zwischen den Plankommissionen die gegenseitigen Warenlieferungen festgelegt. In Handelsabkommen wurden die Ergebnisse der Plankonsultationen unter setzt und die Lieferungen verbindlich vereinbart. Das war dann für die Außenhandelsbetriebe die Arbeitsgrundlage.

Für Länder wie Kuba, Vietnam, die Mongolei u.a. gab es gesonderte Entscheidungen – zum Beispiel wurde für Zucker bei einem aktuellen Weltmarktpreis in Höhe von ca. 300 Rbl./t ein Preis von 500 Rbl./t festgelegt, der sich erhöhen sollte, falls der Weltmarktpreis über 500 Rbl./t steigt.

Darüber hinaus gab es funktionierende Projekte der Zusammenarbeit im RGW wie die Investitionsbeteiligungen zur Sicherung der Rohstoffbasis, insbesondere für Erdöl und Erdgas, der gemeinsame Bau von Kernkraftwerken, der Stromverbund, der Bau von Erdöl- und Erdgasleitungen, das Kernforschungsinstitut in Dubna u.a.

Gleichzeitig wussten alle Beteiligten, dass im RGW das real vorhandene Potential der internationalen Arbeitsteilung und der ökonomischen Zusammenarbeit bei weitem nicht für die ökonomische Entwicklung nutzbar gemacht wurde. Außerdem wurden die Effektivität und der Aufwand bei der Festlegung der Warenlisten für den Handel kaum berücksichtigt. Daher gab es viele Aufgabenstellungen, deren Ziel die Vertiefung der Arbeitsteilung und die Erhöhung seiner Effektivität war. Die Themen dieser Arbeit gruppierten sich um die Entwicklung einer eigenen Preisbasis, also die Loslösung von Weltmarktpreisen, die Einführung einer konvertiblen Währung, zunächst für den Rubel, den Handel außerhalb der Warenlisten und die direkte Zusammenarbeit der Produzenten. Hierzu gab es oft qualifizierte Arbeitsergebnisse, die aber letztlich nicht praxiswirksam wurden. Das bestehende Planungssystem erwies sich als ein Hemmnis. Im RGW konnten Vorschläge nur wirksam werden, wenn sie nicht im Widerspruch zum Planungssystem standen.

Eine wichtige Frage war: Welche Rechte hatte der RGW? Alle Beschlüsse mussten einstimmig gefasst werden. Lieferverpflich-

tungen ergaben sich nur aus bilateralen Übereinkünften. Der RGW war kein supranationales Organ, alle Beschlüsse bedurften der nationalen Zustimmung, bevor sie verbindlich wurden. Das machte den RGW unbeweglich. Der Vorschlag der DDR in den 60iger Jahren, dem RGW Planungshoheit für den RGW als Ganzes zu geben, wurde von der UdSSR nicht akzeptiert.

In diesem Zusammenhang zwei Bemerkungen: Meines Erachtens beschäftigt sich derzeit die Linke zu wenig mit Fragen, die sich aus der Entwicklung der Globalisierung und des Weltmarktes ergeben. Wir wären gut beraten, wenn wir aktiv mit solchen Organisationen wie WEED oder Attac zusammenarbeiten würden. Außerdem: Die Tätigkeit von Vertretern der Bundesregierung im Rahmen der WTO, der Weltbank u.ä. ist wenig transparent und unterliegt kaum einer Kontrolle des Bundestags. Dieses Defizit sollte von der Linken in der Öffentlichkeit kritisiert werden.

Nicht selten stößt man in Auseinandersetzungen über die ökonomische Situation der DDR auf die Behauptung: "Die DDR war pleite", und das bezog sich auf ihre Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet. In der Öffentlichkeit stützt sich diese Behauptung auf einen Bericht leitender Wirtschaftsfunktionäre an den damaligen Generalsekretär Krenz zur Lage der Wirtschaft der DDR<sup>86</sup>, in dem sinngemäß steht: Die Verschuldung gegenüber dem Westen beträgt 49 Mrd. Valutamark, und wenn wir so weitermachen, werden wir bald zahlungsunfähig sein. Die Angaben zur Verschuldung in diesem Bericht waren falsch. Den für die Erarbeitung der Zahlungsbilanz Verantwortlichen wurden durch einige Funktionäre des Bereichs Kommerzielle Koordination und auch der Finanzorgane pflichtwidrig große Valutabestände nicht mitgeteilt. Die Deutsche Bundesbank hat nach jahrelanger, gründlicher Arbeit in

---

<sup>86</sup> Schürer, G.: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen vom 30.10.1989, Vorlage für das Politbüro vom 30. Oktober 1989, in: DA, H. 1992/12.

ihrem Bericht vom August 1999<sup>87</sup> den tatsächlichen Stand der Verschuldung mitgeteilt: 20 Mrd. Valutamark, also weniger als die Hälfte dessen, was im Bericht an Krenz stand. Das wesentliche an dieser Verschuldung von ca.10 Mrd. Dollar ist nicht der Betrag, sondern der Umstand, dass zur Tilgung Exporte in Höhe von 80 Mrd. Mark der DDR erforderlich waren. Die Prognosen im Bericht gingen von der Annahme aus, dass die fehlerhafte Wirtschaftspolitik unverändert fortgesetzt wird. Der Bericht sollte aufrufen, die Wirtschaftspolitik zu ändern.

In der Diskussion wurde zutreffend erwähnt, dass zuweilen die Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten des RGW behindert wurde, weil einer der Partner seine Position als Zulieferer ausnutzte, um unberechtigte und maßlose Preisforderungen geltend zu machen. Dergleichen wird nach meiner Auffassung auch in einer zukünftigen Gesellschaft nicht zu vermeiden sein. Eine Volkswirtschaft wird sich nur dann erfolgreich entwickeln, wenn Konflikte und unterschiedliche Interessen ausgestritten werden. Das galt gerade auch für den RGW.

Auch aus diesem Grund halte ich die Überlegung für unreal, als Grundlage für die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums einer zukünftigen Gesellschaft die Preise entsprechend dem Arbeitsaufwand, unter Nutzung der neuen Möglichkeiten der modernen Datenverarbeitung, zentral festzulegen. Im Preis konzentrieren sich die unterschiedlichen Interessen und Widersprüche der Beteiligten, und diese lassen sich nicht von einer Zentrale steuern.

Im RGW gab es auf hoher Ebene umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen und Auseinandersetzungen, ob nicht eine eigene Preisbasis des RGW, ausgehend vom nationalen volkswirtschaftlichen Aufwand für die Produktion, dem RGW-Handel zu Grunde gelegt werden sollte. Letztlich scheiterten diese Bemühungen an zwei Fragen: Die politischen und ökonomischen Bedingungen in den einzelnen RGW-Ländern waren zu unterschiedlich,

um die finanziellen, die sozialen und die Lohnsysteme in übersehbarer Zeit so anzugleichen, dass die Kosten und Aufwendungen der Produktion in den einzelnen Ländern vergleichbar erfasst werden können. Der Haupteinwand aber war: Das Land mit der höchsten Produktivität hätte die niedrigsten Kosten und damit auch die niedrigsten Preise gehabt. Hohe Produktivität wäre bestraft worden.

Wir haben lernen müssen, wie wichtig es für die innere Stabilität des Staates, vor allem auch für die ökonomische Initiative der Menschen ist, dass sie für ihr sauer erarbeitetes Geld auch die Waren kaufen können, die sie benötigen und erwerben wollen. Gleichermaßen bedeutsam für die Entwicklung der Volkswirtschaft ist die unbehinderte Teilhabe an der internationalen Arbeitsteilung. Diese Aufgabenstellung ist mit der Konvertibilität der Währung und dem freien Handel verbunden.

Meine Phantasie reicht nicht aus, um mir den konkreten Weg zu einer sozialistischen Entwicklung unter den Bedingungen der heutigen Globalisierung vorzustellen. Eines erscheint mir aber sicher. Wenn es die Verhältnisse erlauben: Die enge Verbindung zum Weltmarkt und auch die Konvertibilität der Währung verdienen, verteidigt zu werden.

---

<sup>87</sup> Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt am Main 1999.

## Probleme der sozialistischen ökonomischen Integration, der Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR und der Entwicklungspolitik

### Zwei Vorbemerkungen

1. Es gibt mindestens vier Wege, um mit dem Verlust Deutsche Demokratische Republik umzugehen:

- man kann Witze und komische Storys erzählen – das können Außenhändler/innen ganz besonders gut;
- man kann Berge von Papier voll schreiben, was soziale und ökologische Schäden auslösen könnte;
- man kann große Hektik entwickeln, sollte aber die Familie und die Freunde nicht all zu sehr nerven;
- man kann aber auch mit oder ohne Kombination mit einem bzw. mehreren der vorstehenden Wege einen vierten wählen: sich bemühen, die eigenen Erfahrungen aus dem Leben vor dem jetzigen zielgerichtet in die Arbeit an sozialistischer Programmatik und in praktische Politik münden zu lassen. Dabei geht es insbesondere um die Problemkreise *Politikstil*, *nachhaltige Entwicklung* und in diesem Kontext um verantwortungsvolle *Entwicklungspolitik*.

2. Sollen die Anstrengungen hierbei produktiv, d.h. politikwirksam werden, wären drei Tatsachen bzw. Prinzipien zu berücksichtigen:

- Es kann nicht darum gehen, aus der bisherigen Geschichte Schlussfolgerungen zu ziehen, was man wie machen sollte, würde nochmals eine mit der Anfangsgeschichte der DDR vergleichbare historische Situation entstehen, die die Chance einer sozialistischen Entwicklung bieten könnte.

Eine solche Situation wird nicht eintreten.

- Dass wesentlich durch die sowjetische Besatzungsmacht ein spezifisches Gesellschaftsmodell auch in Ostdeutschland eingeführt wurde, bedeutet nicht, dass dadurch die Herausforderung entfallen wäre, die strukturellen Ursachen dafür zu analysieren, dass letztendlich die Volkswirtschaft der DDR zunehmend an Reproduktionsfähigkeit verloren hat.

- Der Außenhandel zwischen den RGW-Mitgliedsländern war weitgehend ein Warenaustausch. Das betraf insbesondere DDR-Exporte zur Sicherung von Rohstoff- und Leistungsimporten. Allerdings muss darin kein Kardinalproblem gesehen werden, sondern ein Ergebnis internationaler Arbeitsteilung. Es wird hier also nicht die Position geteilt, dass der Warenaustausch für die DDR negativ war bzw. ein Faktor ihres Niederganges. Sie hätte die erforderlichen Rohstoffe nicht auf den Weltmärkten kaufen können.

- Die im Jahre 2006 weitergeführte Auseinandersetzung mit den sozialistischen Versuchen sollte nicht außer acht lassen, dass in Übereinstimmung mit dem Sozialismus-Verständnis, wie es im geltenden Programm der Linkspartei.PDS entwickelt wurde, die DDR nicht (mehr) als sozialistischer Staat zu bewerten wäre. Allerdings mindert das keineswegs ihre Leistungen bzw. die Anstrengungen und Erfahrungen jener, die sich für die DDR und in der DDR für Sozialismus engagiert haben.

### Eine zentrale These und vier untersetzende Argumente

*Die konsequent linke Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR wirbt für das transformatorische Projekt demokratischer Sozialismus. Seine Realisierung erfolgt als ständiges Ringen um die demokratische*

*Milderung und schrittweise Lösung sozialer, ökologischer und globaler Probleme, um sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Eine vorrangige Herausforderung für Politik, die nachhaltige Entwicklung anstrebt, ist verantwortungsvolle Entwicklungshilfe.*

a) Insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Untergang der DDR und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe RGW zwingt zur Auseinandersetzung mit der *Nachhaltigkeitsstrategie und der Entwicklungspolitik* der Bundesrepublik und der Europäischen Union. Gegenwärtig wäre vor allem gegen die Verhandlungsstrategie zu den EPA, den Europäischen Partnerschaftsabkommen mit den APK-Staaten, zu protestieren.<sup>88</sup> Diese Verhandlungen und die mit ihnen verbundene Politik zielen keineswegs darauf, den Außenhandel und die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu nutzen, *um die vorhandenen Ressourcen und Stärken der ehemals europäischen Kolonien zu fördern und dort Schritte hin zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung zu begünstigen. Im Gegenteil, sie zerstören Ressourcen und Chancen für die Lösung von Problemen.*

Leider hat Politik auch in der DDR Ressourcen und Chancen zerstört. Manche Kombinatbildung wurde über den Erhalt von Exportkapazitäten gestellt, so zum Beispiel beim Werkzeugmaschinenkombinat 7. Oktober. Da wurden Betriebe, die Werkzeugmaschinen für unterschiedliche Technologien produzierten, so miteinander verbunden, dass der zum Stammbetrieb mutierte VEB 7. Oktober seine Weltmarktposition beim Spitzendrehen verlor. Der einstige KD-Beschaffer, von denen die

---

<sup>88</sup> Die EPA sind Freihandelsabkommen, die die APK-Länder, darunter einige der weltweit am wenigsten entwickelten Länder, ab 2008 benötigen, die wichtigsten Maßnahmen zum Importschutz aufzuheben. Die EU will die weitgehende Liberalisierung in den Bereichen Wettbewerb, Investitionen, Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte und staatliches Auftragswesen. Nach einer Studie des Commonwealth-Sekretariats zufolge könnten die Verluste der APK-Staaten ca. 9,3 Milliarden Euro betragen. Ansätze regionaler Integration werden durch die EPA untergraben.

DDR viel zu wenige hatte – KD wie konvertierbare Devisen – geriet in die roten Zahlen und verharnte dort lange.

b) *Das Schlimmste an der DDR und ihren „Bruderstaaten“ war, dass man die eigenen Ressourcen gering schätzte*, vor allem die Schöpferkraft der Menschen, die Natur und was man selbst aufgebaut hat. Stichworte: Demokratiedefizite und Repressionen, Voluntarismus, Investitionsruinen und ausgebliebene „Werterhaltung“.

Es gab durchaus SED-Mitglieder, die z.B. eine Alternative auf den Tisch gelegt und aufgezeigt hatten, wie z. B. der DDR-Werkzeugmaschinenbau durch die Kombinatbildung zum großen Gewinner hätte werden können, entsprechend der *drei Grundprinzipien: die Stärken – insbesondere die Exportstärken – entwickeln, die Wertschöpfungsketten rationalisieren und Transportabhängigkeiten minimieren, die Zusammenarbeit im RGW forcieren und an ressourcenökonomischer Bedarfsbefriedigung ausrichten.* Die Arbeitsgruppe Schleifen im Rat der Gegenseitigen Wirtschaftshilfe war eine der wenigen, die funktionierte, weil man diesen Prinzipien anhing und den großen Bedarf, vor allem der Sowjetunion, an Werkzeugmaschinen, Ersatzteilen und Kundendienstleistungen als *gemeinsamen Vorteil* zu nutzen verstand.

c) *Leider aber war die DDR eine „Vorreiterin der Globalisierung“ im Sinne der Entgrenzung betriebswirtschaftlicher Prozesse.* Sie hat Lohnkooperationen und Zulieferungen insbesondere nach Polen, in die CSSR und nach Ungarn verlagert und immer häufiger Krisenfaxe mit solchen Drohungen erhalten wie: Wenn Ihr nicht 100 Prozent Preissteigerung zahlt – es ging hoch auf 400 und 800 Prozent – dann kommen die Benzinfilter für Wartburg und Trabant nicht, dann wartet mal auf die Knopflöcher in der Berufsbekleidung und die Baugruppen für Fortschritt Landmaschinen.

Außerdem hatten „Innovationen“ und „Importablösungen“ bei der Deutschen Reichsbahn die Transportprobleme zusätzlich drastisch gesteigert. „Produktionsstillstand“ hieß das permanente Gespenst. Dennoch haben Preisprobleme nicht zu

derartigen Störungen geführt. Es wurden immer Lösungen gefunden.

Die ökonomisch „wunderlichen“ Geschäfte, mit denen derartigen Importe verknüpft waren, hingen häufig mit der Verstaatlichung kleiner und mittlerer Privatbetriebe Anfang der 70er Jahre und der Bildung mancher Kombinate zusammen, wodurch inländische Zulieferer verschwanden. Diese Operationen hatten mit einem weiteren großen Problem zu tun: Mit den RGW-Preisen, die auf der Grundlage von Weltmarktpreisen gebildet wurden. Diese entsprachen aber kaum oder nicht den Bedingungen in den RGW-Ländern, waren vielfach unbekannt bzw. es gab gar keine vergleichbaren Lieferungen auf den Weltmärkten. Auf Grund des Mangels an konvertierbaren Devisen konnte keine glaubhafte Preisdokumentation beschafft werden bzw. sie konnte nicht vorliegen, weil das Geschäft völlig einzigartig war.

Das alles förderte „politisch begründete“ Entscheidungen durch „sehr wichtige Persönlichkeiten“, die selbstverständlich gut gemeint waren und Beschäftigungsprobleme in anderen RGW-Staaten lindern sollten, aber insgesamt ungenügend durchdacht waren.

Dennoch beförderte der Fakt, dass es die Beschäftigungsprobleme und viele andere Engpässe gab, keine tatsächlich folgenreiche Diskussion im RGW darüber, wie man die Kräfte bündeln sollte, *damit die Volkswirtschaften reproduktions- und entwicklungsfähig bleiben bzw. werden und einen zunehmend funktionierenden gesellschaftlichen Alltag sichern können.*

d) Die Beschäftigten, Betriebe, Kombinate, Ministerien und die Staatliche Plankommission wussten von den Diskrepanzen zwischen Inlands-, Außenhandels- und Weltmarktpreisen. Diese Diskrepanzen hatten viele gewichtige Ursachen und waren zum großen Teil auch wirtschaftspolitisch begründet. Sie hatten allerdings auch zur Folge, dass die Nettoexporteure sich reich rechnen konnten, denn eine alternative Berechnungsgrundlage hatten die Betriebe nicht.

Häufig kam jedoch die Hauptabteilung Preise des Ministeriums für Außenhandel in die Außenhandelsbetriebe und Kombinate und erklärte viele der für die Betriebe

rentablen Ex- und Importe zu volkswirtschaftlichen Verlustgeschäften. Sie konnte und musste, oft losgelöst von den konkreten betrieblichen Prozessen der Warenproduktion, erklären: Für die Erwirtschaftung einer DM müssen wir Produktion in Höhe von 4,20 bis 4,60 Mark der DDR verkaufen, besser gesagt: verkaufen *können*, auch wenn es die begehrte Kühlschrankschrankplaste war. Mancher Kühlschrank, manche Gefriertruhe, nach denen es in der DDR und im RGW eine große und ungedeckte Nachfrage gab, wurden demontiert, um diese Plaste für konvertierbare Devisen zu verkaufen.

Da war es aber schon in mehrfachem Sinne verdammt spät: Man hatte *vom Westen Kredite aufgenommen*, die man sicher nicht aufgenommen bzw. anders verwendet haben würde, hätte man gewusst, dass die damit verbundenen Belastungen erstens auf Grund der Exportprobleme und der auch nach Helsinki 1975 gebliebenen „eisernen Wand“ des Westens viel, viel größer waren als man dachte.<sup>89</sup> Und dass man zweitens mit dem Schuldenberg

---

<sup>89</sup> „Absatzprobleme hatten wir nie. Der Bedarf ist größer gewesen als das Aufkommen. Aber der Bedarf in das ‚nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet‘ befriedigte uns nicht. Dafür gab es Gründe, die nicht bei uns lagen, auch nicht an den Erzeugnissen und nicht an den Preisen. Wenn man wie wir in die Hauptproduktion von Schlüsselzweigen führender kapitalistischer Länder liefern wollte, stieß man nicht selten auf eine eiserne Wand. So wie wir uns nicht abhängig machen wollten von Lieferungen aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet, so wollte kein westlicher Konzern seine Produktion von Lieferungen aus der DDR abhängig machen. Ich habe ... großen Aufwand betrieben, um mit Lieferungen in einen nordamerikanischen Großkonzern zu kommen. Da stand dann auch eine Maschine von uns zur Probe, aber zwei Jahre lang wurde behauptet, man wäre nicht zufrieden, wir sollten sie zurücknehmen. Und nachdem das schließlich geschah, hat der Chefeinkäufer dieses Konzerns unserem US-amerikanischen Vertreter unter vier Augen gestanden, es habe sich um eine politische Entscheidung gehandelt. (Dellheim, A.: Wir rechneten uns reich, in: ohnMacht. DDR-Funktionäre sagen aus, Herausgegeben von Zimmermann, B. und Schütt, H.-D., Berlin 1992, S. 17).

nicht souverän agieren konnte, auch nicht in Sachen sozialistischer ökonomischer Integration. Drittens konnte man so auch nicht – wie man es gerne getan hätte – „gesellschaftliche Bedürfnisse“ befriedigen, die wahrscheinlich in ihrer Dimension gar nicht entstanden wären, wenn der angebliche Eigentümer der tatsächliche gewesen wäre und hätte wissen können, was wie viel ihm und der Volkswirtschaft kostet.

## Zwei Anmerkungen

Wer durch ihre/seine Arbeit im DDR-Außenhandel Erfahrungen gewinnen konnte, wertet vielleicht Diskussionen zur Integration von Entwicklungsländern besonders. „Besonders“ im Sinne einer spezifischen Synthese aus politischem Denken und Emotion einerseits und der theoriegestützten Begründung von entwicklungspolitischen Alternativen andererseits.

Zwei abschließende Bemerkungen:

1. Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung der APK-Länder leben in der Sub-Sahara-Zone. Um möglichst „rationell“ die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen zu führen, hat die Europäische Kommission die früheren europäischen Kolonien in sechs Regionen aufgeteilt: Vier in Afrika, eine in der Pazifik und eine in der Karibik. Dabei interessieren nicht die Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen diesen Ländern und schon gar nicht Ansätze und Vorhaben regionaler Integration. Was interessiert, sind die *konzipierten Marktgewinne vor allem für EU-europäische Global Player, insbesondere ihr Zugriff auf Naturressourcen*. Die Zerstörung lokaler Industrien, landwirtschaftlicher Strukturen und natürlicher Lebensbedingungen spitzt die ohnehin dramatischen sozialen Probleme zu – Hunger, Seuchen und Unterentwicklung mit ihren katastrophalen menschlichen Folgen. Deren Milderung und Überwindung aber müssten die primären Ziele sein, was vielfach für Schuldenstreichung spricht. Auch stagnierende und rückläufige Anteile der armen Länder am Weltexport sind (zunächst) im Interesse von Menschen hinnehmbar.

*Entscheidend ist, dass lokale Ressourcen dafür erschlossen werden, dass Menschen als Menschen leben können, und*

dass schrittweise eine an den Lebensbedürfnissen der Menschen, an Ressourcenökonomie und vernünftigem Umgang mit der Natur ausgerichtete Arbeitsteilung entsteht. Damit wären regionale Integrationsprozesse und die Entwicklung regionaler, überregionaler bzw. internationaler Märkte verbunden. Die Preise auf den regionalen Märkten würden sich ausgehend von den Produktions- und Reproduktionsaufwendungen, dem Angebot und der Nachfrage der am Markt Beteiligten herausbilden. Je lokaler und regionaler die Märkte sind, umso geringer wäre die soziale, ökonomische und politische Ungleichheit der Käufer/innen und Verkäufer/innen.

2. Damit würde die Arbeit von Gunther Kohlmeys<sup>90</sup> zu Wertkategorien und regionaler Wertmodifikation eine späte Würdigung erfahren: Die Preise würden nicht durch Akteure bestimmt werden, die nicht am Markt vertreten sind. Die Produzenten, Konsumenten und Märkte würden vor Akteuren geschützt werden, die zerstörerisch wirken – vor transnationalen Konzernen.

Die erneute Lektüre von Kohlmeys Schriften hilft, aus heutiger Sicht die DDR eher als ein Entwicklungsland und damit vielleicht nachsichtiger zu sehen als einen „sozialistisch“ genannten Staat.

Dieser Blick erschließt eine neue Perspektive, von der aus wir Strategien für die demokratische Lösung sozialer, ökologischer und globaler Probleme entwickeln könnten, für sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Anders ist Demokratischer Sozialismus nicht zu haben.

---

<sup>90</sup> Gunther Kohlmeys hatte sich in der Forschung und Praxis für das Projekt „sozialistische Wirtschaftsintegration“ engagiert. Ihn interessierten insbesondere Fragen, wie Wertkategorien, insbesondere Preise, vernünftige Entscheidungen, Effizienz- und Produktivitätssteigerungen befördern können. Dabei arbeitete er heraus, dass es im Zuge fortschreitender sozialistischer ökonomischer Integration zur Herausbildung einer spezifischen Wertmodifikation käme, die besondere Produktionsverhältnisse in der Weltwirtschaftsregion RGW widerspiegeln würde.

**Literatur:**

Dellheim, A.: Wir rechneten uns reich, in: ohnMacht. DDR-Funktionäre sagen aus, Herausgegeben von Brigitte Zimmermann und Hans-Dieter Schütt, Berlin 1992.

Kohlmey, G.: Vergesellschaftung und Integration im Sozialismus, Berlin 1973

**Dietrich Lemke**

## **Sozialismus und internationale Wirtschaftsbeziehungen – einige Erfahrungen der DDR**

Mit der Einladung zur Konferenz „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ kam eine Erläuterung: Der erste Tag der Konferenz sei ein Workshop, und hier sollten sich diejenigen zu Wort melden, die praktische Erfahrungen mit realem Sozialismus hätten und eine Meinung dazu, was davon bei einem erneuten Versuch vielleicht beachtenswert und verwertbar sei. Offen gesagt, ist diese Fragestellung heute eigentlich nicht gerade intensiv aufgerufen worden, aber da sich erfreulicherweise jetzt eben Kurt Fenske den Mühen der Ebene zugewandt hat, will ich ihn ergänzen.

Um sich vorzustellen, wie ein erneuter Sozialismus-Versuch ins Leben treten könnte, bedarf es gewaltiger Phantasie, doch ist die Vorstellung nicht außerhalb meiner Hoffnungen, einzelne Schwellen- oder Entwicklungsländer, am ehesten Lateinamerikas, mit Rohstoffen und günstigen Voraussetzungen für die Selbsternährung unterschiedlich ausgestattet, könnten entschiedene Schritte hin zu einer Gesellschaft sozialistischen Typs einleiten. Sie würden dies umgeben von einer Welt des Finanzimperialismus und Neoliberalismus tun müssen und sich den Zwängen dieser Wirtschaftswelt nur ganz begrenzt entziehen können. Ein Nukleus von Ländern mit sozialistischer Orientierung bliebe eingeklemt und umzingelt von dieser Wirtschaftswelt, die nach den brutalen Gesetzen der Kapitalverwertung funktioniert.

Neue, auf Solidarität und gleichberechtigter Kooperation beruhende Außenwirtschaftsbeziehungen wären also zunächst von den das sozialistische Experiment beginnenden, in ihrer Wirtschaftskraft unterschiedlich ausgestatteten Ländern *untereinander* anzugehen.

Es entstünde für die gegenseitigen Beziehungen dieser Länder eine Ausgangslage, wie sie in den 1960er bis 1980er Jahren

im internationalen Wirtschaftsverkehr der DDR mit Ländern wie Kuba, Vietnam, Nordkorea, Nicaragua, Mosambik und anderen bestand. Der Industriestaat DDR war der vergleichsweise höher entwickelte Partner, zugleich aber auch, verglichen mit seinen kapitalistischen Konkurrenten, ein Partner begrenzter Leistungskraft. Aus dieser Sicht und Erfahrung wage ich die Bemerkung, dass bestimmte Erfahrungen der DDR Beachtung verdienen könnten.

Die vielleicht größte Herausforderung an die Gestalter zwischenstaatlicher Wirtschaftsbeziehungen im Sozialismus war aus meiner Sicht der Anspruch, dass diese Beziehungen „gerecht“ sein sollten. Was ist „gerechter“ Warenaustausch? Unser heutiger Workshop hat den Vorstellungen Heinz Dieterichs zur Notwendigkeit des Austauschs zu „Arbeitswerten“ und die Einführung der (demokratisch geplanten) Äquivalenzökonomie gebührende Aufmerksamkeit gewidmet. Bei Inangsetzung dieser Theorie sollen die Preise auch im internationalen Austausch nichts anderes sein als der volle Gegenwert der in den Gütern verkörperten Arbeit.

Auf eine Teilnahme an der Polemik über die Messprobleme und die endliche Anwendbarkeit selbst im Rahmen der nationalen Ökonomie bin ich ungenügend vorbereitet, was aber die Chance auf internationale Anwendung von Äquivalenzpreisen betrifft, so denke ich über Erfahrungen in der Anwendung des Wunschprinzips von den „gerechten Preisen und Konditionen“ zu verfügen. Bestandteil meiner Erfahrungen ist die Erinnerung an den kläglich gescheiterten Dauerversuch, für den Warenaustausch zwischen realsozialistischen Ländern eine eigene vom Weltmarkt gelöste Preisbasis in einer eigenen Kunstwährung zu finden. Das ist doch der *eigentliche Kern der Äquivalenztheorie*:

*der hochmoralische Wunsch, es möge im Austausch „gerecht“ zugehen.*

Ché Guevara sprach öffentlich aus, was Fidel Castro selbst nicht verkünden konnte, wollte er die umfassende Hilfe der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten für Kuba nicht gefährden. Während des 2. Seminars für afro-asiatische Solidarität in Algier im Februar 1965 erklärte Ché Guevara, der „Handel zum gegenseitigen Vorteil“ sei eine Farce, und mit der Forderung nach Weltmarktpreisen und -bedingungen machten sich die sozialistischen Länder zu Komplizen des Weltimperialismus. In die Verhandlungspraxis umgesetzt bedeutete diese Position, von der DDR für die Exportgüter Kubas die Zahlung von Preisen zu erwarten, die den nicht kalkulierbaren und in keiner Weltwährung auszudrückenden Aufwendungen eines Landes mit unterentwickelter Arbeitsproduktivität entsprachen.

Der nachfühlbare Traum von Gerechtigkeit führte auch bei ernsthaften Verhandlungspartnern aus Kuba, Vietnam, Albanien usw. zu weitestreichenden Vorstellungen über die anzustrebende Äquivalenz des Austauschs. Anfang der 70er Jahre stand ich einmal mit einem hochrangigen kubanischen Besucher vor den gutbestückten Schaufenstern des hauptstädtischen HO-Kaufhauses am Alexanderplatz. Mein Partner sagte: „Erst wenn die Schaufenster auf dem Alexanderplatz und in der Einkaufsstraße San Rafael in Havanna gleich gefüllt sein werden, können wir sagen: Wir haben einen gerechten Austausch!“ Das war zu einer Zeit, als die DDR den Versuch unternahm, dem für die DDR-Bürger einsehbareren Westen im Konsumgüterangebot wenigstens ein Stückchen näher zu rücken und das Zurückbleiben für die DDR-Verantwortlichen ein brisantes Politikum war.

Ähnlichen Standpunkten und theoretischen Ausgangspositionen bin ich in Verhandlungen mit anderen sozialistischen Ländern mit vergleichsweise niedriger Entwicklungsstufe begegnet. Sie gingen hin bis zu ernst gemeinten Versuchen, die Preise der Austauschgüter in internationalen Verträgen überhaupt auszuklammern, wie das z.B. in der Forderung der Nordkoreaner zum Ausdruck kam, nur die spezifizierten Lieferungen für eine Messgeräte-

fabrik und die Gegenlieferungen von Blei- und Zinkprodukten in äquivalenten Mengen zu vereinbaren.

Wiederholt wurde von der DDR erwartet, Lizenzen und Verfahren grundsätzlich nicht in Preisen zu bewerten und abgeschlossene geistige Leistungen unbewertet und kostenfrei abzugeben.

Bei allen Forderungen nach einem Abgehen von den auf den internationalen kapitalistischen Märkten für Waren und Dienstleistungen tatsächlich angewandten Preisen, den „Weltmarktpreisen“, ist der Effekt in dem Partnerland, das seine Preise sofort und ohne Gegenleistung senken müsste, für die weitere Entwicklung von Kooperation und Solidarität verheerend. Das „opferbringende“ sozialistisch orientierte Land lebt ja selbst nicht im Überfluss, eher im Mangelzustand, gemessen an den Erwartungen seines eigenen Volkes auf höhere soziale und kulturelle Leistungen.

Außerdem werden nach meiner Überzeugung zukünftige sozialistisch orientierte Länder demokratisch verfasst und die jeweiligen Führungen ihrer nationalen Bevölkerung gegenüber rechenschaftspflichtig sein. Es ist daher undenkbar, dass auf einen demokratischen Konsens zu der Frage: „Was ist gerechter Warenaustausch mit Bruderländern“, wie in realsozialistischer Vergangenheit, verzichtet werden könnte.<sup>91</sup>

---

<sup>91</sup> Einen einzigen abschweifenden Exkurs will ich hier einfügen, wenn eben von demokratischem Konsens die Rede ist. Solch eine ungeheure Umwälzung, verglichen mit dem Vorgefundenen, wie der Austausch von Arbeitszeit-Äquivalenten, wäre doch schon im Inneren eines einzigen sozialistisch orientierten Landes nicht diktatorisch zu verordnen, sondern nur demokratisch zu vereinbaren. Glauben da die Finder der neuen Theorie nicht doch wieder an den „neuen Menschen“, der willig anerkennt, dass eine Stunde Bananenpflücken einer Stunde Genforschung gleich ist? Und wenn sie so einfach nicht dächten: Welche Institution soll den hoffentlich friedlichen Streit über „gerechte“ Multiplikatoren richten, mit denen Stunden ungelernter Arbeit und Arbeitsstunden, für die in Jahren harter Vorbereitung Voraussetzung erworben wurden, vergleichbar werden? Die Findung „gerechter“ Faktoren wird unter de-

Aus meiner Sicht ist daher eine Vorstellung, die gemeinsame Annäherung von Staaten an ein sich stetig vervollkommendes Gesellschaftsmodell könnte nach der Arbeitswert-Äquivalenz von Außenhandelspreisen befördert werden, eine Illusion.

Heißt das, auf Staats- und Völkersolidarität und allmähliche Annäherung an „gerechtere“ Preise im Sinne einer schrittweisen Korrektur der terms of trade müsse verzichtet werden? Nein.

Es geht darum, eine von Subjektivismus weitgehend freie Basis für den Austausch zu bestimmen, was umso wichtiger ist, je näher die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zweier Länder auf sozialistischem Wege beieinander liegt. Jede Abkehr von der Anwendung der real feststellbaren Welt-Markt-Preise als der gemeinsamen Ausgangsbasis, als starting point der Preisvereinbarungen, führt zu frustrierendem bilateralen Geschwätz und anhaltspunktlosem Gefeilsche, zu Entzweiung statt Partnerschaft.

Von der Basis Weltmarktpreise ausgehend, sind dem wirtschaftlichen Leistungsstand des jeweils wirtschaftlich stärkeren Partners entsprechende vielfältige, dem Solidaritätsgebot entspringende Schritte des Entgegenkommens und „Teilens“ möglich und – heute sollten ja Erfahrungen gefragt sein – im Warenaustausch der DDR mit Kuba, Vietnam, Laos und anderen Ländern erprobt und angewendet worden, wie zum Beispiel

- Vereinbarungen, denen zufolge durch gezielte Ausgleichsmechanismen eine Verschlechterung der terms of trade zu Lasten des schwächeren Partners verhindert wird;
- Vereinbarung zur Preisstabilität für längere Zeiträume für Export- und/oder Importwaren;
- Vereinbarungen zu Vorzugspreisen (Präferenzpreisen) für landwirtschaftliche und mineralische Erzeugnisse, bei denen

die Weltmarktpreise durch überstarke Käufer-Positionen verzerrt sind;

- Bezahlung von Industrieanlagen und -ausrüstungen mit Erzeugnissen ebendieser Ausrüstungen bei langjähriger Abnahmeverpflichtung und stabilen Preisen;
- Lieferung von Industrieausrüstungen gegen Kredite zu Laufzeiten, die die international üblichen weit überschreiten, unter Einräumung von Karenzjahren, zu symbolischen Zinsen u.ä.;
- Verrechnung des Warenaustauschs über Clearingkonten bei Verständigung darüber, dass Passivsalden des schwächeren Partners über Jahre gestundet oder in langfristige Kredite umgewandelt werden können und so weiter und so fort.

---

mokratischen Bedingungen müsste dann wohl nach ähnlichen Gesetzmäßigkeiten verlaufen, wie das Finden der Marktpreise – stünden wir da nicht wieder am Anfang?

## Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Möglichkeitsfelder für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts

### 1. Einleitung

Die Implosion des real existierenden Sozialismus und die derzeitige neoliberale Globalisierungspolitik haben auch ihre guten Seiten: Sie geben den Menschen, die eine bessere Welt wollen, eine Möglichkeit innezuhalten und nachdenklich zu sein. Sie können die historischen Prozesse im Sozialismus neu analysieren, bewerten, Positives und Negatives einer genauen Prüfung unterziehen und zu neuen Wegen aufbrechen. So kann die Selbstlähmung und das Schamgefühl über das Versagen unseres Hoffungsprojekts vielleicht eher überwunden werden, die mich und viele meiner KollegInnen und Freunde befallen hatte, als der Sozialismus in seiner osteuropäischen Variante von der Bühne der Geschichte abtrat. So lässt sich vielleicht wieder ein Standpunkt gewinnen, der ein Kristallisationskern für gemeinsames politisches Handeln werden kann, und dem es weder an Überzeugungskraft noch an Realitätsnähe mangelt.

### 2. Maßstäbe gesellschaftlicher Entwicklung

Bevor ich in die Details gehe, scheint es mir angebracht, Maßstäbe anzugeben, nach denen Gesellschaft beurteilt werden könnte. Ich kann mich dabei auf Arbeiten von Herbert Hörz stützen, der diese Maßstäbe schon zur Zeit der DDR entwickelt hat,<sup>92</sup> aber auch auf andere Entwicklungen in Europa und in Lateinamerika, die zeigen, in welche Richtung ein Ausweg aus dem

neoliberalen Desaster gesucht werden könnte. Die Maßstäbe machen am besten klar, worum es auch aus meiner Sicht bei der Gestaltung der Zukunft gehen sollte. Man kann die genaue Prüfung der Maßstäbe gar nicht überbewerten, da sich darin mögliche zukünftige Fehlentwicklungen verbergen, die natürlich so weit wie nur möglich vermieden werden sollen.

Unter Effektivierung verstehe ich in einer geringfügigen Variation der Hörz'schen Begrifflichkeit die virtuose Auseinandersetzung der Menschen mit der Natur und ihresgleichen, gemessen an der Produktivität der Arbeit einerseits und an technischen und organisatorischen Innovationsmöglichkeiten andererseits, also die allgemeine Tendenz der Technisierung in den jeweils historisch sich herausbildenden neuen Formen, welche die traditionellen Stufen der Mechanisierung und Automatisierung gegenwärtig durch Informations-, Bio- und Gentechnologien fortsetzen. Immer umfassender schiebt sich der dressierte Naturprozess durch die List der Vernunft in Form angewandter Naturwissenschaft zwischen die arbeitenden Menschen und die Arbeitsgegenstände. Die Menschen werden immer mehr zu Planern, Gestaltern und Überwachern der Produktionsprozesse und lassen die Agentien eher selbsttätig wirken als dass sie selbst direkt und unmittelbar Hand anlegen. Der Effektivierungsgrad zeigt den möglichen Reichtum der Gesellschaften an, der auf dem jeweiligen historischen Niveau erreichbar ist. Ein solcher Maßstab impliziert, dass die Menschen die vorgefundene erste Natur und die bereits gestaltete zweite Natur immer weiter umformen und ihr den Stempel der Kultur aufprägen – ein Prozess, der wohl noch lange nicht an sein Ende gekommen ist.

---

<sup>92</sup> Fleissner, P.: Effektivierung und Humanisierung. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 64/2004, S. 21–35.

Humanisierung verweist dagegen eher auf die integrative Seite des in die jeweilige historische Form gegossenen Arbeits- und Lebensprozesses. Sie ist ein Indikator des Grades der Teilnahme des Individuums oder bestimmter Gruppen an der Gesellschaft, sie zielt auf die möglichen Formen der Gemeinschaft ab, auf die Mitwirkungsmöglichkeiten an deren Gestaltung, auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, aller ethnischen und nationalen Gruppen, auf ein möglichst hohes Niveau von Demokratisierung, auf ein vergrößertes Ausmaß der Menschen- und Bürgerrechte, auf die Selbstbestimmung des Individuums im gesellschaftlichen Rahmen, auf die Inklusivität der Gesellschaft, die Friedlichkeit gegenüber Mensch und Umwelt. Der optimale Humanisierungsgrad ist dabei nicht ein für allemal fixiert, sondern ändert sich genauso wie der Effektivierungsgrad mit den historischen Möglichkeiten, die in der Gesellschaft herangereift sind. Diese beiden Maßstäbe implizieren einen Begriff von Nachhaltigkeit, der nicht nur auf die Natur, sondern auch auf die sozialen Beziehungen der Menschen anzuwenden ist.

In groben Zügen und mit viel Pauschalisierung lassen sich Kapitalismus und Sozialismus im Rückblick anhand der beiden Indikatoren einschätzen: Während der Kapitalismus die Effektivierung lokal zu unglaublicher Höhe entwickelt hat, und dem möglichen Reichtum durch die Entwicklung von Wissenschaft und Technik fast keine Grenze mehr gesetzt ist, hat er die Humanisierungsseite weitgehend vernachlässigt. Er toleriert das Zurückbleiben der dritten Welt, oder er bombt sie aus quasi-feudalen Zuständen in eine aufgezwungene neo-liberale Entwicklungsstufe, er betreibt Raubbau an Mensch und Natur. Er missbraucht die Produktivkräfte als Destruktivkräfte.

Umgekehrt der Sozialismus, angetreten, um humane Ziele (Frieden, Menschenrecht) zu verwirklichen, und Ausbeutung, Armut und Rückständigkeit zurückzudrängen, gelang es ihm im 20. Jahrhundert nicht, diese Ziele auf Dauer umzusetzen, da es ihm meines Erachtens in Konkurrenz zum Kapitalismus nicht gelang, ein entsprechendes Effektivierungsniveau zu entfalten und nachhaltig auszubauen. So

konnten auch die humanen Ziele nicht aufrechterhalten werden.<sup>93</sup>

Ich denke, dass eine Gesellschaft nur dann zukunftsfähig ist, wenn sie die Effektivierung der Humanisierung unterordnet, aber nicht unmöglich macht.

### **3. Organisation der Gesellschaft versus Ausgestaltung der Gemeinschaft**

Es ist offensichtlich, dass der Prozess der wechselseitigen Abhängigkeit der Menschen und Länder der Erde immer weiter voranschreitet. Wie wir am Beispiel Albaniens oder Nordkoreas gesehen haben, war die Selbstisolation einzelner Staaten oder ein Versuch der Abkopplung vom Weltgeschehen nicht zielführend.

Die Menschheit lebte die längste Zeit ihrer Geschichte in lokalen Gemeinschaften, in denen unmittelbare Kommunikations- und Interaktionsformen vorherrschten. Die menschlichen Beziehungen waren durch persönliche Kontakte und lokale Traditionen geregelt. Die Herausbildung von größeren sozialen Verbänden, Staaten und deren regionalen Zusammenschlüssen erforderte eine neue, unpersönliche Form der Regulierung der Beziehungen zwi-

---

<sup>93</sup> Natürlich ist eine solche Aussage zu pauschal, um die ganze Wahrheit zu treffen. Aber selbst Jörg Roesler, der mit gewollt neutralem Blickwinkel in einer neuen Veröffentlichung an die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der beiden deutschen Staaten herangeht, stellt fest: „Die erste Hälfte der 70er Jahre war offensichtlich die Wasserscheide zwischen jenem Zeitraum, in dem beide deutsche Staaten – wenn auch mit unterschiedlichem Schrittmaß – vorangingen und jener Zeit, in dem sie sich hinsichtlich Stabilität und Zukunftsfähigkeit in entgegengesetzte Richtungen zu entwickeln begannen. Erst in den 70er und 80er Jahren sind die Unterschiede bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen generell in existenzentscheidenden Gebieten zu orten, während es Gemeinsamkeiten zunehmend nur noch auf Nebenschauplätzen der Entwicklung gab.“ (Roesler, J.: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990 – Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe, Leipzig 2006, S. 220).

schen den Menschen und gegenüber Autoritäten und Mächten, die den Einzelnen übergeordnet sind: Recht und Markt. Mit ihnen war die Gesellschaft gegenüber der Gemeinschaft geboren. Anonyme und urbane Mechanismen nahmen an Bedeutung zu, die nicht mehr von der emotionalen Befindlichkeit von Einzelpersonen gesteuert waren, sondern von rationalen und gesellschaftlich gestalteten „künstlichen“ Regeln des Zusammenlebens und den damit verbundenen Institutionen und Organisationen, der Bürger- und Menschenrechte.

Eine besondere Ausprägung dieser Tendenz lässt sich in der Herausbildung des europäischen Sozialstaats im Lauf des 20. Jahrhunderts sehen. Diese von der Arbeiterbewegung geforderte, getragene und realisierte Entwicklung ist aus meiner heutigen Sicht ambivalent zu beurteilen. Wohl wurde die soziale Lage der ärmeren Schichten der Lohnabhängigen wesentlich verbessert und entlastete die Einzelnen von Aufgaben, die nach und nach den Institutionen des Sozialstaats übertragen wurden: Gesundheit, Pflege, Bildung, Versorgung in Notfällen etc. sind heute weitestgehend in der Hand gesellschaftlicher Institutionen. Gerade dieser Erfolg des Sozialstaats bringt im Gegenzug die Isolierung der Individuen vom gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang mit sich. Solidarität lässt sich kaum mehr leben, wenn bereits für die meisten Wechselfälle des Lebens große Institutionen am Werk sind, denen die Probleme übereignet werden. Entsprechend geht die Fähigkeit zurück, gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und sich selbst in diese Zusammenhänge zu integrieren.

Eine analoge Entwicklung kann man anhand der politischen Parteien in Europa nachvollziehen. Waren Parteien als direkter Ausdruck gesellschaftlich spezifischer Interessen bestimmter Gruppen, Schichten oder Klassen der Gesellschaft gegründet worden, werden sie heute weitgehend von Berufspolitikern mit stark bürokratischen Zügen beherrscht. Die Wahlprogramme der großen Parteien gleichen sich immer mehr an. Die Einflussnahme der Einzelnen ist kaum möglich, ebenso ist die Mitwirkung an der Gestaltung der Gesell-

schaft im lokalen Rahmen und auf den Alltag beinahe ausgeschlossen.

Meine Schlussfolgerung: Die Einzelnen leben immer stärker in einem Gemeinschaftsvakuum, in dem nur wenige Möglichkeiten für eigenes praktisches Entscheiden und Handeln im lokalen Rahmen bestehen. Umso mehr sind sie der Werbung und dem Konsumismus und der Entpolitisierung ausgeliefert.

### **3.1. Lateinamerikanische Entwicklungen**

Ein anderes Bild zeichnet sich heute in manchen politischen Strömungen in Lateinamerika ab. Das Modell des "Orçamento Participativo (OP)", des „partizitiven Budgets“, das in den späten 80er Jahren in Porto Alegre, Brasilien, auf Initiative der Arbeiterpartei PT, eines Zusammenschlusses von Gewerkschaftern, progressiven Christen, demokratischen Sozialisten, Trotzkiten, unorthodoxen Linken und Basisaktivisten in Zusammenarbeit mit der Basisbewegung aus den Armenvierteln entstand, findet weltweit Nachahmer. „Das von der UNO und selbst von der Weltbank gepriesene OP hat in Dutzenden brasilianischer Städte Schule gemacht und wird in Städten wie Barcelona, dem französischen Saint Denis, Montevideo und Buenos Aires nachgeahmt. Es war auch der ausschlaggebende Grund dafür, dass das Weltsozialforum nun bereits zum zweiten Mal in Porto Alegre“ stattfand.<sup>94</sup>

Auch der nun schon mehrere Wahlen hindurch anhaltende Siegeszug von Hugo Chávez in Venezuela beruht auf der Einführung ähnlicher Mechanismen der aktiven Bürgerbeteiligung auf den verschiedensten Ebenen der Gesellschaft. Er orientiert sich an drei wichtigen Persönlichkeiten, Jesus Christus, Simon Bolívar, dem Befreier der meist spanischen Kolonien, und Che Guevara. Eine der Hauptsäulen seiner „Bolivarianischen Revolution“ sind die „Bolivarischen Zirkel“, Nach-

---

<sup>94</sup> <http://www.taz.de/pt/2002/01/31/a0117.1/text>, 9. Dezember 2006.

barschaftskomitees, die zwischen 60.000 und 2.3 Millionen Mitglieder zählen.<sup>95</sup>

Darüber hinaus wurden unter dem Namen „misiones“ seit einigen Jahren Projekte eingeführt, die von der Regierung finanziert die Beteiligung der Bürger stärken, andererseits die soziale und gesundheitliche Lage der Menschen verbessern sollen.<sup>96</sup> Gleichzeitig führt Chávez eine Kampagne gegen bürokratische Tendenzen und korrupte Funktionäre und hebt die Bedeutung der Einzelnen, insbesondere der Angehörigen der indigenen Völker positiv hervor.

Ohne die Situation dieses Landes sofort verallgemeinern und idealisieren zu wollen (der Reichtum an Erdöl erlaubt es bei einem hohen Ölpreis, diese Projekte großzügig zu finanzieren. Früheren Regierungen haben das Geld in privaten Taschen verschwinden lassen), scheint die praktische wie theoretische Position von Hugo Chávez, der von einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ spricht, interessant und studienenswert.

### 3.2. Konzepte aus Österreich

Ähnliche Tendenzen der Stärkung der direkten Teilhabe an der lokalen Gemeinschaft zeigen Vorschläge einer Gruppe linker SozialwissenschaftlerInnen aus Österreich, die schon im Jahre 1985<sup>97</sup> für die Ausweitung der lokalen Kompetenzen der BürgerInnen eingetreten sind. Dort heißt es: „Da es derzeit keine Institution gibt, die sowohl regionalpolitische als auch betriebpolitische Aspekte wahrnehmen kann, empfiehlt sich die Einrichtung von *überparteilichen regionalen Wirtschaftskommissionen*“. Sie sollen aus direkt gewählten Delegierten aus dem Kreis der

zahlenmäßig bedeutendsten Gruppen der Region, aber auch aus deren Minderheiten bestehen. Ihre rasche Abwählbarkeit ist sicherzustellen. Sie könnten die Interessen der im formellen Wirtschaftssystem Beschäftigten, der sonstigen arbeitenden bzw. arbeitslosen Menschen in den verschiedensten Fragen wahrnehmen. Eine Aufgabe wäre es, die Erhaltung arbeitsmarktpolitischer Auflagen zu kontrollieren, unter besonderer Berücksichtigung von Frauen, Jugendlichen und Ausländern. Quotenregelungen (Frauenanteil in den Kommissionen und Betriebsräten gleich wie im Betrieb bzw. wie in der regionalen Bevölkerung) könnten verbesserte Interessenswahrnehmung garantieren.

Eine weitere Funktion wächst den regionalen Kommissionen...durch die Notwendigkeit der Unterstützung neuer Formen von Arbeit und gesellschaftlich anerkannter Tätigkeiten außerhalb der Lohnarbeit zu. Hier ginge es darum, dass lokale und regionale Bedürfnisse aufgegriffen werden und allen Menschen, Gruppen und Initiativen durch die Finanzierung von Arbeitsplätzen die Möglichkeit gegeben wird, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Davon erwarten wir eine neue Form der Verteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die direkt an Bedürfnisse geknüpft ist, die über den Markt keine Befriedigung erfahren. Das Nebeneinander von brachliegenden Ressourcen (Arbeitslosigkeit) und unerfüllten Wünschen (wegen mangelnder Kaufkraft oder weil sie nicht marktmäßig befriedigt werden können), wie es für eine kapitalistische Krise kennzeichnend ist, könnte so schrittweise überwunden werden ... Die regionalen Wirtschaftskommissionen, die auf einem betrieblichen und einem regionalen Bein stehen, könnten eine wertvolle Ergänzung der Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Betrieben darstellen. Umweltschutzprobleme würden zunächst in den Kommissionen diskutiert werden. Die Mitglieder der Kommissionen müssten dann für ihre Vorschläge in den entsprechenden Betrieben und Nachbarschaften werben und Überzeugungsarbeit leisten.“

Zur Finanzierung der Aktivitäten der regionalen Wirtschaftskommissionen wären verschiedenen Möglichkeiten denkbar. Einerseits ließe sich ein Sozialfonds den-

<sup>95</sup>

[http://de.wikipedia.org/wiki/Bolivarische\\_Zirkel](http://de.wikipedia.org/wiki/Bolivarische_Zirkel), 9. Dezember 2006.

<sup>96</sup> Niebel, I.: Venezuela not for Sale, Visionäre gegen neoliberale Putschisten, Kai Homilius Verlag, Berlin 2006, S. 318/9.

<sup>97</sup> Altzinger, W. et al: Wege zur Vollbeschäftigung – Arbeit für alle – Einkommen für alle, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1985, S. 162–163.

ken, der von den Betrieben der Region eingerichtet, aber von der Regionalkommission verwaltet wird, andererseits könnte der Finanzlastenausgleich, der Steuereinnahmen des Bundes auf regionale Ebene rückverteilt, herangezogen werden.

### 3.3. Targeted Intelligence Networks („zielgerichtete thematische Netzwerke“)

Auf der Basis gegenwärtiger Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ergeben sich weitere Möglichkeiten zur direkten Beteiligung der Bürger an den gesellschaftlichen Aufgaben. Die IKT erlauben eine erhebliche Senkung aller Transaktionskosten, also aller Kosten, die mit Informations-, Kommunikations-, Verwaltungs- und Organisationstätigkeiten verbunden sind. Die quantitative Kostensenkung selbst ist meines Erachtens nicht das Wesentliche. Eines der interessantesten Ergebnisse, das von den Proponenten des „Transaktionskosten“- Ansatzes erzielt wurde, liegt in der Erklärung für das Auftauchen qualitativ neuer Organisationsstrukturen, d. h. dass durch die Veränderung der Struktur und der Höhe der Transaktionskosten neue Akteure in neuen Kombinationen und Kooperationsformen ins Spiel kommen können und andere verschwinden, wie beim Ende des „putting-out-Systems“ und der Geburt des „factory-Systems“ in Großbritannien im frühen Kapitalismus.<sup>98</sup>

Mit meinem Team an der TU Wien und später am Institut für technologische Zukunftsforschung (IPTS) der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission in Sevilla begann ich nach neuen qualitativen Möglichkeiten für Dienstleistungen im Rahmen des Wohlfahrtsstaates Ausschau zu halten. Diese Aktivität war Teil einer Antwort auf ein weltweites Preisausschreiben unter dem Titel: „Men's work – tomorrow“, das von FUTUROS-COPE, einer Art Disneyland für die Zukunft, von Poitiers, Frankreich, aus veranstaltet wurde. Unsere Arbeit war einer der

beiden Gewinner.<sup>99</sup> Dort werden folgende Gruppenaktivitäten als Beispiele für „Targeted Intelligence Networks“ beschrieben:

- „Peer Group Care“ zur Integration ausgegrenzter, armer, arbeitsloser, alter und behinderter Menschen, vielleicht mit den Aktivitäten der österreichischen Caritas vergleichbar.
- Die in Skandinavien weit verbreiteten „Studienzirkel“ zur Förderung von selbst organisierten Lern- und Bildungsaktivitäten
- Die von den italienischen Gewerkschaften in der Mitte der 1970er Jahre eingeführten Gruppen der „Arbeitermedizin“ und die
- „Intrapreneuring Groups“, die aus autonomen Gruppen in größeren Betrieben bestehen und auf eigene Rechnung wirtschaften.

Ich bin genug Realist, um zu wissen, dass es nicht genügt, nur auf den postmodernen Mythos der Selbstorganisation zu vertrauen und auf seine Verwirklichung zu warten. Ich vertrete vielmehr die Ansicht, dass ein Rahmen geschaffen werden muss, innerhalb dessen diese neuen Formen entstehen können. Dieser Rahmen besteht nicht nur aus ermunternden Worten und Medienkampagnen, sondern auch aus finanziellen, infrastrukturellen, technischen, Bildungsmitteln und entsprechenden Kontrollinstanzen, die es Menschen ermöglichen, ihre neuen Aufgaben freiwillig zu übernehmen.

## 4. Ökonomische Regulierungsmechanismen

Einer der wichtigsten Sektoren einer Gesellschaft ist nach wie vor die Wirtschaft, mit ihren zentralen Aspekten von Produktion, Verteilung und Verwendung des Reichtums. Zentral für einen Sozialismus, in welchem Gewand er auch immer auftreten möge, ist die Zugriffsmöglichkeit der Gesellschaft auf das Mehrprodukt (in Gebrauchswerten), auf die Mehrarbeit (in Arbeitszeit) und/oder auf den Gewinn (in

---

<sup>98</sup> Siehe z.B. Williamson, O. E.: The Economic Institutions of Capitalism, The Free Press, New York 1987, paperback edition.

---

<sup>99</sup> Siehe das Ergebnis unter <http://members.chello.at/gre/fleissner/documents/work/work.pdf>.

Geld), der auf dem Mehrwert beruht. Daraus ergeben sich verschiedene Möglichkeiten, wie die Gesellschaft am gesamten Reichtum teilhaben kann.

#### **4.1. Gemeinschaftliche Sachgüter- oder Dienstleistungsproduktion**

Staatliche, kommunale, genossenschaftliche und private Betriebe oder Einzelpersonen geben ihre Leistungen an die BürgerInnen kostenlos oder gegen einen kleinen finanziellen Beitrag ab. Eine derartige Idee stammt vom Wiener Sozialphilosophen, Physiker und Ökonomen Josef Popper-Lynkeus, der bereits 1912 in seinem Buch „Die Allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage“ auf Basis der ausgezeichneten Statistiken der k.u.k. Monarchie eine nur 13 Jahre währende Arbeitspflicht aller Menschen errechnete, während man den Rest seines Lebens mit Gütern und Diensten versorgt werden könnte, ohne zu arbeiten. Ähnliche Überlegungen wurden später von Carl Ballod und von Otto Neurath vertreten. Betriebe dieser Art müssten heute aber erst gegen die Privatisierungstendenzen neu geschaffen werden, was einen beträchtlichen Kapitalaufwand benötigen würde. Außerdem stellt sich die Frage, ob diese Betriebe den Innovationserfordernissen der Gegenwart Rechnung tragen könnten. Im Endeffekt wäre eine geldlose Wirtschaft denkbar, die über eine sehr effektive Logistik verfügen müsste. Privates Kapital würde sich auflösen.

Bei längerfristig vielleicht doch weiter fallender gesetzlicher Arbeitszeit wäre auch die Möglichkeit denkbar, durch freiwilligen Arbeitseinsatz auf alternative Art und Weise Dienstleistungen anzubieten, die nicht der Kapitallogik unterliegen müssen.

#### **4.2. Pseudomärkte mit Preisregulierung**

Staatliche, kommunale, genossenschaftliche und private Klein- und Mittelbetriebe produzieren für den Markt zu geregelten Preisen, die von politischen Gremien bestimmt werden. Die Preisregelung ermöglicht eine Steuerung der Wachstumsgeschwindigkeiten der Betriebe je nach gesellschaftlichem Bedarf und eine Einflussnahme auf die Nachfrage nach Waren und Diensten. Teile des Gewinns müssten an

zentrale Fonds abgeführt werden, um die Finanzierung sozialer Dienste und der öffentlichen Infrastruktur zu ermöglichen, aber es sollte genügend Geld in den Betrieben bleiben, damit sie nach eigenen Vorstellungen investieren können, ohne dass eine zentrale Instanz direkt eingreifen muss. Die Bestimmung des Preisrahmens sollte dafür hinreichend sein. Die Abschätzung der Effekte der Preisregulierung ist jedoch nicht trivial. Neben den Veränderungen der Nachfrage auf den Konsumgütermärkten werden sich auch für intermediäre Güter Nachfrageveränderungen ergeben. Damit wird die Kostenstruktur der Unternehmen beeinflusst, die wieder Auswirkungen auf mögliche Gewinne hat.

Unter den hier beschriebenen Typus von Pseudomärkten fällt meines Erachtens auch der Computersozialismus von Zuse, Peters, Cockshott, Cottrell und Dieterich, die durch ein gigantisches Computernetz innerhalb 240 Sekunden arbeitszeitproportionale Preise errechnen möchten (siehe das paper von Paul Cockshott, das auf der Konferenz der RLS und der hellen Panke „Der Sozialismus im 21. Jahrhundert“ im November 2006) von ihm verteilt wurde). Obwohl die Rechenzeit kurz scheint, dürfte das nicht für Zeit gelten, die man braucht, um die Daten für jede Ware in das System einzugeben – aber vielleicht findet sich auch hier eine automatisch-technische Lösung?. Eine weiteres damit verbundenes Problem besteht darin, ob über die so errechneten Preise auf den Gütermärkten die auch von Karl Marx hoch gepriesene Innovationsdynamik der kapitalistischen Konkurrenz aufrecht erhalten werden kann.

Auf makro-ökonomischer Ebene betrachtet führen Preise, die den Arbeitswerten proportional sind, zu Ertragssituationen der Betriebe, die auch nicht einmal annähernd der Größe der eingesetzten Kapitalien entsprechen. Die Staats- und kommunalen Betriebe müssten daher ihren Mehrwert an zentrale Fonds abführen, die Genossenschaften und die anderen Betriebe entsprechend besteuert werden. Würde die Wirtschaft über ein Preissystem gelenkt, das den von Marx beschriebenen Produktionspreisen entspricht (d.h. die Verkaufspreise sind proportional dem Ka-

pitalvorschuss der Unternehmen), wäre zumindest im Prinzip eine in allen Sektoren gleich schnell wachsende Wirtschaft möglich, ohne dass weitere Eingriffe vorgenommen werden müssten (abgesehen von einer allgemeinen Besteuerung zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben).

### 4.3. Märkte ohne Preisregulierung

Diese Art der Wirtschaftsführung überlässt die Güterproduktion voll dem Markt. Eingriffsmöglichkeiten ergeben sich aber auch dort, nämlich über die Besteuerung von Einkommen und Vermögen oder über gesetzliche Auflagen bei der Verwendung der Gewinne. Auf der Grundlage von negativen Einkommenssteuern ließe sich nach dem Rezept des vor kurzem verstorbenen Milton Friedmann ein Bürgergeld finanzieren, indem alle Einkommen erst ab der Höhe des Bürgergeldes besteuert werden. Offene Frage ist, ob ein derart „bedingungsloses Grundeinkommen“ dazu führen wird, dass die Produktion aufrecht erhalten werden kann oder ob sich nicht zu viele Menschen vom Arbeitsmarkt zurückziehen würden.

Ein anderes interessantes Beispiel geben die Betriebe der katholischen Fokolarbewegung. Hier die Selbstbeschreibung von der website: „Im Unterschied zur konsumorientierten Wirtschaft, die auf einer ‚Kultur des Habens‘ basiert, ist die Wirtschaft in Gemeinschaft eine Wirtschaft des Gebens. Das oberste Ziel dieser Wirtschaft besteht in einer Gemeinschaft unter Menschen und Völkern, in der niemand Not leidet. Die Unternehmen der Wirtschaft in Gemeinschaft sind gewinnorientiert, jedoch bleibt der Profit nicht Selbstzweck, sondern wird im Sinne des Projektzieles für drei Anliegen verwendet: Linderung der Armut; Verbreitung der Kultur des Gebens; Weiterentwicklung der Unternehmen.“<sup>100</sup>

Diese Selbstverpflichtung könnte – per Gesetz verallgemeinert – eine wichtige Komponente für die soziale Ausrichtung einer Ökonomie werden, ohne dass man im Einzelnen die Aktivitäten des jeweiligen Unternehmen im Detail regeln müsste.

## 5. Schlussbemerkung

In diesem Diskussionsbeitrag wurde versucht, ausgehend von einigen allgemeinen Prinzipien und anhand von konkreten und bereits realisierten Beispielen den ziemlich großen Spielraum aufzuzeigen, den Linke bei einer Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft jetzt und in Zukunft nutzen könnten, um zu einer lebenswerten Welt zu kommen.

---

<sup>100</sup> <http://www.fokolare.at/wig.php>.

## Der Sozialismusversuch im „kurzen 20. Jahrhundert“: Staat ohne entwickelte (Zivil)Gesellschaft

### 1. Noch keine zusammenfassende Geschichtsdarstellung des Sozialismus im 20. Jahrhundert

Die jüngste Diskussion um einen „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ sowie um die Gründe des Scheiterns des Sozialismusversuches in der DDR wird nach wie vor geführt vor dem Hintergrund einer fehlenden Gesamtdeutung und übergreifenden Einordnung des staatssozialistischen Entwicklungsweges in das „kurze 20. Jahrhundert“. Es gibt innerhalb der politischen Linken keine strömungsübergreifende, einigermaßen konsensuell akzeptierte Interpretation dieses Sozialismusversuches, seiner zentralen Charakteristika und Fehlkonstruktionen sowie der Gründe, aus denen er letztlich implodierte.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie der Geschichte – oder ist es eine „List der Vernunft“ (?) –, dass sich im Gefolge des Zusammenbruchs des Realsozialismus nach 1989 bezogen auf die Gesellschaftsgeschichte der bürgerlich-kapitalistischen Welt des 20. Jahrhunderts die Interpretation eines marxistischen Historikers bis ins liberale Lager hinein behaupten konnte: Eric Hobsbawms „Zeitalter der Extreme“. Konkurrierende Interpretationsversuche wie Francois Furets „Das Ende der Illusion“, der den Kommunismus des 20. Jahrhunderts ins Zentrum rückte, konnten keine vergleichbare Aufmerksamkeit erzielen. Liegt mit Hobsbawms Triptychon des 20. Jahrhunderts in ein „Katastrophenzeitalter“ (1914–1945), ein „Golden Age“ (1945–1975) und eine Zeit des „Erdrutsches“ (1975–1989) so etwas wie eine „große Erzählung“ vor, die innerhalb der politischen Linken mit der „Fordismuskonzeption“ formationstheoretisch reformuliert wird, so bleibt ein Hobsbawm der Geschichte des Realsozialismus zu Beginn

des 21. Jahrhunderts immer noch ein Desiderat.

Die Linke muss sich sowohl über die zentralen Konstruktionsfehler des staatssozialistischen Entwicklungsweges im 20. Jahrhundert wie über die gravierenden Veränderungen des Kapitalismus im Zeitalter des „Erdrutsches“ Klarheit verschaffen, um eine seriöse und verantwortliche Diskussion um einen Sozialismus im 21. Jahrhundert führen zu können. Allein die Krise der neoliberalen Hegemonie und Linksverschiebungen in Lateinamerika reichen dafür nicht aus. Staatszentrierte Entwicklungswege, die für diese Länder möglicherweise einen Ausbruch aus kapitalistischen Abhängigkeiten erlauben, erwiesen sich letztlich für die Sozialismusversuche innerhalb der europäischen Moderne als nicht tragfähig und selbstzerstörerisch. Darüber hinaus unterscheiden sich die Ausgangsbedingungen eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts gravierend von denen zu Beginn und im Fortgang des 20. Jahrhunderts.

Eine Strategie der Eroberung der Kommandohöhen der politisch-staatlichen wie wirtschaftlichen Macht läuft unter Bedingungen eines Finanzmarkt-Kapitalismus ins Leere, in dem diese Kommandozentralen wie Waren verkauft und von den „Shareholdern« hin- und hergeschoben werden und staatliche Infrastruktur und öffentliche Güter dem Druck von Privatisierung und „kapitalistischer Enteignungsökonomie“ (David Harvey) ausgesetzt sind. Für eine sozialistische Transformationsperspektive gilt es auch hier, eine der brauchbarsten linken Erbschaften des 20. Jahrhunderts – Gramscis Konzeption des Stellungskrieges – daraufhin zu prüfen, ob selbst diese so ohne weiteres auf die heutigen Ausgangsbedingungen zur Gewinnung einer Perspektive von Gegenhegemonie übertragbar sind.

## 2. Staat ohne Gesellschaft

Obwohl die bürgerlichen Revolutionen des 18. Jahrhunderts auf eine Form von Selbstregierung der Mitglieder des bürgerlichen Gemeinwesens zielten, übernahm die Bourgeoisie den vorgefunden absolutistischen Staat, baute ihn um und machte ihn zu einem integralen Machtfaktor ihres Gesellschaftsprojekts. Marx radikalisierte diese »halbierte« politische Emanzipation dahingehend, dass zukünftige soziale Emanzipationsbewegungen diese entfremdeten und verselbständigten politisch-staatlichen Strukturen in die Gesellschaft zurückholen müssten. Die Marxsche Kritik beinhaltet eine »zivilgesellschaftliche« Sozialismuskonzeption. Und selbst noch in den Debatten innerhalb der II. Internationale zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist diese zivilgesellschaftliche Intention virulent. Angesichts des historisch fatalen Zusammenhangs von Staat, Imperialismus und Krieg plädierte auch Lenin sowohl gegen die orthodoxe (Kautsky) wie auch die revisionistische Strömung (Bernstein) in der Sozialdemokratie für eine Zurücknahme des Staates. Und obwohl das kurze 20. Jahrhundert von einem großen ideologischen und politischen Schisma, der Spaltung der Arbeiterbewegung und der Systemkonfrontation, geprägt sein sollte, kam es aber in der Staatsfrage letztlich völlig anders.

Das 20. Jahrhundert brachte eine machtvolle Rückkehr des Staates – in allen politischen Lagern: auf Seiten des Bürgertums mit New Deal, italienischem und deutschem Faschismus; auf Seiten der Sozialdemokratie mit dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat, hegemonial in der Spätphase des Fordismus (Brandt/Palme/Kreisky); auf Seiten der Kommunisten: der Ausbruch aus der bürgerlich-kapitalistischen Modernisierung schlug den Entwicklungsweg eines staatszentrierten Aufbaus des Sozialismus ein. „Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft.“<sup>101</sup> Gramsci antizipierte bei dieser »Zeitdiagnose« auch schon, wodurch

die gallertenhafte Anfänge zivilgesellschaftlicher Strukturen im »sowjetischen Experiment« dauerhaft und entwicklungs-fähig hätten werden können: durch die »molekulare Herausbildung einer neuen Zivilisation«, einen Prozess, den er als »Einheit von Reformation und Renaissance« fasste (Herausbildung von Öffentlichkeit, Presse, privaten Vereinigungen, Laienpublikum und organischen Intellektuellen). „Wenn eine Studie über die (Sowjet)Union zu machen wäre, müsste das erste Kapitel oder sogar der erste Teil des Buches eben das unter dieser Rubrik ›Reformation und Renaissance‹ gesammelte Material entwickeln.“<sup>102</sup> Aber der Staatssozialismus brachte kein entwicklungs-fähiges Zusammenwirken von Staat, Zivilgesellschaft und Ökonomie zustande; aufgrund des Hybridcharakters von sozialistischem Staat und Ökonomie in den 1970er und 80er Jahren wurde die Zivilgesellschaft sogar mit zu einem Faktor der Implosion.

Der Staatssozialismus versuchte immer wieder gesellschaftliche Modernisierungsprozesse in Gang zu bringen, ohne die Modernität stabilisieren und festigen zu können. In dem für das sowjetische Experiment nicht förderlichen historischen Kontext der Zwischenkriegszeit – Hobsbawms Katastrophenzeitalter – kam die russische Oktoberrevolution nicht viel über das Stadium eines „Staates ohne Gesellschaft“ hinaus. Die Agenturen der Verknüpfung zwischen Gesellschaft und Staat aus dem Zarismus wurden beseitigt, aber an ihre Stelle traten fürs erste keine neuen ausdifferenzierten Verhältnisse einer sozialistischen Gesellschaft. Der Staat blieb in seinen militärischen, logistischen und distributiven Funktionen übermächtig. Er leistete die Ressourcenerzwingung, nicht eine moderne sozialistische Ökonomie. Der Zusammenhang von Versorgung und Verteilung blieb durch den Staatsaufbau geprägt. Alle nicht auf die Ziele Verteidigung, Kontrolle, Gewalt, Versorgung und Verteilung ausgerichteten Organisationen (wie Selbstverwaltungsorgane, regionale Sowjets etc.) lösten sich auf oder wurden zent-

---

<sup>101</sup> Gramsci, A.: Gefängnishefte Band 4, Berlin/Hamburg 1992, S. 874.

---

<sup>102</sup> Ebd., S. 898.

ralisiert.<sup>103</sup> An ihre Stelle traten „außerordentliche Kommissionen“ (z.T. rivalisierende Instanzen), die von Beginn an den staatssozialistischen Aufbau und die Planökonomie mit unproduktiven Kosten belasteten. Alternativen einer Pluralität von Eigentumsformen, der Stärkung von Genossenschaften und einer sozialistischen Marktwirtschaft, wie dies mit der NÖP zu Beginn der 1920er Jahre versucht wurde, waren im kommunistischen Mainstream als „Rückzug“ und „Defensive“ stigmatisiert.

### 3. Hybridcharakter der realsozialistischen Ökonomie

Auch der Realsozialismus hatte in den 1960er/70er Jahren parallel zur Ausbildung des Fordismus im Nachkriegskapitalismus sein goldenes Zeitalter. Die Entstalinisierung durch Sozialpolitik seit 1956 markiert so etwas wie einen ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag, einen erweiterten gesellschaftlichen Unterbau des „sozialistischen Wohlfahrtsstaates“. Sozialleistungen in großem Umfang erforderten andererseits eine höhere Arbeitsproduktivität, wozu Reformen in den 1960er Jahren Anreize und Prämien für die Betriebe liefern sollten. Insgesamt ergab sich so ein Ensemble ineinandergreifender Politikfelder aus Strukturwandel, Wirtschaftsreformen und Sozialpolitik. Das NÖS in der DDR war hierbei einer der entwickeltsten Reformversuche innerhalb des Realsozialismus. Die 1960er Jahre markieren deshalb den verheißungsvollsten und zugleich letzten Zeitpunkt, dem staatszentrierten Sozialismusaufbau eine neue und entwicklungsfähigere Richtung zu geben. Dazu hätte es aber zivilgesellschaftlicher und politischer Strukturen bedurft, in denen sich die Differenzierung der ökonomischen Akteure hätte artikulieren können. Das wurde politisch unterbunden und die Reformen des NÖS wurden ähnlich als „revisionistisch“ stigmatisiert wie zu Beginn des sowjetischen Weges die NÖP.

In der Folgezeit der „Breschnewschen Stagnationsperiode“ kam es zu einem *circulus vitiosus* von steigenden Wohlfahrtskosten und sinkender Wirtschaftsleistung. Auch die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ seit Beginn der 1970er Jahre in der DDR verdeckte nur kurzzeitig die fatalen Folgewirkungen des Ausbleibens grundlegender Reformen. „Das Schwanken der realsozialistischen Generallinie zwischen der Konzentration auf Markt- und jener auf Planelemente ist Ausdruck des Hybridcharakters der realsozialistischen Ökonomie.“<sup>104</sup> Für den sowjetischen Entwicklungsweg wies die sowjetische Ökonomin und Soziologin Saslawskaja Ende der 1980er Jahre darauf hin, dass die sowjetische Ökonomie in der Nachkriegszeit nicht mehr als ein administratives Kommandosystem erfasst werden könne. Statt wie gemeinhin – auch von dem Großteil der Parteiführung – angenommen, habe man es weniger mit einer Kommandowirtschaft als mit einer Verhandlungswirtschaft auf Gegenseitigkeit zu tun. „Das beschriebene System stellt eine Art Hybridprodukt aus dem zentralisierten planwirtschaftlichen und dem marktwirtschaftlichen System dar, wobei es sich um einen spezifischen, veränderten Markt handelt, in dem nicht mit klassischen Begriffen wie Ware, Qualität und Preis operiert wird, sondern mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, auf die Funktionsbedingungen des Partners einzuwirken.“<sup>105</sup>

Die Tatsache, dass die informellen Praktiken einen weit größeren Raum einnahmen als die offiziellen Regulierungs- und Entscheidungsstrukturen, hat zum Ende der Sowjetunion zum einen eine fatale Überlagerung der ökonomischen Produktions- und Austauschprozesse mit politischpersönlichen Machtverhältnissen eingeleitet und zum anderen eine weitgehende Entkoppelung des offiziellen Systems von der alltäglichen Verhaltensorientierung

---

<sup>103</sup> Vgl. dazu Plaggenborg, S.: Experiment Moderne. Der sowjetische Weg, Frankfurt a.M./New York 2006, S. 179 ff.

---

<sup>104</sup> Wiards, M.: Krise im Realsozialismus. Die Politische Ökonomie der DDR in den 80er Jahren, Hamburg 2001, S. 187.

<sup>105</sup> Saslawskaja, T.: Die Gorbatschow-Strategie. Wirtschafts- und Sozialpolitik in der UdSSR, Wien 1989, S. 97.

bewirkt. Der Dualismus von offizieller Kommandoökonomie und informeller Schattenökonomie wurde dann von den Perestroika-Reformern erheblich unterschätzt und konnte auch durch die späte Öffnung zu einer Art deformierter sozialistischer Marktwirtschaft nicht mehr reguliert werden, sondern weitete sich dadurch noch zusehends aus. Hierin liegt eine der Ursachen für das Scheitern des Übergangs zu einem marktwirtschaftlichen Sozialismus, für die Implosion des Realsozialismus und für die anschließende (privatkapitalistische) Plünderung des verselbständigten Gemeineigentums in vielen ehemaligen RGW-Staaten begründet.

#### **4. Politische Ökonomie der Unsicherheit**

Der Realsozialismus deformierte den Eigentümerstatus der lebendigen Arbeit im gesellschaftlichen Produktionsprozess durch staatssozialistische Strukturen und verschaffte ihm keine zivilgesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Der sozialistische Wohlfahrtsstaat lag zwar auf der Linie der Aufhebung des Warencharakters des Arbeitsvermögens, aber beließ die Werktätigen zugleich in politischer und zivilgesellschaftlicher Passivität. Die historische Chance, die Ansätze von Subjektivität in den modernisierten „fordistischen“ Arbeitsverhältnissen des Realsozialismus der 1960er/70er Jahre für eine emanzipatorische Wendung des Staatssozialismus nutzbar zu machen, wurde durch das Abwürgen der Reformen der 1960er Jahre zunichte gemacht. Die diversen gesellschaftlichen Gruppen zogen sich in zivilgesellschaftliche Nischen zurück und ließen die staatssozialistischen Hüllen implodieren.

In den kapitalistischen Metropolen täuschte sich die in den 1970er Jahren hegemoniale Sozialdemokratie darüber hinweg, welche weiterführenden Systemveränderungen nötig gewesen wären, um die erreichte Dekommodifizierung der Lohnarbeit auf Dauer stellen zu können. Stattdessen zog sie sich angesichts der ersten Krisenerscheinungen des Spätfordismus auf das enge Terrain der kapitalistischen Marktwirtschaft zurück und trug so nolens volens zum neokonservativen/neoliberalen

Hegemoniewechsel bei. Das Resultat ist sowohl in den ehemaligen RGW-Staaten als auch in den westeuropäischen Metropolen eine durch den entfesselten Finanzmarktkapitalismus beschleunigte Rekommodifizierung der Lohnarbeit, eine Privatisierung sozialer Sicherheit und eine aufgeherrschte Individualisierung in der Bewältigung von Lebensrisiken durch Empowerment und Vermögensbildung. Dadurch sind diejenigen kollektiven Strukturen im gesellschaftlichen Gesamtarbeitskörper zerstört, an die ein Sozialismusversuch noch zu Beginn und Mitte des 20. Jahrhunderts ansetzen konnte. Strukturen sozialer Sicherung unterliegen heute der Kapitalisierung und individuellen Vermögensbildung.

Der Sozialismus im 21. Jahrhundert muss sich damit in den Metropolen des Kapitals zunächst zwei zentralen Herausforderungen stellen:

a) Veränderter Umgang mit dem Surplus: Der reife Kapitalismus produziert aufgrund seiner hohen Produktivität in der gesellschaftlichen Arbeit ein immenses Surplus, das immer ungleicher verteilt ist, in erster Instanz an die privaten Besitztitel und Vermögensbesitzer geht und als „accumulated claims upon production“ (Marx) den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess schwer belastet und deformiert. Hier sind Formen der Diskriminierung und Regulierung zu finden, die dieses Geldkapital gesellschaftlich nützlichen und produktiven Sphären zuführt. Zugleich muss ein Stellungskrieg gegen besitzindividualistische Kulturen und Mentalitäten geführt werden.

b) Neuerfindung von Strukturen sozialer Sicherheit: Der fordistische Sozialstaat kann keine Blaupause für eine sozialistische Transformation im 21. Jahrhundert abgeben. Eine Wiederherstellung sozialer Sicherungssysteme muss dem erreichten Stand von Individualität, den Ansprüchen an Geschlechtergerechtigkeit und den unterschiedlichen Formen von Lebensgemeinschaften Rechnung tragen. Dazu muss der gesellschaftliche Assekuranzfonds bewusst und transparent gestaltet werden und kann nicht mehr naturwüchsig an den Status der Lohnarbeit gekoppelt werden.

Über diese beiden Transformationsschritte kann eine schrittweise Aufhebung im Charakter der Lohnarbeit eingeleitet werden und können die Kooperationsformen in den gesellschaftlichen Arbeitsverhältnissen in ihren Mitbestimmungsrechten und in ihrem gesellschaftlichen Eigentümerstatus bezogen auf Erfahrungswissen und die kollektiven Produktivkräfte aufgewertet werden.

### **Literatur:**

Gramsci, A.: Gefängnishefte Band 4, Berlin/Hamburg 1992

Plaggenborg, S.: Experiment Moderne. Der sowjetische Weg, Frankfurt a.M./New York 2006

Saslawskaja, T.: Die Gorbatschow-Strategie. Wirtschafts- und Sozialpolitik in der UdSSR, Wien 1989

Wiards, M.: Krise im Realsozialismus. Die Politische Ökonomie der DDR in den 80er Jahren, Hamburg 2001

## Autorenverzeichnis

**Busch, Ulrich**, geb. 1951, lebt in Berlin, erlernter Beruf: Bankkaufmann, Studium: Finanzwissenschaft an der Humboldt-Universität (1969-1973), Diplomökonom, Dr. oec. habil., Sektorenleiter der Staatsbank der DDR (1977-1981), Lehre und Forschung an der Humboldt-Universität (1981-2001), Gastdozent an verschiedenen Universitäten im Ausland, verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift Utopie kreativ (2002-2003), Redakteur der Zeitschrift Berliner Debatte Initial, wiss. Mitarbeiter an der TU Berlin (Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung) (2005-2007), Mitglied der AG Alternative Wirtschaftspolitik; Publikationen zu Problemen der politischen Ökonomie und des ostdeutschen Transformationsprozesses

**Crome, Erhard**, geb. 1951, Dr. pol. habil., lebt in Berlin; 1971-1976 politikwissenschaftliches Studium / Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen der DDR in Potsdam-Babelsberg, 1980 Promotion, 1987 Habilitation; 1990-2000 Universität Potsdam, Fachbereich Politikwissenschaft; Referent für Friedens- und Europapolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Redaktionsmitglied der Zeitschrift Berliner Debatte Initial, Mitbegründer und Mitglied des Beirates der Zeitschrift WeltTrends, Forschungsgebiete: internationale Entwicklung, Frieden und Sicherheit, Geschichte des Sozialismus und der DDR; Publikationen in Büchern und Zeitschriften

**Dellheim, Judith**, geb. 1954, lebt in Berlin, Studium der politischen Ökonomie in Leningrad; Diplomökonomin, Dr. oec.; nach Abschluss des Studiums Tätigkeit in Forschung und Lehre auf dem Gebiet politische Ökonomie an der Hochschule für Ökonomie Berlin sowie in Forschung und Praxis im Forschungsinstitut des Ministeriums für Außenhandel und danach in diesem Ministerium; seit 1990 in verschiedenen Projekten tätig, von 1995-2003 hauptamtliches Mitglied des Parteivorstandes der PDS, eine der Sprecher/innen der AG Wirtschaftspolitik, freie Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Publikation zu ökonomischen Problemen in Büchern und Zeitschriften zu Problemen linker Wirtschafts- und Sozialpolitik

**Dieterich, Heinz**, geb. 1943, lebt in Mexiko Stadt, Lehre als Großhandelskaufmann danach Arbeit im Tiefbau, als LKW-Fahrer und Rangierarbeiter bei der Bundesbahn, Abitur auf dem Zweiten Bildungsweg, Soziologiestudium in Frankfurt/M. bei Adorno, Horkheimer und Habermas, Teilnahme an Studentenbewegung 1968, Promotion an der Universität Bremen; seit 1977 Professor an der staatlichen Universität Autonoma Metropolitana in Mexiko Stadt, Gastprofessuren an Universitäten in Deutschland, USA, Kanada, Brasilien, Spanien, Nikaragua und Venezuela, Dr. h.c. der Universidad de San Marcos, Lima und der Lutherischen Universität von El Salvador, Autor zahlreicher Bücher die in 15 Ländern erschienen sind

**Fenske, Kurt**, geb. 1930, lebt in Berlin, Abschluss des Studiums als Diplomwirtschaftler und Diplomingenieurökonom; nach dem Studium u.a. Generaldirektor AHB Elektrotechnik, Staatssekretär u. 1. Stellvertreter des Ministers für Außenhandel der DDR bis 1989

**Fleissner, Peter**, geb. 1944, lebt in Wien, Studium der Nachrichtentechnik und Mathematik, Dipl.-Ing, Dr. techn, Habilitation in Sozialkybernetik, Professor; nach Abschluss des Studiums jeweils mehrjährige leitende Tätigkeiten am Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung in Wien, am Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse in Laxenburg, am Institut für sozio-ökonomische Entwicklungsforschung der Österr. Akademie der Wissenschaften, am Institute for Prospective Technological Studies der Europäischen Kommission in Sevilla, seit 2000 an der Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit des Rates der EU in Wien, Publikationen zu Problemen der Systemanalyse und Innovationen

**Friedrich, Gerd**, geb. 1928, lebt in Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Dr. oec. habil., Professor an der Hochschule für Ökonomie später am Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung, Mitglied der AdW der DDR, seit 1993 Mitglied der Leibniz-Sozietät,

zahlreiche Publikationen zu aktuellen Problemen der ökonomischen Entwicklung, darunter zur Globalisierung und zum Neoliberalismus

**Krause, Günter**, geb. 1943, lebt in Berlin, Verkehrskaufmann, Dipl.-Lehrer, Wirtschaftswissenschaftler, Dr. oec. habil., Professor; Lehre und Forschung zur Geschichte der politischen Ökonomie sowie der politischen Ökonomie des Kapitalismus, Leiter des Bereiches politische Ökonomie an der Sektion bzw. Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität, Lehre und Forschung an der Freien Universität Berlin, der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (O.), dem Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt (M.), freier Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied ihrer Zukunftskommission, Mitglied des Vorstands der Hellen Panke, Mitglied der Leibniz-Sozietät; Publikationen zur Geschichte der ökonomischen Theorie in der DDR, zu aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen

**Krömke, Claus**, geb. 1930, lebt in Berlin, Diplomökonom (1951), Dr. oec. habil., Assistent, Dozent und Professor an der Hochschule für Ökonomie in Berlin; Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Günter Mittag (1962-1989), nach 1990 freiberufliche Tätigkeit als Dozent für Betriebswirtschaft in Kursen zur Fortbildung und als Publizist zu Fragen des DDR-Wirtschaftssystems, der Marktwirtschaft und des Neoliberalismus

**Dieter Lemke**, geb. 1933, Zeuthen bei Berlin, Industrie-Kaufmann, Diplom-Wirtschaftler, Stellvertreter des Ministers für Außenhandel 1981- 1990

**Lieber, Christoph**, geb. 1950, Soziologe, lebt in Hamburg, arbeitet als Verlagsangestellter im VSA Verlag und ist Redakteur der Zeitschrift Sozialismus, Publikationen zu politökonomischen Problemen

**Ludwig, Udo**, geb. 1943, lebt in Halle/Saale, Studium an der Staatlichen Leningrader Universität, Fachrichtung: ökonomische Kybernetik, Abschluss als Diplom-Wirtschaftsmathematiker, Dr. oec.; Leiter des Forschungsbereiches Analyse und Prognose des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses am Akademieinstitut für Wirtschaftswissenschaften (bis 1990), Leiter der Abteilung Markroökonomik am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Professor für empiri-

sche Wirtschaftsforschung an der Universität Leipzig, zahlreiche Publikationen u.a. zu Problemen der Anwendung von Verflechtungsbilanzen in der DDR, zur Prognose der ökonomischen Entwicklung in Deutschland und in Ostdeutschland, Federführender des IWH bei den Frühjahrs- und Herbstgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute

**Mittelbach, Hans**, geb. 1935, lebt in Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Dr. oec, Tätigkeiten als Gutachter von Investitionsvorhaben der chemischen Industrie, Mitarbeiter des Ökonomisches Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission und seit 1980 bis zur Abwicklung 1991 am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften, seit 1992 freischaffend. 1994-2002 Unternehmensberater; zahlreiche Publikationen zu Problemen der Einkommensentwicklung in Ostdeutschland vor und nach 1990, zu Fragen des Neuen Ökonomischen Systems in der DDR

**Modrow, Hans**, geb. 1928, lebt in Berlin, Maschinenschlosser, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler und Diplomwirtschaftler, Dr. oec.; seit 1958 Mitglied der Volkskammer der DDR, von 1967-1989 Mitglied des ZK der SED, 1973 bis 1989 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Dresden; November 1989 bis März 1990 Ministerpräsidenten der DDR; seit 1990 Ehrenvorsitzender der PDS/Linkspartei.PDS; Publikationen zu Problemen linker Politik, zur Entwicklung der PDS und zur Herausbildung einer neuen Linkspartei

**Roesler, Jörg**, geb. 1940, lebt in Berlin, Wirtschaftshistoriker, Dr. oec. habil., Professor, Leiter des Bereichs Sozialismus am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR bis 1991, danach wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (bis 1995) und Arbeit als freischaffender Wirtschaftshistoriker. Zwischen 1992-2006 Vorlesungen in den Fächern Volkswirtschaft bzw. Wirtschaftsgeschichte an der Universität der Künste, Berlin, der McGill-University, Montreal, der University of Toronto in Kanada und der Portland State University in Portland/Or., USA; Mitglied der Leibniz-Sozietät, Publikationen zu wirtschaftshistorischen Problemen der Entwicklung in der DDR, speziell zum Neuen ökonomischen System, zur Entwicklung Ostdeutschlands nach 1990

**Steinitz, Klaus**, geb. 1932, lebt in Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Dr. oec. habil., Professor, Lehre und Forschung Hochschule für Ökonomie Berlin und Karl Marx Universität Leipzig (1955 - 1963), Ökonomisches Forschungsinstitut der SPK, Abteilungs- und Hauptabteilungsleiter der SPK (1963 - 1980), Stellv. Direktor Institut für Wirtschaftswissenschaften der AdW (1980 - 1990; Mitglied Parteivorstand PDS (1990 – 1993), Sprecher der AG Wirtschaftspolitik der PDS (1990 - 2003), Korr. Mitglied der AdW der DDR, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Vorsitzender der „Hellen Panke“ e.V., Publikationen u.a. zu Problemen linker Wirtschaftspolitik und der ostdeutscher Wirtschaftsentwicklung

**Watzek, Hans**, geb. 1932, lebt in Berlin, Lehrlingsausbildung als Facharbeiter für Landwirtschaft, Diplomwirtschaftler mit Spezialisierung Agrarökonomie, Lehrtätigkeit an der Hochschule für Landwirtschaft Bernburg (1956-1962), LPG Vorsitzender (1962-1965), Direktor eines wissenschaftlich-technischen Zentrums der Landwirtschaft (1965-1989), Minister für Landwirtschaft in der Modrowregierung (November 1989-März 1990), Vorsitzender des Volkskammerausschusses für Landwirtschaft (1990), Mitglied des Sprecherrates der AG Agrarpolitik beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS, Publikationen zu Problemen linker Agrarpolitik und der Genossenschaftsentwicklung in der Landwirtschaft.